

PROTOKOLL

über die 24. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 11. Mai 2000, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

-
Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höllner, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Claudia Pramendorfer, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT:

MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Dr. Gerald Schmoll, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

GR Hans Payrleithner

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Beantwortung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

-

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

Fin-46/2000 Kanalanschlussgebühr; Refundierung

5. VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

-

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) BauStr-15/99 Abschluss von Verträgen zur Errichtung einer Tiefgarage sowie eines Büro- und Geschäftsgebäudes im Bereich Wieserfeldplatz mit der Wieserfeldplatzgaragen GmbH.
- 2) Präs-118/2000 Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Steyr.
- 3) BauGru-28/99 Flächenwidmungsplan Nr. 103 - „Gewerbepark Steyr-Nord“.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 4) SH-316/96 Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS); Subventionsansuchen 2000.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

5) GHJ2-9/2000 Verkauf des Areals Bruderhaus samt Bruderhauskirche; Kauf des Objektes Blumauergasse 29 als künftige Unterkunft für die Notschlafstelle und Abschluss eines Leihvertrages mit dem Verein WOST sowie eines Mietvertrages mit der Styria Wohnungsgesellschaft.

6) Gem-3/2000 Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; entgeltliche Einsatzleistungen und entgeltliche Bereitstellung von Geräten; Tarifordnung 2000.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

7) Stw-28/2000 Stadtbad Steyr; Preisanpassung Hallenbad und Freibad per 15. 5. 2000.

8) Stw-4/2000 Städtisches Wasserwerk; Erneuerung der Trinkwasserversorgungsleitung Leopold-Werndl-Straße; Bauarbeiten; Auftragsvergabe.

9) Stw-32/2000 Städt. Verkehrsbetriebe; Wertanpassung des Beförderungsentgeltes.

10) Stw-15/2000 Städtisches Wasserwerk Sanierung Hochbehälter Ennsleite; Bauarbeiten, Bauschlosserarbeiten, Einbau einer Trocknungsanlage; Installierung Steuerorgane und örtliche Bauaufsicht und Baustellenkoordination; Auftragsvergaben.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

11) Schu-40/96 Neubau einer Volksschule im Stadtteil Resthof; Baureifmachung für Landesförderung.

-

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

12) Fin-39/2000 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

13) Fin-136/95 Jugend-Kulturhaus Steyr; Endausbau.

14) Fin-69/2000 ÖGEG - Österreichische Gesellschaft f. Eisenbahngeschichte; Steyrtal-Museumsbahn; Reparatur Dampflok Steyr“; Förderung.

15) Fin-59/2000 Steyrer MGV Sängerkunst; Belgien-Chorreise; außerordentliche Subvention 2000.

16) Präs-115/2000 OÖ. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz; Bestellung einer Kommission und deren Ersatzmitglieder.

17) Präs-166/2000 Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977; Abschluss einer Betriebsvereinbarung betreffend Altersteilzeitgeld gem. §§27 und 28 Arbeitslosenversicherungsgesetz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf sie herzlich begrüßen und

eröffne die heutige Sitzung. Ich darf auch die Gäste, die heute zu uns gekommen sind, und die Vertreter der Medien sehr herzlich begrüßen. Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sollen die Kollegin Radmoser und der Kollege Kupfer bestellt werden. Ich gehe davon aus, dass die Herrschaften diese Funktion annehmen. Entschuldigt ist der GR Hans Payrleithner.

Meine Damen und Herren, zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen, darf ich berichten, dass Herr GR Günter Fürweger mit Schreiben vom 06. April 2000 eine Anfrage an Herrn Stadtrat Ing. Dietmar Spanring gerichtet hat. Ich ersuche nun Herrn StR Ing. Spanring, die Anfrage zu verlesen und zu beantworten.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste, liebe Presse. Ich verlese nun die Anfrage des GR Günter Fürweger.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gemäß § 12 des Stadtstatutes der Stadt Steyr richte ich folgende schriftliche Anfrage an den Herrn StR Ing. Dietmar Spanring und ersuche sie die Anfrage gemäß § 12 Abs. 3 an Herrn StR Ing. Dietmar Spanring weiterzuleiten.

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Wie viele Personen besuchten im abgelaufenen Jahr 1999 das städtische Heimatmuseum?

Wie viele Personen besuchten pro Öffnungstag 1999 das Heimatmuseum?

3. Wie hoch sind die jährlichen Personalkosten des Heimatmuseums?

4. Wie viel verursacht ein Eintritt eines Museumsbesuchers an Gehaltskosten?

Ich ersuche sie, diese Anfrage in der nächsten Gemeinderatssitzung zu beantworten.

Was ich hiermit mache:

In Beantwortung ihrer Anfrage vom 06. April 2000 gibt der Geschäftsbereich VI, Fachabteilung für

Kultur, Bildung und Sport, Dienststelle Museum, folgende Daten bekannt:

Zu 1) Im Jahr 1999 besuchten 8.418 Personen das Museum der Stadt Steyr.

Zu 2) Pro Öffnungstag 1999 besuchten 27,78 Personen das Museum der Stadt Steyr.

Zu 3) Die jährlichen Personalkosten für das Museum der Stadt Steyr betragen laut Rechnungsabschluss 1999 ATS S 2,871.706,55.

Zu 4) Ein Eintritt eines Museumsbesuchers verursacht überhaupt keine Gehaltskosten, da das Personal ja zur Betreuung des Museums hier ist und wir uns über jeden Besucher derkommt freuen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diese Beantwortung der Anfrage. Wir könnten noch einen Vergleich mit dem Heimathaus in Sierning anstellen, das wäre auch noch interessant, wird uns aber nicht viel weiterbringen. Ein Heimathaus ist keine gewinnorientierte Veranstaltung, dennoch haben Gemeinden, die etwas auf sich halten und eine Historie haben, solche Häuser, und wir werden das auch weiter tun.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich zuerst das Unangenehme sagen.

Gestern hat ein heftiger Protest von 250 oberösterreichischen Bürgermeistern, im Kongresszentrum Toskana in Gmunden, stattgefunden. Eine Veranstaltung des Gemeindebundes, ich war dort auch dabei. Es ist in Wirklichkeit darum gegangen, wie sich hier die Dinge mit der Getränkesteuer entwickeln, mit dem Umstand, dass durch den Wegfall der Getränkesteuer für alkoholische Getränke nur ein teilweiser Ersatz angeboten wurde. Zu dem kommt, dass in Aussicht gestellt wurde, dass die Getränkesteuer vollkommen fallen soll. Das erzürnt die Bürgermeister aller Couleurs, da sind sich die Bürgermeister einmal einig, weil das natürlich die Gemeindemöglichkeiten drastisch reduziert. Investitionspotential steht nicht zur Verfügung, und wenn dann erst Rückzahlungen beschlossen werden sollten, würde das auf Jahre hinaus einen Investitionsstopp bedeuten. Abgesehen davon, ist nicht zu erwarten, dass die Biertrinker aus der Vergangenheit für die bereits gezahlte Getränkesteuer nur 1 Schilling zurückbekommen. Das ist dort zum Teil sehr heftig zum Ausdruck gebracht worden, ich möchte das nur dem Gemeinderat berichten, weil es uns doch alle sehr betrifft. Es wurde dem Gemeindebundpräsidenten Helmut Mödlhammer ein Forderungsprogramm überreicht, und zwar:

1) Nachverhandlungen der erst vereinbarten Lösung sind unbedingt erforderlich. Ein voller Ersatz muss gefunden werden.

2) Die Getränkesteuer auf alkoholfreie Getränke muss unbefristet bestehen bleiben.

3) Eine klare Regelung für das Jahr 2000 ist erforderlich. Hier hat der Finanzminister ursprünglich 2,6 Mrd. Schilling versprochen, jetzt ist nur mehr von der Hälfte dieses Betrages die Rede.

4) Rückzahlungen werden zur Bundessache erklärt, da die Gemeinden nach Treu und Glauben gehandelt haben. An den Stabilitätspakt sind alle Vertragspartner gebunden.

Wenn die Punkte 1 bis 4 nicht erfüllt werden, müssen seitens des Gemeindebundes Protestmaßnahmen ergriffen werden.

Das heißt nichts anderes, als dass die Gemeinden vom Bund fordern, dass dieser, falls es notwendig wird, den Gemeinden die Rückzahlung der Getränkesteuer ersetzen soll. Würden die Gemeinden zur

Rückzahlung verpflichtet, müssten auf Jahre hinaus sämtliche Investitionen gestoppt werden - drohten die Bürgermeister gestern in dieser Protestversammlung in Gmunden. Ich möchte den Gemeinderat darüber informiert haben, wir werden sehen, was dabei heraus kommt.

Was noch im Busch ist, und was ich als noch bedeutsamer und bedrohlicher betrachte ist, dass natürlich in der Frage Finanzausgleich und abgestufter Bevölkerungsschlüssel und Änderung desselben, eine weitere Einnahmenreduzierung im Ausmaß von 12,5 Mio. Schilling in der sanfteren Variante und im Ausmaß von 25 Mio. Schilling in der härteren Variante an Einnahmenverlust für unsere Stadt ins Haus stehen könnte, wenn nämlich hier zu Ungunsten der größeren Gemeinden, der Städte, eine Veränderung erfolgt. Man kann natürlich so argumentieren, dass jeder Bürger gleich viel wert sein muss, das ist eine sehr nette Argumentation, sie greift nur auch zu kurz, weil z. B. Garsten zweimal so viel Grundfläche wie Steyr hat. Man kann auch nach der Grundfläche gehen, aber Garsten hat nicht die Aufwendungen, wie sie eine Stadt wie unsere hat. Wir haben eine ganze Menge an Einrichtungen, die Bezirksstädte und Städte unserer Größenordnung, z. B. mit Magistrat, anbieten müssen. Ich weise nur auf einen Punkt hin. Z. B. der Bezirk Steyr-Land hat etwa gleich viel, oder ein bisschen mehr Einwohner als Steyr-Stadt, aber für die Mitgliedsgemeinden des Bezirkes Steyr-Land gibt es eine eigene Bezirkshauptmannschaft. Kein Mensch redet davon, dass wir uns das selbst machen müssen und das kostet natürlich auch Geld. Also in Magistratsstädten, bei den gesamten Behördenverfahren, auch im Baubereich und in all diesen Angelegenheiten, ist hier ein ganz anderer Aufwand vorhanden, der innerhalb des Magistrates gemacht wird. Es ist auch so, dass wir, wenn ich soziale Projekte anspreche, eine ganze Reihe von solchen in unserer Stadt haben, die andere nicht haben. Die Notschlafstelle ist z. B. so ein Thema, das wir heute noch behandeln müssen, aber noch viele andere auch, die in den kleineren Gemeinden nicht angeboten werden. Meist werden aber diese Dienste und Leistungen auch aus der Stadt beansprucht. Wenn wir nur die Straßen nehmen, es ist ja ein Unterschied zwischen der Straße in einer Landgemeinde, schon einmal im Querschnitt, oder der in einer Stadt. Bei uns ist es üblicher Weise notwendig, dass man eigentlich überall einen Gehsteig hat. Während in den Güterwegs-ähnlichen Situationen der Landgemeinden ganz andere Aufwendungen anfallen. Es ist also schon eine sehr kritische Situation, wenn es hier zu massiven Veränderungen des Finanzausgleiches kommt, und ich weise den Gemeinderat darauf hin, dass das in konkreter Weise und sehr kurzfristig dazu führen kann, dass wir Projekte, über dessen Umsetzung wir uns einig sind, plötzlich nicht mehr umsetzen können, weil wenn ich hier die Negativvariante anspreche, dann fehlen uns in unserem Budget vielleicht 50 Mio. Schilling. Wenn ich alles zusammennehme, die Getränkesteuer, Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels, Werbesteuer etc., da kommen wir dann leider zu dieser Größenordnung. Das täte uns schon Leid, wenn wir, um nur ein paar zu nennen, vielleicht das Altersheim, die Bezirkssporthalle oder die Musikschule in der Zeit, in der wir uns das vorstellen und wo die Bevölkerung sich das wünscht, nicht realisieren könnten.

Das war die Negativseite. Es gibt aber auch positive Seiten.

Arbeiterkammer-Präsident lobt Steyrer Magistrat

Ein dickes Lob bekam der Steyrer Magistrat vom oberösterreichischen Arbeiterkammer-Präsidenten Hubert Wipplinger. Die Stadt Steyr ist ein Vorbild, was die Beschäftigung sogenannter älterer Arbeitnehmer betrifft, erklärte Wipplinger bei einer Pressekonferenz in der Steyrer Arbeiterkammer. Die Stadt Steyr hat im vergangenen Jahr 83 Personen eingestellt, darunter sind 17 sogenannte ältere Arbeitnehmer (Frauen älter als 40 Jahre, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen und Männer älter als 45 Jahre). Das sind sogenannte Ältere, die schwer einen Job bekommen, aber dafür wird sich ja bei den Pensionen etwas ändern.

Damit erfüllt die Stadt Steyr die Wunschvorstellung der Arbeiterkammer, die fordert, dass sowohl private Firmen als auch öffentliche Einrichtungen 20 Prozent der neu zu besetzenden Stellen an

ältere Arbeitnehmer vergeben sollen.

Der Magistrat Steyr erfüllt aber auch das sogenannte Behinderten-Einstellungsgesetz um mehr als hundert Prozent. Statt 38 behinderte Beschäftigte - wie es der Gesetzgeber verlangt - wurden im Steyrer Magistrat 78 Menschen mit Behinderungen eingestellt.

Das sollte bei dieser Gelegenheit auch dem Gemeinderat kundgetan werden.

Auch bei der dritten Problemgruppe des Arbeitsmarktes, den Jugendlichen, erfüllt der Steyrer Magistrat seine soziale Aufgabe: Zur Zeit arbeiten im Magistrat 19 Lehrlinge, davon holen sich vier junge Menschen über Projekte Berufspraxis.

Ein weiterer positiver Punkt ist der, es wurde eine Umfrage betreffs der Mitarbeiter und der Zufriedenheit unserer Kunden, unserer Bürgerinnen und Bürger durchgeführt.

Bürger bezeichnen Magistrats-Bedienstete als höflich, fair und kompetent

Als „höflich, fair und kompetent“ bezeichnen Steyrer Bürger die Mitarbeiter des Geschäftsbereiches für Bezirksverwaltungsangelegenheiten im Magistrat Steyr. Das ist das grundlegende Ergebnis einer Kundenbefragung, die vor kurzem vom Geschäftsbereich für Bezirksverwaltungsangelegenheiten durchgeführt worden ist. Fast alle Bürger, die bei der Fragebogen-Aktion mitgemacht haben, geben unter anderem auch an, dass sie bei der Erledigung ihrer Angelegenheiten entsprechende Räume und Ansprechpartner leicht oder sehr leicht gefunden haben, dass sie gar nicht oder nur sehr kurz warten mussten und dass die jeweiligen Magistrats-Mitarbeiter genügend Zeit für sie gehabt haben. Mit den jetzigen Öffnungszeiten sind 85 Prozent der Befragten zufrieden, 15 Prozent sprechen sich für einen „langen Amtstag“ aus. Zwölf Bürger wünschen sich kürzer gehaltene Briefe und Informationsblätter. Also eine Straffung der Informationen.

Steyrer Freibad eröffnet

Das Freibad an der Haratzmüllerstraße wird am Sonntag, den 14. Mai, für die Badesaison 2000 geöffnet.

Wir haben im Vorfeld einige Maßnahmen getätigt

Im Steyrer Freibad ist heuer die Liegefläche mittels Rollrasen um etwa 500 Quadratmeter vergrößert worden. Dafür hat man zwei Umkleidegebäude abgerissen, die von den Gästen kaum noch genutzt wurden. Außerdem sanierte die Stadt im Freibad einen Teil der nicht mehr intakten Gehwege und legte eine Zufahrtsrampe zum Freibad-Gelände an. Die Umbauarbeiten und Sanierungen kosteten insgesamt 406.000,- Schilling.

Homepage der Stadt Steyr neu gestylt

Die Homepage der Stadt Steyr ist vor kurzem neu gestylt worden. Damit hat Steyr nun eine ideale Einstiegsseite (Portalseite) für Internet-User, die sich über die Stadt informieren wollen. Besonders interessant für Surfer: Ein virtueller Marktplatz. Zur Zeit registriert die EDV-Abteilung im Steyrer Magistrat durchschnittlich etwa 1000 Zugriffe pro Woche auf die Homepage mit der Adresse www.steyr.at

Das hätte ich mir auch nicht gedacht, aber offensichtlich ist das Medium tatsächlich schon von so großer Bedeutung.

Über die Homepage der Stadt Steyr kann man auch ganz einfach in die Magistrats-Homepage einsteigen. Dort findet man eine Menge an Informationen und Service-Einrichtungen, wie z. B. ein Bürger-Service mit einem alphabetischen Schlagwortregister. Unter anderem können sich Internet-User auch mittels Online-Formular für Kurse der Steyrer Volkshochschule anmelden. Im Frühjahrssemester 2000 haben bereits 100 Steyrer dieses Angebot genutzt. Das ist auch ein interessantes Indiz über die rasche Entwicklung.

Das System, das für die Steyrer Homepage verwendet wird, heißt RiS-Kommunal. Es wird von der Steyrer Firma RiS GmbH vertrieben. RiS Kommunal ist seit der Markteinführung im Sommer 1999 bei mehr als 200 Gemeinden in Oberösterreich, Tirol, Salzburg, Vorarlberg und Kärnten im Einsatz. Das System ist so flexibel, dass es sowohl von großen Statutarstädten als auch von sehr kleinen Gemeinden verwendet werden kann.

Darauf können wir auch ein bisschen stolz sein, da wir die Gründung der RiS Kommunal sozusagen mitbeschlossen und bewirkt haben. Also, von Steyr kommt auch in Bezug auf diese neuen Kommunikationstechnologien durchaus etwas Neues, Positives heraus, dass sich auch an einem sehr umkämpften Markt durchsetzt.

Plakat-Aktion: Steyr im Zeichen des Internets

Seit kurzem läuft die diesjährige Plakat-Kampagne der Stadt Steyr. Die Plakate sind an 80 Stellen in Steyr und in der näheren Umgebung der Stadt platziert worden. Die Aktion steht heuer ganz im Zeichen des Internets. Das markante Ypsilon des Steyr-Schriftzugs wird auf den Plakaten in Form eines Kabelbaums dargestellt. Im oberen Bereich des Plakats ist die Internet-Adresse der Stadt angegeben (www.steyr.at). Unterhalb des Steyr-Schriftzuges ist, wie in den Jahren zuvor, der bereits traditionelle Slogan „ein starkes Stück Stadt“ aufgedruckt. Im Juni wird die Plakat-Serie auf 150 Standorte erweitert. Diese Aktion ist Teil der vor drei Jahren gestarteten Image-Kampagne der Stadt Steyr.

Zur **Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage** kann berichtet werden:

Die Arbeitslosenquote im April 2000 betrug 5,1 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,7 Prozentpunkte geringer. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 1,3 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im April 2000 aber immerhin noch 2114 Personen. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 10,8 % (d. s. 257 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 20,2 % (d. s. 534 Personen).

Im April 2000 sind 418 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 15 Stellen mehr und gegenüber dem Vorjahr um 77 Stellen weniger.

Das waren meine Berichte. Ich bitte sie, die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis zu nehmen und darf, bevor wir in die Verhandlung der Verhandlungsgegenstände eingehen, berichten, dass ein Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion vorliegt, der sich damit beschäftigt, dass der Gemeinderat einen Beschluss fassen soll, den Vertrag betreffend Lichtmast- und Plakatwerbung mit der Gutenberg-Werbering Gesellschaft m. b. H. zu kündigen. Die Dringlichkeit wird damit begründet, weil es die erste Möglichkeit ist, eine solche Kündigung herbeizuführen und wir haben über diese

Dringlichkeit zu befinden.

Wer wünscht zur Dringlichkeit das Wort? Kollege Bremm bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir werden, als sozialdemokratische Fraktion, aus demokratiepolitischen Gründen dem Antrag der Dringlichkeit zustimmen, aber ich glaube, inhaltlich gesehen, sollten wir schon die Dringlichkeit der Dringlichkeit lassen, und wenn man das beurteilen soll, dann muss man schon eine große Phantasie haben, damit die Dringlichkeit gegeben ist. Ich glaube, wir sollten uns in diesem Rahmen, in diesem Kreis, schon immer überlegen, wann wir einen Dringlichkeitsantrag stellen, aber aus demokratiepolitischen Grundsätzen und Überlegungen stimmen wir dem zu.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte es noch einmal betonen, die Dringlichkeit ergibt sich selbstverständlich daraus, dass zuerst nicht geklärt war, ob der Stadtsenat oder der Gemeinderat für die Kündigung des Vertrages mit dem OÖ Werbering zuständig ist. Es hat sich herausgestellt, dass der Gemeinderat zuständig ist, es hat sich ferner herausgestellt, wie jeder aus dem Terminkalender leicht ablesen kann, dass dies heute die letzte Sitzung vor dem 30. 6. ist und wenn wir diesen Vertrag kündigen, dann müssen wir ihn vor dem 30. 6. kündigen, deshalb die Dringlichkeit. Ich ersuche um Zustimmung, a) zur Dringlichkeit und b) bei der inhaltlichen Befassung des Antrages.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Ich würde vorschlagen, dass wir die Dringlichkeit in der Weise wie üblich zuerkennen, dass wir am Ende unserer Tagesordnung die Behandlung des Antrages vornehmen, sofern ihm die Dringlichkeit zugesprochen wird. Wenn sie damit einverstanden sind, dann ersuche ich sie um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Dem Antrag wurde die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt und wir werden ihn am Ende der Tagesordnung behandeln.

Um jetzt in die normale Tagesordnung und in die Behandlung der Verhandlungsgegenstände einsteigen zu können, trete ich den Vorsitz an die Frau Kollegin Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Als ersten Tagesordnungspunkt haben wir heute auf der Tagesordnung einen Antrag stehen, der hier den Abschluss von Verträgen zur Errichtung einer Tiefgarage sowie eines Büro- und Geschäftsgebäudes im Bereich Wieserfeldplatz zum Inhalt hat. Dieser Vertrag soll zwischen der Stadt und der Wieserfeldplatzgaragen GmbH, die zu gründen sein wird wenn dieser Beschluss heute zustande kommt, abgeschlossen werden. Die Geschichte dieses Projektes ist weitgehend bekannt, sie hat uns auch schon öfter beschäftigt. Die Idee, eine Tiefgarage zu machen, ist, meines Wissens nach, vor rund 10 Jahren erstmals aufgetaucht. Damals war die Zeit nicht reif dafür. Wir haben in der Zwischenzeit natürlich eine Entwicklung hinter uns gebracht, die besonders im Bereich des Verkehrsgeschehens zu enormen Belastungen führt und wir haben jetzt natürlich überall mit Schwierigkeiten zu tun, was den ruhenden Verkehr anbelangt, aber natürlich auch den fließenden Verkehr. Zu dem muss gesagt werden, dass gerade auch in Steyrdorf eine Reihe von Verkehrsregelungen Platz gegriffen haben, auch Veränderungen dieser Verkehrsregelungen, und dass aber unserer Meinung nach dieses Problem besser gelöst werden sollte. Jenseits dieser Garagenüberlegungen haben wir uns parallel dazu damit beschäftigt, den wunderschönen Wieserfeldplatz neu zu ordnen und zu gestalten. Vor 3 Jahren habe ich dem Herrn Dr. Kaiser den Auftrag erteilt, einen Entwurf zu machen, wie denn diese Gestaltung aussehen könnte. Der Herr Dr. Kaiser hat diese Aufgabe mit Bravour erledigt, der Plan, wie er sich diese Gestaltung vorstellt, ist dem Bauausschuss und ich glaube auch dem Planungsausschuss zugeleitet worden. Die Ausschüsse haben sich zu diesem Gestaltungsvorschlag äußerst positiv geäußert. Das Ganze ist dann auch in die öffentliche Diskussion gekommen, es ist auch in den Medien darüber berichtet worden. Diese Diskussion kam wahrscheinlich von der Familie Reichenpfader, die ja in Steyrdorf erhebliche Interessen hat. Von der Familie wurden ja einige Häuser mustergültig renoviert, neue Mieter sind dort eingezogen und der Wunsch nach geeigneten Park- und Stellplätzen für die Fahrzeuge im dicht verbauten Gebiet ist vorhanden. Daher ist auch ein geschäftliches Interesse der Familie Reichenpfader vorhanden, diesem Wunsch der eigenen Mieter Rechnung zu tragen. Nachdem aber eine gewisse Größenordnung und auch eine wirtschaftliche Voraussetzung für die Errichtung und dem Betrieb von Tiefgaragen vorhanden ist, hat der Herr Reichenpfader bei der Stadt und bei mir angefragt, ob und wie wir einem solchen Projekt gegenüber stünden. Ich habe dieses Projekt von Haus aus positiv beurteilt, weil ich glaube, dass es dem Viertel äußerst gut tut und eine weitere Entwicklung im Sinne von Revitalisierung der an sich wunderschönen Bausubstanz nur dann in dieser Weise stattfinden kann, wie es auch bisher schon angefangen hat und fortgesetzt werden kann, wenn auch dieses Problem, dass die Leute ja auch ihr Fahrzeug in der Nähe haben wollen, gelöst werden kann. Ich muss dazu sagen, dass die Stadt nicht in der Lage wäre, die Finanzierung einer solchen Tiefgarage vorzunehmen, weil wir, wie sie ja alle wissen, die City-Garage, also die zentrums- und stadtplatznahe Garage als Priorität haben und das gegenwärtige Projekt Forum-Garagenerweiterung nur die Hälfte des Bedarfes deckt, die uns der Herr Dr. Stickler, unser Verkehrsplaner, seinerzeit vorgegeben hat. Also, wir müssen im Umfeld des Stadtplatzes noch eine weitere Garage mit der Größenordnung von rund 250 Stellplätzen errichten und haben aus finanziellen Gründen nicht die Möglichkeit jetzt auch noch Wieserfeldplatz zu machen, das hat nach Herrn Dr. Stickler auch nicht die Priorität. Wir haben daher schon in der Vergangenheit andere Methoden praktiziert, z. B. beim Landeskrankenhaus und mit Hilfe von privaten Investoren, gemeinnützig möchte ich eigentlich nicht sagen, aber zum Teil gemeinnützig, jedenfalls im öffentlichen Interesse liegende ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na ja, gemeinnützig nicht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gemeinnützig im Sinne dessen, dass der finanzielle Ertrag gemeinnützig ist, ist es nicht. Es ist immer so, wenn privates Kapital aufgewendet wird, das ist die Eigenheit, die damit verbunden ist, dass die das Geld, das sie einsetzen, wieder zurücklaufen lassen wollen und möglichst schnell, wenn es geht. Also, so ist es. Jedenfalls ist dieses Projekt beim Krankenhaus in die Tat umgesetzt worden, die Vorgangsweise hat sich bewährt und ich habe dem Herrn Reichenpfader daher auch vorgeschlagen, nach diesem Pilotprojekt auch am Wieserfeldplatz etwas Ähnliches zu machen. Es haben natürlich auf unserer Ebene, auch auf der Ebene des Herrn Reichenpfader, mehrere Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden stattgefunden und es war eigentlich eine große Übereinstimmung da, dass wir dieses Projekt realisieren sollten. Dann sind natürlich Planungen gemacht worden, diese Planungen wurden von unseren Baufachleuten begutachtet, das Projekt ist in den Gestaltungsbeirat gekommen und ist im Hinblick auf die Garagensituierung und Oberflächengestaltung im zweiten Durchgang durchgekommen. Der Teil des Projektes - Gebäude für Geschäfte, aber auch eine öffentliche Bedürfnisanstalt, Platz für die Müllentsorgung, eine Möglichkeit für die Aufbewahrung von infrastrukturellen Einrichtungen zur Bewirtschaftung des Platzes usw., das ist im zweiten Anlauf noch nicht durchgekommen, das muss überarbeitet werden. Das liegt jetzt, im dritten Entwurf, vor und ich gehe davon aus, dass sich das wahrscheinlich in der nächsten Sitzung des Gestaltungsbeirates auch positiv erledigen wird. Das Ganze hat eine gewisse Zeit in Anspruch genommen, aber jetzt ist natürlich der Zeitdruck da. Sie wissen ja, man überlegt lange bis man baut, aber wenn man baut, dann will man schnell bauen und jetzt geht es auch um die Zeit. Daher haben wir das den Gremien zugeleitet, im Stadtsenat ist es bereits durchgegangen und es steht heute zur Beschlussfassung im Gemeinderat. Um hier auch eine entsprechende Information in die Richtung der Bürger zu geben, haben wir auch eine Bürger- bzw. Stadtteilversammlung anberaumt, die gestern stattgefunden hat. Es war eine sehr lebhaft Diskussionsveranstaltung, die Veranstaltung hat rund 3 Stunden gedauert und es sind dort natürlich auch andere Themen angesprochen worden. Man kann aber berichten, denn es waren ja eine Reihe von Mitgliedern des Stadtsenates und Gemeinderates dort, dass eine überwiegende Mehrheit diesem Projekt positiv gegenüber steht. Zusätzlich ist dort aber aufgetaucht, dass gegenüber dem Amtsvorschlag Änderungen der Verkehrsregelungen von Seiten der Wirtschaft gewünscht wurden. Das ist auch in schriftlicher Form mitgeteilt worden. Ich habe diese Petition entgegen genommen und versprochen, und auch gehalten, diese Thematik noch vor der Gemeinderatssitzung zu behandeln. Diese Beratung hat heute Vormittag stattgefunden und die Fachleute des Magistrates haben einen Vorschlag ausgearbeitet. Dieser Vorschlag ist mit dem Vertragspartner, dem Herrn Reichenpfader bzw. mit beiden Herren, mit dem Verkehrsstadtrat und dem Baustadtrat akkordiert worden. Ich war bei diesem Gespräch auch dabei und wir sind hier zu einem Konsens gekommen. Im Wesentlichen wurde beschlossen und festgelegt, dass wir im Bereich der Schuhbodengasse, der Gleinker Gasse, beim Roten Brunnen und der Sierninger Straße bewirtschaftete Parkplätze einrichten und dass wir sie für eine halbe Stunde Parkzeit zur Verfügung stellen. Das Gleiche wird übrigens auch in der Mittere Gasse passieren, es soll eine Bewirtschaftung und Kontrolle dieser Parkzeit bis um 20.00 Uhr stattfinden. Das war hier auch ein Kompromiss, der mit dem Herrn Reichenpfader erzielt werden konnte, da er ursprünglich 22.00 Uhr als Vorstellung gehabt hat. Ich glaube daher, dass mit dieser, in kurzen Worten geschilderten, Änderung, hier sowohl Bewohnern als auch den Geschäfts- und Wirtschaftstreibenden in diesem Gebiet entsprochen wurde und dass es ein gangbarer Kompromiss ist. Ich muss sagen, dass diese Geschichte für die Stadt wirtschaftlich nicht sehr attraktiv ist, weil diese Überwachung, die nämlich jenseits der üblichen Zeiten in unserer Stadt ist, wahrscheinlich unverhältnismäßig höhere Kosten als üblicherweise verursachen wird.

Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber um des lieben und guten Friedens willen und weil diese Überwachung der Parkplätze auch eine gewisse Ordnung mit sich bringen kann, haben wir letztendlich dieser Vorstellung, die hier akkordiert ist, zugestimmt. Es gibt daher heute einen Antrag, der als Antrag, der im Stadtsenat schon beschlossen wurde, konzipiert ist und einen akkordierten gemeinsamen Abänderungsantrag im Bezug auf diese Verkehrsregelungen, die ich im Ansatz kurz geschildert habe.

Ich darf ihnen jetzt den Antrag und den Abänderungsantrag zur Kenntnis bringen.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

1) BauStr-15/99

Abschluss von Verträgen zur Errichtung einer Tiefgarage sowie eines Büro- und Geschäftsgebäudes im Bereich Wieserfeldplatz mit der Wieserfeldplatzgaragen GmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 27. April 2000 wird dem Abschluss eines Gestattungsvertrages sowie eines Gesellschaftsvertrages über die Errichtung einer Stillen Gesellschaft mit der Wieserfeldplatzgaragen GmbH zur Errichtung einer Tiefgarage und eines Büro- und Geschäftsgebäudes im Bereich Wieserfeldplatz entsprechend den beigeschlossenen Vertragsentwürfen zugestimmt. (Beilagen)

Der Abänderungsantrag lautet:

ABÄNDERUNGSANTRAG

zum Antrag auf Abschluss von Verträgen zur Errichtung der Tiefgarage Wieserfeldplatz:

Bei dem am gestrigen Tage stattgefundenen Stadtteilgespräch wurden von verschiedener Seite Wünsche zur zukünftigen Verkehrsregelung vorgebracht. Die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates stellen daher gemäß § 42 Abs. 2 Z. 8 Statut für die Stadt Steyr 1992 in Verbindung mit § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates folgenden **Abänderungsantrag**:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 27. 4. 2000 wird dem Abschluss des hinsichtlich der zukünftigen Verkehrsregelungen überarbeiteten Gestattungsvertrages sowie eines Gesellschaftsvertrages über die Errichtung einer Stillen Gesellschaft mit der Wieserfeldplatzgaragen GmbH zur Errichtung einer Tiefgarage und eines Büro- und Geschäftsgebäudes entsprechend den beigeschlossenen Vertragsentwürfen zugestimmt. (Beilagen)

Ich bitte über diesen Antrag, einschließlich des Abänderungsantrages, der ausreichend unterstützt ist durch die SPÖ-Fraktion, die FPÖ-Fraktion, die ÖVP-Fraktion und die Grüne-Fraktion, zu

debattieren bzw. im Anschluss daran diesem Antrag in der Form des Abänderungsantrages zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Man hat offensichtlich aus den Verkehrsproblemen, die man bei der Errichtung rund um das Landeskrankenhausparkdeck gehabt hat, nichts gelernt. Obwohl wir uns im Vorfeld einig waren, dass alle Betroffenen, sowohl von der baulichen als auch von der verkehrlichen Seite und insbesondere die dort ansässige Bevölkerung, Gewerbetreibende, in die Planung einbezogen werden, ist nichts geschehen. Wir haben diese Vorgangsweise sogar in der Fraktionsobmännerkonferenz beschlossen. Diese hat am 14. 2. 2000 stattgefunden, diese Vorgangsweise ist hier eindeutig protokolliert und dass wir erst im Anschluss daran einen Vorschlag unterbreiten, der beschlossen werden soll. Wie hat es diesmal wieder ausgesehen? Es wurde ein fix und fertiger Vertrag dem Stadtsenat, der ja vorbeschlussfassendes Gremium ist, zugeleitet und man hat dort gesagt, es sei keine Änderung mehr möglich. Wir Freiheitlichen haben uns deshalb aus Verkehrssicht der Stimme enthalten, obwohl wir dort auch deponiert haben, wir halten es für richtig, wichtig und als eine Chance für Steyrdorf, dass man dort eine Tiefgarage errichtet. Das haben wir in unserem Verkehrskonzept, vom Prof. Stickler, auch einstimmig beschlossen. Ich sehe das auch als Chance für ganz Steyrdorf, dass man hier dem modernen Leben, und dazu gehört eben auch die Benützung eines Kraftfahrzeuges, auch Rechnung trägt. Aber man kann nicht eine Gruppe völlig hintan lassen und einer anderen Gruppe alle Rechte geben. Deshalb wundert es mich überhaupt nicht, dass es dann notwendig ist, dass wir zuerst einen Antrag haben, dann gibt es einen Austausch zum Antrag und jetzt gibt es einen Abänderungsantrag zum Austauschvertrag. Das ist eine Vorgangsweise, die einer Statutarstadt wirklich nicht würdig ist.

Ich komme nun zum Inhaltlichen unserer Kritik, die anfänglich da war. Ich sage anfänglich, weil es Gott sei Dank, so scheint es, zu einem guten Ende kommt. Es hat sich immer gezeigt, und das sind auch nach wie vor die Probleme bei anderen Garagierungsmöglichkeiten, dass eine Überwachung nur dann zielführend und nachvollziehbar ist, wenn es ein privater Wachdienst macht. Alles andere, mittels Bundespolizei oder anderen Diensten hat sich als nicht geeignet erwiesen. Die Bundespolizei schreitet aber nur dann ein, wenn ein Kraftfahrzeug verkehrsbehindernd abgestellt ist. Wir haben ja jetzt schon, gerade in Steyrdorf, die Probleme, ich möchte jetzt einmal die Gründbergsiedlung auslassen, dass uns die Polizei auch jetzt schon ganz klar sagt, ja vielleicht kommen wir alle 3 Tage, vielleicht alle 3 Wochen oder dreimal am Tag hin. Wir können das aber nicht zusagen und primär sind wir für die Beseitigung von verkehrsbehindernd abgestellten Fahrzeugen da. Das heißt, eine Ladetätigkeit, wie es im ursprünglichen Antrag vorgesehen gewesen ist, wäre nicht überwachbar gewesen. Der Endeffekt wäre gewesen, dass wir die Dauerparker nach wie vor innerhalb der jetzt bei uns grau ansonsten aber rot straffierten Zone gehabt hätten, diese Straßenzüge, die wir hier angezeichnet haben. Aber auch der Betreiber hätte dadurch einen Einkommensverlust, weil hier Dauerparker draußen sind, er hätte auch seine Garage möglicherweise nicht gewinnbringend führen können, bzw. nicht so, dass es wirtschaftlich einen Sinn gibt.

Das muss man alles bedenken und ich bin schon überrascht, dass man erst heute bei der Sitzung draufgekommen ist, dass es in Steyrdorf unterschiedliche Interessenslagen gibt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das wissen wir schon länger als sie Herr Kollege, weil wir schon früher da waren als sie!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, wenn sie sich erinnern mögen, ich habe als Verkehrsreferent Steyrdorf übernommen, da waren die Sozialisten unter dem damaligen Verkehrsreferenten Zagler unterwegs. Vielleicht können sich noch viele daran erinnern. Da war ein Wahlgag der SPÖ - „Totale Fußgängerzone in Steyrdorf“.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das stimmt nicht, das war ein Wunsch von „Steyrdorf Aktiv“!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe 2 bis 3 Jahre lang dort eine Sprechstunde abgehalten und ich denke, dass ich mich in Steyrdorf sehr gut auskenne und mit den Betroffenen sehr gut sprechen kann, Herr Bürgermeister. Heute hat sich ihr Herr Dr. Schmidl, der Magistratsdirektor, bei der Sitzung erstaunt gezeigt, ich habe es sogar mitgeschrieben ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist nicht mein Herr Doktor, mein Doktor ist der Dr. Brandstetter!

MD. OSR DR. KURT SCHMIDL:

Herr Vizebürgermeister, bleiben sie einmal bei der Wahrheit!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Unterstellen sie mir die Unwahrheit, Herr Dr. Schmidl?

MD. OSR DR. KURT SCHMIDL:

Ich habe gesagt, sie sollen bei der Wahrheit bleiben!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sagen sie es mir, was habe ich Unwahres gesagt?

MD. OSR DR. KURT SCHMIDL:

Noch nichts!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sagen sie es mir, oder war es ein prophylaktischer Zwischenruf von ihnen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, aber wenn sie sagen, es ist mein Herr Doktor. Mein Herr Doktor ist der Herr Dr. Brandstetter, das ist mein Hausarzt.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich sage ihnen auch warum. Weil im Stadtsenat der Herr Dr. Schmidl so tut, wie wenn er das höchste Stadtsenatsmitglied der SPÖ ist, so schaut es nämlich aus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist er eh, das ist aber noch keine Sünde. Sie sind ja auch Mitglied bei der FPÖ.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Und sie meinen, das ist richtig?

Ein Magistratsdirektor sollte für alle Steyrer sein und für alle Stadtsenatsmitglieder, aber er kommt dem nicht nach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ist er eh, bleib bei der Sache!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vorsitzende, ich habe ja nicht unterbrochen.

Da hat sich eben der Herr Dr. Schmidl, ihr oder unser Herr Dr. Schmidl, erstaunt darüber gezeigt, dass es in Steyrdorf unterschiedliche Interessenslagen gibt. Da ist man heute draufgekommen.

MD. OSR DR. KURT SCHMIDL:

Geh, das weiß man doch schon lange!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Dr. Schmidl, ich habe mir das mitgeschrieben

MD. OSR DR. KURT SCHMIDL:

Da müssen sie aber ordentlich mitschreiben. Es galt, unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie können sicher sein, ich habe das so mitgeschrieben, wie sie es gesagt haben.

Nichtsdestotrotz, war gestern ein Stadtteilgespräch, wo ich leider nicht teilnehmen konnte, aber ich habe mich im Vorfeld, letzte Woche, sehr bemüht, dass wir mit den Betroffenen ins Gespräch kommen und dass wir einen Konsens zwischen allen Beteiligten finden. Ich habe dieses am Freitag den Fachabteilungen zugeleitet und im Wesentlichen sind diese Einwände, bis auf die 20.00 Uhr-Zeit, heute mit dem Abänderungsantrag eingeflossen. Deshalb werden wir, oder ich empfehle unserer Fraktion, diesem Abänderungsantrag zum Austausch antrag des ursprünglichen Antrages die Zustimmung zu geben. Es wird sicherlich die Zeit zeigen, ob wir mit dem Zeitrahmen, gebührenpflichtige Kurzparkzonen bis 20.00 Uhr, auskommen, zuviel oder zuwenig haben. Wir haben hier in Steyr eine Novität, ich möchte es nicht verhehlen, dass ich ursprünglich und immer noch der Meinung bin, dass wir möglichst einheitliche, klare, nachvollziehbare Parkregelungen im gesamten Stadtgebiet haben. Das heißt, das ist der einzige Pferdefuß dabei, aus meiner Sicht, aber wesentlich besser als der ursprüngliche Antrag, wo ja dann nur mehr eine 3 Stunden Kurzparkzone, überwachte Kurzparkzone, in der Mittlere Gasse übrig geblieben wäre. Das hätte überhaupt keinen Sinn gegeben. Wir haben ferner heute vereinbart, dass eine diesbezügliche Änderung nur zwischen den beiden Vertragspartnern, das heißt Stadt und Betreiber der Tiefgarage, also Reichenpfader, gemeinsam geändert werden kann. Das finde ich auch richtig und sollte auch nicht einseitig passieren. Mich verwundert auch, dass nur dieser Antrag im Gemeinderat zur Debatte kommt. Ein anderer Antrag über eine weitere Tiefgarage, bezüglich Forum, wo man auch einen Gestattungsvertrag macht, wird hier im Gemeinderat nicht behandelt, da genügt der Stadtsenat. Stellen sie sich vor, wir haben hier auch einen Gestattungs- und Gesellschaftsvertrag. Wir haben ja

Glück, dass wir heute im Gemeinderat darüber diskutieren, denn ansonsten hätten wir bereits einen gültigen Vertrag. Vor der beschlussfassenden Gemeinderatssitzung hätten wir einen gültigen Vertrag von der Stadtsenatssitzung. Deshalb bin ich froh, dass es doch noch ein Einlenken gegeben hat. Ich danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte nur einen Satz dazu sagen. Im Stadtsenat ist nie darüber gesprochen worden, dass jetzt keine Änderung mehr möglich ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Selbstverständlich!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es ist nicht gesprochen worden. Das heißt, es ist nur der Beschluss des Stadtsenates zur Weiterleitung an den Gemeinderat.

Wir müssen schon die Wahrheit sagen, was wirklich im Stadtsenat gesprochen worden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war die Wahrheit, Frau Vizebürgermeister, das können sie auch drehen wie sie wollen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es ist auch gesprochen worden, dass das Stadtteilgespräch stattfinden wird und man wird sich die Wünsche der Steyrdorfer und der Geschäftsleute anhören und eine Änderung ist jederzeit möglich. Man sieht es ja, dass heute diese Änderung möglich war.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich die Frau Mag. Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte die Dinge nicht wiederholen, der Kollege Pfeil ist auf einen Punkt, was das Stadtteilgespräch anbelangt, eingegangen, ich möchte es nur ein bisschen ausführen. Ich bedaure es sehr, dass dieses Stadtteilgespräch zu einem Zeitpunkt stattgefunden hat, wo im Prinzip alles auf die Schienen gelegt worden ist und das wäre nicht unbedingt nötig gewesen. Es ist auch so, dass das Statut der Stadt Steyr sehr wohl vorsieht, dass die Bürger zeitgerecht informiert werden. Es ist im § 70 - Information

der Einwohner, Statut der Stadt Steyr, wunderbar nachzulesen. Da steht: „Plant die Stadt im eigenen Wirkungsbereich die Durchführung eines Vorhabens, durch das die Interessen der Gemeindemitglieder im Allgemeinen oder einen bestimmten Teil der Gemeindemitglieder besonders berührt werden, wegen seines Umfanges, wegen seiner Art, wegen des dafür notwendigen finanziellen Aufwandes oder aus anderen Gründen, so hat die Stadt die Gemeindemitglieder bzw. die in Betracht kommenden Gemeindemitglieder über das Vorhaben ausreichend und zeitgerecht, möglichst noch im Planungsstadium, zu informieren.“ Das war auch die Intention von diesem Wunsch, ein Stadtteilgespräch zu machen, der in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz geäußert worden ist. Ich halte nichts davon, ein Stadtteilgespräch einen Tag vor der Gemeinderatssitzung zu machen, noch dazu wo es im letzten Stadtsenat im Prinzip schon beschlossen worden ist. Wo auch am Donnerstag nach der Stadtsenatsitzung in der Verkehrsausschusssitzung sehr wohl der Tenor war, an diesem Vertrag kann nichts mehr geändert werden, weil sonst wird die Garage nicht gebaut. Dann wird eben der Betreiber abspringen. Das war die Situation. Prinzipiell begrüße ich ein Stadtteilgespräch sehr, ich glaube nur, man macht es zur Farce, wenn man es so aufzieht wie das passiert ist, von der zeitlichen Vorgangsweise her. Von der Präsentation, auf die will ich gar nicht näher eingehen. Ich denke mir, dass man im Zeitalter von Internet und Laptops usw. eine Präsentation auch so machen kann, dass die Bewohner wirklich einen Eindruck davon bekommen und nicht auf die Art und Weise, wie es gestern passiert ist. Das nur noch dazu. Was für mich sehr wesentlich ist, Herr Bürgermeister, sie haben angesprochen, dass es einen Konsens der Fraktionen zur Garage gibt. Das stimmt insofern, als dass wir gesagt haben, oder auch die Liberale Gemeinderatsfraktion gesagt hat, wir sind für eine Garage, wenn die Bewohner das wollen. Ich habe aber auch gesagt, damit man auf die Wünsche der Bewohner draufkommt, muss man sich zeitgerecht informieren und ihnen auch sagen, was die Folgen der Garage oder was die Auswirkungen einer Garage sind. Das ist eigentlich erst gestern manchen bewusst geworden. Die Auswirkung ist eben die, dass ich an der Oberfläche 100 Parkplätze weniger habe und dass ich eben dann für einen Parkplatz, als Bewohner, zwischen 900,-- und 1.000,-- Schilling im Monat bezahlen werden muss, und dass ich in der Stunde ungefähr S 20,-- an Parkgebühren entrichten muss. Das muss man den Bewohnern offen sagen. Wenn die Bewohner und die Geschäftsleute dann sagen, in Ordnung, das ist uns Recht, das nehmen wir in Kauf, ja selbstverständlich spreche ich mich dann dafür aus. Aber da sollte man die Bewohner wirklich rechtzeitig informieren und ihnen das auch sagen. Auf den Vertrag möchte ich ein bisschen näher eingehen. Und zwar gibt es da einige Kritikpunkte. Ein Punkt, gleich zum aktuellen mir vorgelegten Abänderungsantrag. Wenn sie genau zugehört haben, werden sie gemerkt haben, dass dieser Abänderungsantrag vom Liberalen Forum nicht mitunterstützt ist. Aus einem ganz einfachen Grund, weil mir der Kollege Bremm gerade erst zu Beginn der Sitzung diesen Abänderungsantrag vorgelegt und gefragt hat, unterstützen sie ihn? Na, bevor ich etwas unterstütze, lese ich es mir durch, das konnte ich aber jetzt erst tun. Da steht z. B. als die wesentliche Abänderung gleich drinnen, dass sich die Stadt verpflichtet, innerhalb des im beigeschlossenen Lageplan rot dargestellten Bereiches im Stadtteil Steyrdorf keinerlei Parkplätze zu errichten oder zu betreiben, und da ist unter anderem hineingekommen, ausgenommen weitere maximal 12 Stellplätze im Bereich Gleinker Gasse und Schuhbodengasse. Wenn ich mir das durchlese, und da steht maximal weitere 12 Stellplätze, dann kann das im Prinzip auch heißen, kein einziger Stellplatz. Weil maximal ist eine Obergrenze, entweder es steht da drinnen mindestens, dann gibt es nach oben keine Grenzen, aber es sind mindestens 12, oder wenn so sichergestellt ist, wie sie gerade als Zwischenbemerkung gesagt haben, Herr Kollege Mayrhofer, die 12 sind fix, dann kann man das maximal ja rausstreichen. Dann steht drinnen, es sind 12 Stellplätze. Wenn ich es so formuliere, dann heißt das, und da wird mir der Kollege Wetzl als Jurist Recht geben, dass maximal im Prinzip nur heißt maximal 12 Stellplätze, es kann aber auch gar kein Stellplatz heißen. Darum denke ich mir, sollte das da drinnen korrekt formuliert sein. Beim grundsätzlichen Vertrag gibt es mehrere Punkte. Prinzipiell begrüße ich es, wenn die öffentliche Hand eine Kooperation mit einem privaten Unternehmen eingeht. Vor allem dann, wenn die Situation so ist, dass sich die öffentliche Hand ein Projekt nur dann leisten kann, wenn sich ein Privater daran beteiligt. Das ist eine gute Sache. Nur eines sollte man nie vergessen, dass wir, und da sehe ich meine Verantwortung als Gemeinderätin, nicht in erster Linie die Interessen des Betreibers zu wahren haben, sondern die Interessen der Stadt, und damit die Interessen der Bürger. Ein wesentlicher Punkt, der mir in diesem Vertrag absolut fehlt, ist die Möglichkeit, dass die Stadt ein Mitspracherecht bei der Tarifgestaltung, bei der Kalkulation

der Preise hat. Wenn ein Privater auf eigene Kosten, ohne Beteiligung der öffentlichen Hand, eine Garage errichtet, dann soll er den Tarif verlangen, den er sich vorstellt. Wenn aber die Stadt selbst sehr viele Leistungen erbringt und eine Partnerschaft eingeht, dann möchte ich auch Mitspracherechte in dieser Partnerschaft. Rein theoretisch könnte es passieren, dass der Betreiber eben S 1.200,- im Monat für die Tiefgarage verlangt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Dann wird sich keiner hineinstellen!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Dann könnte man natürlich sagen, da stellt sich dann keiner hinein, nur er hat aber keine Wahlmöglichkeit mehr, weil die 100 Parkplätze an der Oberfläche sind ja weg, er muss sich ja in eine Tiefgarage stellen. Das heißt, er hat nur die Wahlmöglichkeit sich entweder hineinzustellen und den Tarif zu zahlen, oder irgendwo weit außerhalb zu parken. Aber es gibt kein Mitspracherecht bei den Tarifen. Weder bei den Tarifen für die Dauerparkplätze, noch bei den Tarifen für die Stundenplätze. Ich darf sie daran erinnern, dass wir dieses Problem beim Krankenhausparkdeck sehr wohl schon hatten. Das war eine ähnliche Situation, da war es zum Glück dann so, dass die Betreiber von sich aus den Tarif reduziert haben, der ursprünglich vielen Leuten zu hoch war. Aber Faktum ist, wir haben uns kein Mitspracherecht bei der Tarifgestaltung gesichert. Das ist der eine Punkt. Wir haben aber sehr viel eingebracht. Ich möchte das schon noch ein bisschen zusammenfassen. Die Stadt Steyr verzichtet auf die Wasseranschlussgebühr und auf die Kanalanschlussgebühr, die Stadt Steyr bringt ein Grundstück von 3.350 m² ein und außerdem verpflichtet sich die Stadt Steyr, das ist im Amtsbericht leider nur mehr sehr rudimentär auf der Seite 2 zu lesen, dass sie noch ein Grundstück erwerben wird, nämlich die Parzelle 1037/2 vom Berufsverband Christlicher Arbeitnehmer. Da steht kein Preis im Amtsbericht, aber ich habe wieder einmal meine Akteneinsicht ein bisschen genutzt und da konnte ich draufkommen, dass es zumindest 1.000,- bis 1.500,- Schilling pro m² sein werden. Das sind also Kosten der Stadt von 177.000,- bis ungefähr 265.000,- Schilling, die die Stadt auch tragen wird. Das heißt, die Stadt bringt sehr viel an Leistung ein, deshalb hat sie meines Erachtens nach auch ein Recht darauf, sich eine gewisse Gegenleistung und Mitsprachemöglichkeit zu wahren. Das ist bei jedem privatrechtlichen Vertrag völlig selbstverständlich, jeder versucht natürlich jede Seite auszureizen und klarer Weise muss die Stadt natürlich in erster Linie ihre Vorteile wahrnehmen. Also, Kalkulation der Preise, keine Einspruchsmöglichkeit, keine Mitgestaltung. Ein Passus ist auch interessant. Wir beteiligen uns am Gewinn, mit 22 % der Erträge der Tiefgarage. Gestern war schon zu hören, dass die Tiefgarage nie einen Gewinn machen wird. Das war, glaube ich, auch die Aussage vom Herrn Reichenpfader, eine Tiefgarage ist kein Geschäft. Das mit der Gewinnbeteiligung wird also wahrscheinlich gar nicht eintreten. Nur, wenn ohnedies kein Gewinn herauskommt, dann braucht man sich ja auch nicht beteiligen. Wenn aber ein Gewinn herauskommt, dann frage ich mich, warum sind wir dann nur mit 22 % an den Erträgen der Tiefgarage beteiligt, nicht aber ...

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... nicht aber zu 22 % an dem Gebäude, das errichtet wird. Ich kann ihnen schon sagen, warum das so ist, oder warum ich mir vorstellen könnte, dass das so ist. Und zwar deshalb, weil jeder von uns, der

sich ein bisschen mit Buchhaltung auskennt, genau weiß, dass ich heute meinen buchhalterischen Gewinn sehr stark transferieren kann und vor allem dann, wenn ich zwei Objekte habe. Nachdem das eine Objekt, sprich Tiefgarage, gewinnbeteiligt ist, das Gebäude aber nicht, lässt sich hier eine wunderbare Gewinnverschiebung und Gewinntransferierung vornehmen. Das heißt, dass ein buchhalterischer Gewinn bei der Tiefgarage, aus sicherlich verständlichen Gründen des Betreibers, nicht anzustreben sein wird. Der Gewinn wird dann letztlich beim Bauwerk liegen, auf das wir allerdings keinen Zugriff haben, was die Gewinnbeteiligung anbelangt. Das ist für einen Privaten wunderbar gemacht, nur wie gesagt, mir geht es um die Interessen der Stadt und der Bürger. Ein nächster Punkt ist die Beziehung von Kontrolle. Mir fehlt im Vertrag, dass irgendwo steht, die Stadt Steyr ist berechtigt einen Buchprüfer, einen Steuerberater beizuziehen, um die Unterlagen, die vorgelegt werden, welche die Gewinnausschüttung anbelangen, zu überprüfen. Das steht nicht drinnen. Dann steht auch keine Fälligkeit der Gewinnausschüttung drinnen. Es steht dort, dass ein Gewinn ausgeschüttet wird, aber es gibt keine Fälligkeit. Das sind für mich schon Punkte, die in diesem Vertrag fehlen. Wobei ich ihnen sagen möchte, weil da schon wieder kommt, na so etwas, diese schöne Geschichte usw., ich möchte ihnen nur sagen, dass das nicht unbedingt auf meinem eigenen Mist gewachsen ist, sondern das hat sich ein Jurist, der sehr viel mit solchen Verträgen zu tun hat, ganz genau angesehen. Genau der hat diese Defizite auch bestätigt und mit festgestellt. Deshalb ist das für mich auch ein Punkt, wo ich den Eindruck habe, dass sich die Stadt Steyr hier nicht unbedingt sehr stark bemüht hat die Interessen der Stadt zu wahren, sondern eher wirklich im Hinblick auf den Betreiber. Das ist auch gestern von ihnen, Herr Bürgermeister, sehr oft gekommen, wenn wir dieses und jenes nicht erfüllen, dann wird eben diese Garage nicht gemacht. Nur, glaube ich, sollten wir auch sagen, dass es der Betreiber war, der mit dem Wunsch die Garage zu bauen an die Stadt herangetreten ist und die ist ihm auch sehr wichtig. Da hätten wir, meines Erachtens nach, schon noch einige Verhandlungsspielräume gehabt. Das wäre einmal zu dem Vertrag an sich. Was mir jetzt noch wichtig wäre abzuklären, das ist dieser eine Punkt, dass tatsächlich sichergestellt wird, dass es diese zwölf Stellplätze gibt und nicht mit dieser schwammigen Formulierung „maximal“, die juristisch recht wenig hält.

Eine Frage habe ich auch noch. Es gibt in dem Vertrag diesen Passus mit der Pönale, sobald die Stadt Steyr wiederum einen Parkplatz errichtet, muss sie eine Pönale von 150.000,- Schilling bezahlen, da steht nicht dabei ob einmalig oder pro Jahr. Ich denke mir, man sollte Verträge so abfassen, dass sie eindeutig und klar sind.

Aus diesen Gründen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werde ich diesem Fall sicherlich nicht die Zustimmung erteilen, denn ich kann meine Zustimmung nicht zu einem Vertrag geben, wo möglicherweise die Bürger im Endeffekt die sind, die letztlich draufzahlen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Fürweger. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Ich bin gestern sehr freudig zum ersten Stadtteilgespräch im Kolpingheim gegangen, der Stadtteil hat ja bis dato keine geeignete Räumlichkeit zur Verfügung gehabt. Ich war dann aber auch, und meine Vorrednerin hat es auch schon gesagt, von der Präsentation ein bisschen enttäuscht. Das ist einfach unserer Stadt nicht würdig, ich glaube, jeder Staubsaugervertreter verkauft sein Produkt besser, wie wir gestern ein 60 Mio. Schilling Projekt präsentiert bekommen haben. Zum Zeitpunkt des Stadtteilgespräches gibt es, meiner Meinung nach, eine klare Aussage. Ich habe am 16. 02. einen Antrag, mit der Bitte ein

Stadtteilgespräch abzuhalten, an den Herrn Bürgermeister gestellt, ich habe diesen Antrag auch an alle anderen Fraktionen geschickt. Also, zu sagen, es wäre nie der Wunsch gewesen, oder es ist erst jetzt notwendig, oder es ist jetzt erst möglich, ich glaube, den kann man obsolet nehmen. Es sind gestern einige Punkte von den Bewohnern ganz klar angesprochen worden, die auch mir oder uns nicht bekannt waren. Z. B. der Wunsch nach diesen Bewohnerparkplätzen. Wenn es 120 Bewohnerparkscheine gibt und in etwa auch so viele Bewohnerparkplätze, die dann wegfallen und wir haben dann nur 12, dann ist das natürlich eine Problematik für diese Leute. Mit der kann man sich nicht 12 oder 24 Stunden vor dem Beschluss auseinander setzen. Es ist auch der Wunsch geäußert worden, dass bei der Bautätigkeit dieses großen Projektes, und es ist eine einschneidende Sache, in diesem Stadtteil hat es noch nie so eine große Baustelle gegeben, oder wird es auch nie so eine geben, dass man hier auch ein Management hat, dass die Leute dort auch während der Bautätigkeit normal leben können. Sie haben nämlich jetzt schon 2 bis 3 Jahre Baustelle hinter sich, also irgendwo ist auch einmal die Reizschwelle erreicht und man kann natürlich auf der Gegenseite sagen, die Leute sind schon daran gewöhnt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na, dann lassen wir es eben gehen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich habe dieses Projekt auch ein bisschen von der anderen Seite betrachtet. Eine Dame hat es gestern kurz angeschnitten, und das ist dieses Tiefgarageneinfahrtsgebäude. Es ist nun einmal so, dass der Wieserfeldplatz ein historischer Platz ist und die Häuser stehen alle unter Denkmalschutz, die Leute dürfen keine Garagen hinein bauen, sie müssen alle Veränderungen angeben und der Platz selber ist nicht unter Denkmalschutz. In Italien wäre das undenkbar, dass man in Verona auf einem mittelalterlichen Platz ein neues Gebäude errichtet. Ich muss sagen, der Architekt bemüht sich sehr, er hat natürlich den Auftrag vom Herrn Reichenpfader, das ist ganz klar.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Fürweger, sagen sie nicht Mittelalter, der Wieserfeldplatz ist in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden, und wenn ich mich nicht täusche, dann war das nicht Mittelalter.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

1560, Herr Bürgermeister, das ist nachzulesen in der Geschichte von der Stadt Steyr, Brandl - 1560 wurde der Wieserfeldplatz errichtet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Wieserfeldplatz wurde 1443 abgeschlossen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Aber lassen wir das, Herr Bürgermeister, das ist ja keine geschichtliche Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich sage es ja nur, ich habe das auswendig gelernt.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich werde das aus der Geschichte der Stadt Steyr kopieren und ihnen zukommen lassen.

Auf jeden Fall ist zu sagen, dass hier das Denkmalschutzamt bzw. die Denkmalschützer unserer Stadt und auch des Landes Oberösterreich bei der Errichtung eines neuen Gebäudes diese Sache nicht so genau sehen. Der Architekt ist natürlich der Auftragnehmer vom Herrn Reichenpfader und bemüht, es so schön wie möglich zu machen. Das ist natürlich einsehbar. Aber wie gesagt, wenn es einmal dort steht, dann steht es dort. Wir haben auch schon Gebäude in unserer Stadt hingestellt bekommen, wo wir jetzt froh sind, dass sie wieder weg kommen. Ich sage nur Forum. Ich glaube, dass es nicht notwendig ist, dass ein Gebäude mitten auf einem Platz errichtet wird, nur um ein WC oder ein Müllkammerl zu beinhalten. Da gibt es rund herum genügend Möglichkeiten, man muss das nicht mitten auf dem Platz situieren. Bei der Mitgestaltung der Oberfläche, hat man die Bewohner gestern auch nicht sehr stark einbezogen, da muss ich unseren Kulturstadtrat, Herrn Spanring, ansprechen. Er braucht nicht so böse schauen, im Fernsehen schaut er auch immer sehr lustig, wenn er seine Vernissagen eröffnet.

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich habe im März 1999 einen Antrag, um eine Ausschreibung eines Künstlerwettbewerbes für die Errichtung eines Brunnens, an sie gestellt und was ist gestern heraus gekommen, ein Trinkbrunnen der aussieht wie ein Hydrant. Ich glaube, so etwas brauchen wir am Wieserfeldplatz nicht. Wir brauchen auch nicht so etwas wie in der Frauengasse, das dann umfunktioniert wird und Stiefmütterchen hinein gepflanzt werden. Wir brauchen einen ordentlichen Brunnen. Wenn wir einen machen, dann soll er ordentlich sein. Die Künstler würden sich freuen, wenn sie sich dort ein bisschen austoben können. Meine Vorrednerin hat es angeschnitten und ich sage es jetzt zum Schluss, es stimmt, eines haben wir ganz übersehen. Wir können nicht auf die Tarifgestaltung des Herrn Reichenpfaders einwirken. Gestern hat ihn der Herr Rieß, Bäckermeister am Wieserfeldplatz, darauf angesprochen, dass er vor zwei Monaten noch gesagt hat, dass ein Stellplatz S 120.000,-- kostet, wenn man ihn kauft, jetzt kostet er aber S 160.000,-- und so wird es wahrscheinlich weitergehen, und wir können überhaupt nicht eingreifen. Wir können auch bei der monatlichen Miete nicht eingreifen und auch nicht bei dem Tarif für die Stunde. Herr Bürgermeister, da haben wir uns über den Tisch ziehen lassen, das können sie nicht abstreiten. Es hat gestern auch ein bisschen so den Eindruck gemacht, dass sie sich ein bisschen zum Verkaufsleiter vom Herrn Reichepfader haben machen lassen und dabei die ganze Stadt zuwenig gesehen haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Stadtrat Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Man merkt, dass wir heute sehr zahlreichen Besuch haben, die Wortmeldungen meiner Vorredner waren auch dementsprechend ausgerichtet. Ich glaube, wir sollten aber wieder ein bisschen auf den Boden der Normalität zurückkommen. Der Wunsch, eine Tiefgarage im Stadtteil Steyrdorf zu bauen, ist ja nicht erst jetzt in den letzten Monaten entstanden, sondern das ist etwas, was unsere Vorgänger hier im Gemeinderat schon wollten, was die Bevölkerung ja schon vor Jahren wollte und was wir natürlich in unserem Stadtentwicklungskonzept, als einen der Mosaiksteine der Stadtentwicklung, drinnen haben. Gescheitert ist es bisher an den finanziellen Mitteln und es wäre auch jetzt nicht zustande gekommen, das kann man auch sagen, wenn es uns nicht gelungen wäre, doch einen privaten Investor dafür zu gewinnen. Zu gewinnen für ein Projekt, was kaum, ich sage jetzt bewusst den Ausdruck „kaum“, die Aussicht auf einen unmittelbaren Gewinn hat. Unmittelbar deshalb, weil es natürlich auch eine Umwegrentabilität gibt, und das war sicher auch einer der Gründe, warum der Herr Reichenpfader auch bereit war dieses Bauvorhaben anzudenken. Nämlich, dass der Wert der umliegenden Häuser natürlich steigt, wenn es die Möglichkeit gibt, in unmittelbarer Nähe Parkplätze zu kaufen oder zu mieten. Das hebt den Wert einer Immobilie und damit natürlich auch seine eigenen Immobilien, aber das ist gut, denn da können natürlich auch die anderen mitprofitieren. Der Betrieb einer Parkgarage mit 250 Stellplätzen ist nicht rentabel, das wurde uns bei allen bisherigen Verhandlungen von den verschiedensten Betreibern, die österreichweit Parkgaragen betreiben, mitgeteilt. Darum haben sie auch abgewunken und haben gesagt: „Danke, kein Interesse, das Limit liegt bei 450 bis 500 Stellplätzen, darunter ist es vollkommen uninteressant.“ Wir sind also doch tatsächlich sehr froh, dass wir jemanden gefunden haben, der es machen möchte. Dass hier die Karten natürlich nicht so verteilt sind, dass wir sagen, du musst die Hosen runterlassen, nur dann geben wir dir die Möglichkeit, dieses Projekt zu machen, das ist natürlich vollkommen klar. Wir waren aber trotzdem überrascht über die Bereitschaft, die hier geherrscht hat, nicht nur den Wünschen der Stadt entgegen zu kommen, sondern auch der Bevölkerung. Ich glaube, das ist sicher auch mitentscheidend. Ein Bau einer solchen Garage im dicht verbauten Gebiet, wir haben gesagt, das ist die einzige Chance, dass wir die Parkplatznot in diesem Viertel auf Sicht gesehen lindern können, wir werden sie nicht ganz beheben können, das ist überhaupt keine Frage, soviel sind 250 Stellplätze auch nicht. Nur, wenn man von der jetzigen Situation ausgeht, dass man zwar Bewohnerparkkarten ausgegeben hat, aber in den Abendstunden trotzdem keine Parkplätze dort findet und wenn wir wissen, dass noch zahlreiche Häuser für eine Renovierung anstehen, wo jetzt eine oder zwei Personen drinnen leben und wo nach einem Umbau locker 10 Wohnungen darin Platz haben, dann ist ungefähr vorstellbar, welche Parkplatznot in der Zukunft herrschen wird. Das heißt, es ist ganz klar, dass man mit Parkplätzen über der Erde in diesem Gebiet nicht das Auslangen findet. Das heißt, eine Tiefgarage ist notwendig, darüber gibt es Gott sei Dank auch einen Konsens und der wurde auch gefunden. Ich habe das gestrige Gespräch nicht als Farce gesehen, wie ich es heute in der Zeitung gelesen habe, sondern das Ergebnis des heutigen Abänderungsantrages hat gezeigt, dass man sehr wohl bereit ist, auch darauf einzugehen. Da möchte ich wirklich der Frau Vizebürgermeisterin Mach Recht geben, ich war auch in diesem Stadtsenat und kann bestätigen, dass es geheißen hat, hier geht es um die Weiterleitung an den Gemeinderat. Wir haben am Vortag das Stadtteilgespräch und selbstverständlich können wir das dann, wenn berechnete Wünsche sind und es gibt ein Übereinkommen, auch ändern, so wie es jetzt tatsächlich passiert ist. Der Erfolg hat natürlich viele Väter, und das ist auch gut. Jeder soll sich rühmen, dass er mitgeholfen hat, das ist in Ordnung.

Der Denkmalschutz, den der Kollege Fürweger angesprochen hat, ich darf ihnen sagen, dass das nicht nur ein Wunsch des Herrn Reichenpfaders oder des Architekten Falkner war, sondern dass das eine Bedingung des Gestaltungsbeirates war und bei diesem Gestaltungsbeirat ist auch der Herr Hofrat Dipl.-Ing. Lipp dabei gewesen, der ebenfalls die Ausbildung eines Gebäudes an diesem Punkt gefordert hat, weil dieser sogenannte Angercharakter, den der Wieserfeldplatz früher hatte und den er verloren hat, wieder errichtet werden soll, und vor allem die Zu- und Abfahrt zur Tiefgarage sollte in dieses Haus integriert werden. Die Kollegin Frech hat moniert, dass die 22 %ige Beteiligung nur auf die Parkgarage geht, nicht jedoch auf das Objekt. Hier geht es natürlich nur um die Gewinnbeteiligung. In Abgeltung dieser Beteiligung errichtet der Herr Reichenpfader auf eigene Kosten ein öffentliches WC, voll fertig, er errichtet die Räumlichkeiten für die Müllsammelstelle und er hat die Überdachung für unsere Busgäste berücksichtigt. Das heißt, er leistet hier finanzielle Aufwendungen, die wir ansonsten als Stadt machen müssten und darum wurde hier im Gegenzug auf diese Beteiligung verzichtet. Das ist richtig und auch durchaus legitim. Dass sie diesem Antrag, liebe Kollegin Frech, nicht die Zustimmung geben, das war, glaube ich, keine Überraschung für uns alle, das haben wir uns eigentlich erwartet. Wenn 4 Fraktionen zustimmen, dann war es bisher üblich, dass sie in den meisten Fällen dann auch dagegen sind.

Nun zur Bauphase, die ebenfalls noch angesprochen wurde. Ich kann ihnen versichern, wir wissen, dass das ein sehr sensibles Gebiet ist und dass vor allem durch die jetzige Bauphase des Kanals und des Gasanschlusses, die Belastbarkeit schon sehr an die Grenzen gestoßen ist und dass wir uns hier wirklich sehr bemühen, dies in kurzer Zeit zu erledigen. Wir hoffen, dass diese 3 ½ Monate, die hier avisiert wurden, tatsächlich eingehalten werden. Sollten es 4 Monate sein, dann ist das auch noch ein Zeitraum, der überschaubar ist. Uns allen ist es klar, der Beamtenschaft hier im Haus, der Bevölkerung, der Kaufmannschaft und auch uns, dass diese Bauphase natürlich die schwierigste Phase überhaupt sein wird und es wäre falsch zu behaupten, dass das problemlos über die Bühne gehen wird. Jeder, der weiß, welche Kubatur hier ausgehoben werden muss, dem ist klar, dass es natürlich einen An- und Abtransport geben wird, der gewaltig ist und das wird zu Beeinträchtigungen führen. Gestern haben wir es natürlich auch schon bemerkt, dass die anliegenden Bewohner das schon sehr fürchten. Ich glaube trotzdem, dass es gut ist, wenn es schnell gemacht wird, vor allem auch für die Existenzgefährdung der Kaufleute hier in Steyrdorf, weil eine lange Baustelle würde das noch mehr verzögern. Das heißt, ich warne auch vor Auflagen wie z. B. nur mit Klein-LKW zu fahren, oder weite Umwegrouten zu wählen, weil das alles die Bauzeit immens verlängern würde und damit auch die Behinderungen im gesamten Viertel. Ich möchte noch einmal ersuchen, dass die noch vorhandenen Plätze, als Parkfläche bleiben, das heißt als Haltefläche, um kurze Haltemöglichkeiten während der Bauphase zu ermöglichen. Wir haben darüber auch heute schon kurz mit dem Herrn Reichenpfader gesprochen. Jedem Wirtschaftstreibenden dort oben ist bewusst, dass es problematisch ist, aber er muss in dieser Zeit auch leben können. Das heißt, dass man mit dem freien Raum nicht großzügig umgeht, sondern hier die vorhandenen Zonen, die jetzt z. B. 3 Stunden Parken ermöglichen, jetzt schon auf die halbe Stunde zu reduzieren, denn damit kann man wirklich auch schon helfen.

Ich glaube, im Großen und Ganzen kann man nur sagen, wir sollten froh sein, dass wir es so über die Bühne bringen, es ist ein Kompromiss, mit dem sowohl die Bevölkerung als auch die Kaufmannschaft, die Familie Reichenpfader und auch wir leben können und wir werden selbstverständlich diesem Antrag die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Vertreter der öffentlichen Medien, werte Gäste. Ich darf vorweg sagen, dass ich mich nicht so intensiv mit der Materie beschäftigt habe wie die Frau Kollegin Frech, daher komme ich auch nicht zu dieser Schlussfolgerung wie sie. Herr Kollege Mayrhofer, ich habe mich auch nicht deshalb jetzt zu Wort gemeldet, weil so viele Gäste hier sind, sondern ich habe auch sonst den Mut mich hier ans Rednerpult zu stellen und vor dem Gemeinderat meine Meinung zu sagen, aber das dürften sie inzwischen auch festgestellt haben. Erlauben sie mir aber doch aus meiner Sicht und aus diesen Überlegungen heraus einige Anmerkungen und Klarstellungen zu dieser heute hier vorliegenden Thematik, die auch gestern im Stadtteilgespräch zum Thema gemacht wurde, anzubringen. Ich halte das einfach deswegen für richtig, weil, mit Ausnahme vom Herrn Dr. Pfeil, doch nicht alles so wiedergegeben wurde, wie es sich tatsächlich abgespielt hat. Jeder, der gestern bei diesem Stadtteilgespräch war, musste einfach feststellen, dass es doch richtiger gewesen wäre, wenn die Bewohner und die Kaufmannschaft dieses Stadtteiles in die Überlegungen der Errichtung einer Tiefgarage und der daraus resultierenden Maßnahmen und Schlussfolgerungen einzubeziehen. Das war gestern doch etwas eigenartig für mich, vom Herrn Bürgermeister zu hören, dass er überrascht ist, dass es doch Anmerkungen, Wünsche und Anregungen einerseits von der Bevölkerung allgemein und vor allen Dingen von der Kaufmannschaft gibt, obwohl in der bewussten Stadtsenatssitzung, wo dieser Beschluss gefasst wurde, ich komme dann noch näher darauf zurück, bereits Herr Dr. Pfeil darauf hingewiesen hat, dass es doch Wünsche, Anregungen und Befürchtungen von Bewohnern aus diesem Stadtteil gibt. Aber der Herr Kollege Mayrhofer war damals der Meinung, dass alles in Ordnung ist. Es wurde mit der Kaufmannschaft abgesprochen, es passt alles, wir können also sozusagen mit ruhigem Gewissen im letzten Augenblick die Bevölkerung mit einbinden, es wird da schon nichts passieren. So hatten auch sehr viele Besucher der Veranstaltung den Eindruck. Das es nicht so war, das zeigt ja dieser Abänderungsantrag, den wir von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion durchaus unterstützen werden, weil das ja genau die Punkte waren, die damals in der Stadtsenatssitzung vom Herrn Dr. Pfeil als Verkehrsreferenten zum Ausdruck gebracht wurden. Frau Vizebürgermeisterin, eines darf ich hier schon sehr deutlich anführen, es war nicht eine Weiterleitung an den Gemeinderat, sondern es steht wörtlich in diesem Antrag herinnen, dass der Gemeinderat den Antrag des Stadtsenates beschließen möge.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber das oberste Gremium ist der Gemeinderat.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Da frage ich mich dann schon, wenn man gewusst hat, dass es Änderungswünsche gibt, warum hat man diese dann nicht gleich in der Stadtsenatssitzung behandelt? Man hätte sich also dieses ganze Prozedere ersparen können, man hätte sich einige Rückzieher ersparen können, man hätte diese Sitzung heute nicht einberufen müssen. Ich komme noch einmal darauf zurück, darum habe ich ja gestern mit Vehemenz gefordert, was denn heute der Gemeinderat beschließen soll und was die Mandatare heute tatsächlich als Abänderung vorfinden werden, weil der Herr Bürgermeister ja mehrmals gemeint hat, man könnte durchaus einen Kompromiss erzielen. Der Herr Reichenpfeifer hat ja auch Kompromissvorschläge eingebracht, die bereits vom Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil ebenfalls in der bewussten Stadtsenatssitzung zur Sprache gebracht worden sind. Daher frage ich mich, warum hat man sich diese Umstände gemacht, warum hat man dreimal einen geänderten Antrag einbringen müssen, das hätte man sich ersparen können, wenn man von Haus aus und rechtzeitig die Bevölkerung eingebunden hätte. Abschließend, meine sehr geehrten Damen und

Herren, nachdem sie ja wissen, dass ich ja immer Konsensbereit bin, anerkenne ich natürlich auch die Bereitschaft, dass man hier im Interesse der Bewohner des Stadtteiles und im Zusammenhang mit der Errichtung der Tiefgarage bereit war Wünschen nachzukommen, und werde daher nicht nur der Empfehlung unseres Fraktionsobmannes nachkommen, sondern aus eigenen Überlegungen diesem Antrag die Zustimmung geben.

Ich danke ihnen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist sehr schön Herr Stadtrat. Nächster ist Herr StR Bremm. Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Lieber Roman Eichhübl, ich glaube, jeder der in diesem Raum als Mandatar herinnen sitzt, hat den Mut, sich zu jedem Zeitpunkt zu Wort zu melden. Das ist nicht eine Frage des Mutes. Aber natürlich, wenn die Bühne vorhanden ist, dann neigt man schon dazu, dass man noch ein Schäufelr nachlegt, weil die Chance hat man ja nicht immer, dass man eine angenehme und schöne Bühne hat und die wird schon sehr ausgenützt und das ist auch heute feststellbar. Wenn nämlich die Gäste so manche Gespräche im Vorfeld hören würden, dann wären sie überrascht, welche Übereinstimmung eigentlich vorherrscht. Gerade bei dem Thema Tiefgarage Wieserfeldplatz hat es eigentlich zwischen den Fraktionen von Haus aus breitetes Verständnis und Zustimmung dazu gegeben. Natürlicherweise, wenn so ein Projekt zu leben beginnt und ins Leben gerufen wird, gibt es selbstverständlich eine Reihe von Interessen von der Bevölkerung, von den politischen Gremien dazu und dadurch wird dann die Diskussion erst dementsprechend geführt. Wenn ich mir heute so manche Stellungnahmen anhöre, muss ich ehrlich sagen, dann weiß ich nicht was die anderen Gespräche und die anderen Sitzungen, die wir geführt haben, bedeutet haben. Ab und zu weiß man wirklich oft nicht, wo man sich da befindet. Es wäre gut für die Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil wenn man sich das so anhört, und da sitzen Zuhörer und Interessenten herinnen, na, die müssen sich etwas denken, wie es da zugeht. Es ist oft kein Wunder, wenn die Politik einen schlechteren Ruf hat als der, der ihr zustehen dürfte und zustehen sollte, weil in Wirklichkeit wird eine weit bessere Politik betrieben, als wie wir es dann im GR versuchen zu verkaufen.

Aber zu ein paar Dingen, zu ein paar interessanten Stellungnahmen, möchte ich schon noch etwas sagen. Frau Kollegin Frech, es ist schon faszinierend ihnen zuzuhören, als Liberale, wie sie so manche Positionen da vertreten. Das ist wirklich phänomenal. Sie sind jene, mit ihrer Partei, welche die großen Rufer waren um Liberalisierung, um die große Freiheit der Wirtschaft, um das zurückdrängen der Politik aus Betrieben, aus verschiedenen Bereichen, und dann kommen sie, stellen sich her und sagen, die Stadt soll bei den Tarifen der Tiefgarage mitreden, was ein privater Betreiber ist und der natürlich seine Tarife selbst machen wird. Es wäre natürlich schon schön, für uns alle, wenn wir in Zukunft am Wieserfeldplatz oben, bei der Bäckerei Fröhlich, mitreden könnten, um wie viel er die Semmeln verkaufen darf. Vielleicht können wir beim Fleischhauer Mayr auch noch mitreden, um wie viel er sein Schnitzelfleisch verkauft.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Bei der Bäckerei Fröhlich sind wir aber nicht beteiligt, Herr Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Vielleicht ist das schon ein bisschen eine neue Sache für Steyr, da sind wir halt noch nicht so daran gewöhnt, dass Parkplätze und Parkgaragen nicht nur ein Thema der öffentlichen Hand ist, sondern dass das auch ein Thema der Privaten geworden ist und dass sich die Privaten natürlich nicht ihre Tarife vorschreiben lassen, das muss doch ganz klar sein. Das verstehe sogar ich als Sozialdemokrat, Frau Kollegin Frech.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das haben sie eben nicht verstanden.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Sogar ich als Sozialdemokrat habe dafür Verständnis, wenn da einer kommt und investiert Millionen Schilling, dass er sich da nicht von ein paar Liberale, Rote, Schwarze und Kleine sagen lässt, was er verlangen darf. Er wird sich eh seinen Preis danach richten müssen, was die Kunden bereit sind, zu bezahlen. Das wird sich schon alles richten. Der Markt regelt natürlich auch den Preis, so wie es überall in der Wirtschaft ist, aber gerade sie, als Liberale, haben eine andere Haltung. Das ist phänomenal, das muss ich ehrlich sagen. Ich bin immer wieder überrascht.

Auch zu dem passt dazu, dass die Tiefgarage kein Geschäft ist, so hat das der Herr Reichenpfader nicht gesagt, dass es kein Geschäft ist und dass damit nichts zu verdienen ist. Das ist ja kein dummer Mensch, das ist ein erfolgreicher Unternehmer. Natürlich, in den ersten Jahren wird er da nichts verdienen, weil er zuerst das Kapital einsetzen wird. Die ersten 10 Jahre, wenn ich mich entsinne, hat er gesagt, ist das kein was weiß ich was für ein Geschäft, aber dann werden die schon damit verdienen. Also, das hat er in dieser Form nicht gesagt, ich bin auch nicht sein Vertreter, aber ich glaube einfach wegen der Richtigkeit, hier auch im GR das so zu sehen. Insgesamt überhaupt, Bewohnerparkplätze und die ganze Thematik Wieserfeldplatz. Wir reden jahrelang hier in diesem GR und in den diversen Ausschüssen über das Problem des Wieserfeldplatzes, über die Schwierigkeiten, begonnen, dass halt das Stadtviertel nicht unbedingt in vielen Jahrzehnten auf einem dementsprechenden Niveau war, wir haben überlegt und auch Beschlüsse gefasst und viel Geld investiert, dass dieses traditionelle Stadtviertel überlebt. Sie können mir glauben, dass ich weiß wovon ich rede, ich war selbst langjähriger Bewohner des Wieserfeldplatzes, und habe das am eigenen Leibe miterlebt, wie das sukzessive nach unten gegangen ist. Jetzt sind wir dabei, Schritt für Schritt, Qualität in den Wieserfeldplatz, in diesen Stadtteil, zu bringen. Ein ganz wesentlicher Punkt ist natürlich auch das Parken. Hundertmal haben wir über dieses Thema diskutiert, wie notwendig es ist, dass dort Parkmöglichkeiten geschaffen werden müssen. Das ist halt in diesem Stadtviertel nur möglich, wenn man unter die Erde geht und das ist halt eine Tiefgarage. Es bringt natürlich, und da darf man auch keinen Hehl daraus machen, für eine Reihe von Bewohnern in diesem Bereich eine

zusätzliche finanzielle Belastung, wenn sie die Qualität des Parkens in unmittelbarer Nähe in Anspruch nehmen wollen. So ist es, aber das muss man auf den Punkt bringen, wir haben es nicht anderes und das ist auch sehr deutlich gestern im Stadtteilgespräch herausgekommen.

Zum letzten Punkt möchte ich auch noch sagen, weil das sehr beklagt wird, dass gestern erst das Stadtteilgespräch stattgefunden hat und weil wir heute noch einen Abänderungsantrag einbringen. Als wenn das schon was weiß ich die Welt wäre. Das zeigt eigentlich sehr deutlich, dass das Ding bis zum letzten Abdruck lebt und zeigt auch die große Flexibilität, die wir an den Tag legen, weil wir sagen nicht, im Jänner muss das entschieden werden und da kann kommen wer will, da wird nichts mehr geändert, sondern bis zum letzten Abdruck sind hier Änderungen möglich. Natürlich, irgendwann muss dann entschieden werden und das ist der heutige Tag, wo entschieden wird. Natürlicherweise auch, gerade bei solchen Projekten, ist es halt so, dass nicht alle Wünsche zu 100 % erfüllt werden können. Mit dem muss man aber auch in der Politik leben und zu dem muss man auch in der Politik stehen, dass man nicht wirklich jedem Einzelnen Rechnung tragen kann, sondern man muss das Gesamte sehen. Ich glaube bei diesem Projekt, Wieserfeldplatz - Tiefgarage, ist die Gesamtheit dabei im Vordergrund zu stehen und es ist ein Erfolg. Ich glaube, wir sollten uns auch darüber freuen, dass es dort gelingt, einen so großartigen Schritt zu setzen und die Qualität des Wieserfeldplatzes zu heben. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Apfelthaler. Bitte sehr.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im GR. Immer wenn so große bauliche Veränderungen wie am Wieserfeldplatz oder überhaupt im Steyrdorf vorgenommen werden, dann gibt es immer so Befindlichkeitsschwankungen. Da geht es rauf und runter, manchmal negativ, manchmal positiv. Ich habe aber beim gestrigen Stadtteilgespräch nicht den Eindruck gehabt, dass eine durchgehend negative Meinung über diese Parkgarage vorgeherrscht hätte. Gerade im Gegenteil, wenn der Inhalt dieses Abänderungsantrages, den wir gemeinsam unterzeichnet haben, abgesehen vom Liberalen Forum, wenn das alle Abänderungen für ein 60-Millionen-Projekt sind, dass die Bevölkerung im letzten Abdruck noch eingebracht hat, dann ist das doch durchaus legitim. Also, wenn das alle Abänderungen sind, dass man 2 Stunden länger parken kann und dass es eine Vergebühnung gibt, dann muss ich ehrlich sagen, dann hat das im Großen und Ganzen, fast zu 99,9 % eine gute Vorbereitung erfahren und eine große Akzeptanz der Bevölkerung. Ich verhehle aber nicht, dass der eine oder der andere, so wie bei jedem großen Projekt das der Fall ist, wahrscheinlich zu den Verlierern gehört. Vor allen Dingen jene, die da oben das Bewohnerparken genutzt haben, es jetzt unter Umständen erschwert wird, aber zumindest gilt ja die 19.00 Uhr Beschränkung, und ich verhehle nicht, dass es auch sehr viele gibt, die sich unter Umständen einen Parkgaragenplatz dort oben nicht leisten können. Aber was ich dafür als Stadt und auch als Bewohner und unter Umständen auch als Autofahrer, unter Anführungszeichen, am Wieserfeldplatz bekomme, das ist ja nicht gerade wenig. Wenn man bedenkt, und das ist heute überhaupt noch nicht angesprochen worden, welche Qualität und welche Chancen für diesen Platz bestehen, welche Qualität dieser Stadtteil erfährt, wenn diese hässliche Ansammlung von Autos, dort endlich einmal wegkommt und dieser Platz genau diese Bedeutung wieder bekommt, den er unter Umständen vor mehreren Jahrzehnten gehabt

hat. Das interessiert anscheinend keinen von ihnen herinnen, da wird eher so ein bisschen Kleinholz gespalten, ob da jetzt der eine oder andere Paragraph nicht vorkommt oder ob die Gewinnbeteiligung da in dem Zettel drinnen steht oder nicht. Das ist sicher auch durchaus legitim und richtig, geht aber bei einem 60 Millionenprojekt in Richtung Haarspalterei, ganz ehrlich gesagt. Also bitte, wir bekommen da oben einen Platz, der meiner Ansicht nach in der Planung sehr gut gestaltet ist, es wird da oben endlich wieder möglich sein sich unter Umständen wieder zu versammeln, hier auch ein reges, kommunales Miteinander zu pflegen. Wenn wir das Glück und den Mut haben, dass wir dort wieder einige Gewerbetreibende hinbekommen die einen Markttag dort abhalten, was kann sich der Bewohner mehr wünschen als Leben auf der Straße. Dazu kommt auch noch, dass er sogar, wenn er es sich leisten kann, einen guten Platz, einen Stellplatz in einer Garage, oder zumindest die Sicherheit, wenn er vielleicht nur ein paar Stunden bleiben will, einen Parkplatz zu bekommen, das ja jetzt überhaupt nicht gegeben ist. Ich bin auch froh, dass die Beamtschaft gestern auch manchen Anregungen standgehalten hat, die seitens des Publikums gekommen sind, speziell was diese Mistdiskussion ect. anbelangt. Ich denke mir, das war nicht gerade die höchste Qualität, die hier geliefert worden ist, aber auch dazu gibt es Lösungen. Solange die Leute noch miteinander reden, kann man dem Lösungen zuführen. Eines ist auf jeden Fall auch klar, und das an die Adresse des Liberalen Forums, und an sie, Herr Dr. Pfeil. Am Anfang ihrer Wortmeldung, mit diesem politischen Kleingeld könnten sie nicht einmal eine Gartenhütte bauen, denke ich mir, dass sie hier versuchen zu ernten. Es ist schon wichtig, dass die Leute bis zum Schluss mitreden sollen und es mag unter Umständen auch stimmen, dass das eine oder andere vielleicht noch nachjustiert gehört, nur, wenn das alles war, für so ein großes Projekt, denke ich mir, kann man das als durchaus ein gelungenes Projekt bezeichnen. Danke sehr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Tatzreiter.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich bin vor 36 Jahren ganz in die Nähe des Wieserfeldplatzes gezogen und da war damals der Wieserfeldplatz eine grüne Oase. Daher habe ich auch immer wieder dafür Verständnis gehabt, obwohl ich selbst lange Zeit, fast mein Leben lang schon mit dem Auto fahre, von meiner frühesten Jugendzeit an schon mit Fahrzeugen unterwegs war, darf ich sagen, dass es viele, viele Gespräche am Wieserfeldplatz gibt und gegeben hat, aber auch in der Mittere Gasse und in der Sierninger Straße, bis hinein zum Roten Brunnen, und ich kenne die ganze Gegend, innen und außen, wenn ich das so sagen darf, auch bei vielen Häusern, haben die Menschen immer wieder geäußert, sie mögen doch eine Beruhigung erfahren. Wir haben dann eine Situation herbeigeführt, aufgrund verschiedener Wünsche, nämlich eine totale Verkehrsberuhigung für den Roten Brunnen und die Sierninger Straße, was dann leider nicht ganz das erreicht hat, was man sich vorgestellt hat, auch von der Bewohnerschaft her. Ich bin eigentlich ein bisschen überrascht, weil wir gerade bei der letzten StS-Sitzung, Herr Dr. Pfeil bzw. - jetzt ist er hinausgegangen der Kollege Eichhübl - wir werden noch einmal das ausheben lassen, weil es war nämlich auch der Wunsch von ihnen, ob da noch Veränderungsmöglichkeiten sind. Der Herr Bürgermeister hat ganz genau darauf hingewiesen, nämlich noch einmal darauf hinzuweisen, dass, wenn dort Wünsche vorgetragen werden, bei diesem Stadtteilgespräch, die noch in diese GR-Sitzung mit einfließen werden. Der Grundsatzbeschluss war gefasst und ist heute zu bestätigen, aber die Veränderungen waren ein Thema. Daher bin ich ein bisschen verwundert, dass man eigentlich genau das, was man wollte, den Wünschen der

Bevölkerung dort näher zu kommen, noch einmal mit einzubringen bzw. mit einzufassen in diese Gesamtfassung, dass ihr jetzt auf einmal so verwundert tut, dass es vorher eigentlich notwendig gewesen wäre und jetzt auf einmal doch geschehen ist. So bin ich eigentlich ein bisschen überrascht, weil es von meiner Seite eigentlich wichtig war, auch wenn dieses Stadtteilgespräch ein bisschen spät war, zugegeben, dennoch wichtige Themen aufgelaufen sind und daher auch noch mit verfasst werden.

Ein bisschen enttäuscht bin ich einmal mehr von der Frau Mag. Frech, von unserer Gemeinderätin, weil sie indirekt den Herrn Reichenpfader beschuldigt. Ich sage es einmal so. Sind sie froh, dass er nicht dagesessen ist und dass er sich das nicht anhören musste.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sagen sie mir bitte in welchem Punkt?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sie haben ihm nämlich indirekt unterstellt, dass er uns über den Leisten oder über das Knie zieht. Ich möchte es fast sagen, wenn man es ganz genau verfolgt hat was sie gesagt haben, dann hat das fast eine betrügerische oder beabsichtigte betrügerische Art und das ist nicht in Ordnung. Ich sage es ihnen nur. Ich bin froh, dass er es nicht gehört hat ...

Zwischenruf: Das ist aber weit!

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Nein, nein, das ist nicht weit. Das hat nämlich damit etwas zu tun, dass ich einem etwas unterstelle, dass er mit Absicht etwas tut, was nicht in Ordnung ist. Das ist so.

Meine Damen und Herren, dass es jetzt noch fast zu einem gemeinsamen fast zu einem gesamten, einheitlichen Beschluss kommt, freut mich ganz besonders, nämlich für den Teil des Wieserfeldplatzes, für den gesamten Stadtteilbereich des Steyrdorfes und ich möchte in dem Zusammenhang gleich sagen, sind wir froh, dass es gestern noch viele Themen gegeben hat, die Diskussion hat es ja gezeigt, und einige wenige Passagen waren ja einstimmig, sogar mit großem Applaus. Ich freue mich ganz besonders darüber und ich würde bitten, dass auch die Medien ihres dazu beitragen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Hack. Ich erteile es ihm. Bitte sehr.

Ich habe inzwischen gerade vom Herrn Magistratsdirektor gehört, er hat sich das StS-Protokoll abgehört und das kann jeder, jederzeit machen, und es ist genau so, wie ich es vorher gesagt habe,

jede Änderung ist noch möglich und es ist eine Weiterleitung an den GR zur Beschlussfassung. Es kann sich jeder GR dieses Protokoll, dieses Band, anhören, wenn er will. Ich möchte das schon noch richtig stellen.

Bitte Herr GR Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium, geschätzte Presse. Es gibt in Steyr immer offensichtlich einen Retter in letzter Minute und das ist der Herr Dr. Pfeil. Ich habe mir extra meinen Akt geholt, wir haben wirklich versucht die Bevölkerung zu informieren, zumindest von unserer Seite her, 31. 1., 7. 3., 9. 5., also, es hat immer wieder Gespräche gegeben, wo wir versucht haben, die Bevölkerung, die Kaufleute, alle über die anstehenden Dinge, über die Änderungen mit der Neugestaltung Wieserfeldplatz, Veränderung der Parkplatzsituation zu informieren, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Dass das Ganze natürlich ein dynamischer Prozess ist, wo diese Anregungen, diese Änderungen, diese ganzen Dinge, die Wünsche, soweit eben erfüllbar, in das ganze Werk dann einfließen und dass bis zum letzten Zeitpunkt und bis zur Abstimmung, ein dynamischer Prozess ist, in dem dann wirklich alles eingeflossen ist, das ist ganz klar. Aber jetzt zu sagen, alle anderen haben nicht informiert oder die Leute wurden nicht informiert, das stimmt absolut nicht. Wie gesagt, wir haben die schriftlichen Einladungen auch hier, wie weit sie von der Bevölkerung wahrgenommen wurden, ist eine andere Sache. Wir haben einmal eine Diskussion gehabt, wie lärmarm oder emissionsarm dann die LKW auf der Baustelle sein sollen. Also, solche Dinge wurden dann besprochen. Ich glaube doch, dass wir, zumindest von unserer Seite her, die Information, ich würde fast sagen die Informationspflicht, die wir natürlich als Mandatäre haben, sehr wohl wahrgenommen haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Für wen reden sie jetzt? Wer sind „wir“?

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Die ÖVP in dem Fall.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die ÖVP? Aha.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Ja, ich kann es beweisen. Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte auch eines sagen. Es war gestern so, weil wir gerade über die Termine reden, auch die Frau Schöller hat gestern dem Bürgermeister eine Aufstellung überreicht, um die Änderungen und die Wünsche der Bevölkerung bzw. der Geschäftsleute mitzuteilen. Diese Sitzung war auch am 3. Mai. Es wäre auch zielvoll gewesen, wenn man dieses Protokoll dem Bürgermeister ein paar Tage vorher zukommen hätte lassen.

Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister zum 2. Mal.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist jetzt Zeit etwas Replik zu machen über die vielen Wortmeldungen und ich darf bei der letzten Wortmeldung anfangen, weil ich war am 4. 4., mittags, in Steyrdorf bei einer Besprechung und da ist mir ganz klar gesagt worden, und ich dachte Herr Hack, ich nehme immer das Beste an, sie sprechen für die Wirtschaftskammer und nicht für die ÖVP. Dort ist mir von den Geschäftsleuten, da waren ca. 10 Leute da, gesagt worden, von der Wirtschaftskammer hat sich bis jetzt niemand gemeldet. Es gab auch bis zu diesem Zeitpunkt 4. 4., vonseiten der Geschäftswelt, dort kein Wissen darüber, wie die Parksituation im Rahmen dieses Vertrages aussehen sollte. Das ist mein Wissensstand. Ich habe ihnen, Herr Bürgermeister, das am Donnerstag gesagt bzw. dem Amt, da habe ich es den zuständigen Behörden am Freitag mitgeteilt und ich habe hier das Original, per E-Mail, noch hier, wo ich dann zum Schluss hinschreibe: „Bis zum Stadtteilgespräch müsste man einen tragbaren Kompromiss gefunden haben, der dann in einem abgeänderten Antrag im GR am Donnerstag wahrscheinlich einstimmig beschlossen werden kann.“ So ist es, aber bis zu diesem Zeitpunkt hat niemand mit den Betroffenen gesprochen. Das nehme ich eben an, das ist schwierig. Meine Herrschaften von der SPÖ, ÖVP und auch von den Grünen, sie haben halt einfach noch nichts gelernt, wie man eine politische Geschichte vorbereitet.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben noch nichts gelernt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ihre Leute in den Ausschüssen haben nie etwas gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Kupfer, sie haben überhaupt keine Ahnung von Bürgerbeteiligung, wenn sie sich hier herstellen und sagen es ist alles passiert bzw. Herr Apfelthaler. Ich komme gleich zu ihm. Der Herr Apfelthaler spricht lediglich, und das ist schon sehr interessant, und ich bedaure zutiefst, dass die Herrschaften heute, die in Steyrdorf arbeiten und ihren Unterhalt verdienen, kein Rederecht haben. Das bedaure

ich zutiefst. Wenn sie sagen, Herr Apfelthaler, es sind lediglich Befindlichkeitsstörungen aufgetreten, dann ist das eine Provokation den Geschäftsleuten gegenüber.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Machen sie kein Theater!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn sie sagen das sind Haarspaltereien, die Parksituation, dann ist das eine weitere Provokation, weil es zeigen viele, viele Untersuchungen von Fachleuten, die sagen, es geht niemand in eine Tiefgarage hinein, wenn er nur eine geschwinde Besorgung zu erledigen hat. Da geht er nicht hinein. Ob das jetzt in Wien ist, in der Kärntnerstraße oder in Steyrdorf, in der Sierninger Straße. Da versucht er eben oberirdisch einen Parkplatz zu finden oder er verzichtet auf den Einkauf in diesem Viertel. So ist die Welt, meine Herrschaften.

Ich komme noch einmal zurück auf den Herrn Hack. Es ist ja fast rührend, wenn er sagt, wir haben versucht die Bevölkerung zu informieren. Wahrscheinlich ist es beim Versuch geblieben.

Ich fange das von hinten an. Herr Tatzreiter, sie sagen, auch wenn es ein bisschen spät ist. Einen Tag vor der GR-Sitzung ein Stadtteilgespräch anzuberaumen, mit so einer großen Investition, mit so einer entscheidenden Maßnahme in einem Viertel, das ist etwas sehr spät. Sie haben einfach nichts gelernt, auch wegen eines anderen Garagenprojektes. Wir haben ja die Diskussion beim LKH gehabt. Da haben sie uns einfach den fertigen Vertrag hingeknallt, der Herr Dr. Schmidl damals, ich kann mich noch gut erinnern, mein Freund.

Gelächter

MD OSR DR. KURT SCHMIDL:

Das freut mich aber, oder vielleicht auch nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

5 Minuten hat es geheißen, habt ihr Zeit, das durchzusehen und dann stimmt ihr darüber ab. Bei einem anderen Projekt, Forum ...

Diskussion verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Warten wir ein bisschen, bis die fertig sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, sie amüsieren halt. Politik muss einen Unterhaltungswert haben, Herr Dr. Pfeil, fahren sie fort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Schaffen sie Ruhe, dann fahre ich fort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bin zur Zeit der Vorsitzende, die Kollegin Mach ist überfordert. Bei ihren Meldungen ist die Kollegin Mach wahrscheinlich überfordert.

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bei einem anderen Projekt, hier hat man es mit einem Beschluss des StS bewenden lassen. Ich bin überzeugt, dass man hier irgendeine fadenscheinige, ich sage es bewusst, rechtliche Begründung vorlegen wird, warum hier nur der StS zuständig ist und nicht der GR. Auch hier würde sich dieses Projekt den GR verdienen, weil auch hier gibt es massive Probleme mit den angeblich von ihnen vertretenen Wirtschaftsleuten auf dem Stadtplatz und im Kernbereich, wo 40 gebührenpflichtige Zonen im wertvollsten Bereich ersatzlos verschwinden. In der Sepp-Stöger-Straße wird abgelehnt, diese zu schaffen. Da gibt man lieber die 2 Automaten in den Wirtschaftshof und lässt die Parkwächter rumlaufen, ohne dass sie hier kontrollieren. Das ist das Problem meine Herrschaften. Wenn der Herr Mayrhofer sagt und behauptet, dass diese Garage kaum Aussicht auf unmittelbaren Gewinn hat, da kann ich ihnen schon beipflichten, wahrscheinlich hätten sie sich daran beteiligt.

Es ist jedenfalls so, dass eine breite Zustimmung zu einem Projekt, Herr Bürgermeister, anders vorbereitet werden muss. Ich habe es ihnen im StS gesagt, der Verkehrsreferent war nicht einmal damit befasst. Nicht ein Mal. Dann ist mir gesagt worden, ja, das haben die Juristen ausgearbeitet. Aber ich denke, das Ding lebt wirklich da oben in Steyrdorf. Hier muss man, genauso wie woanders, ...

OMR DR. GERALD SCHMOLL:

Geh'!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... - sagen sie nicht geh', Herr Dr. Schmoll, es ist so - mit der Bevölkerung und mit den Leuten, die

dort ihr Geld verdienen, das Einvernehmen und den Konsens finden und dann finden wir auch den gemeinsamen Beschluss im GR. Hier ist es gerade noch geglückt, wo alle noch damit leben können.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster am Wort ist Herr Kollege Kupfer. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Kollege Vizebürgermeister Pfeil hat meinem Kollegen Apfelthaler gerade die Befindlichkeit vorgeworfen. Was sie jetzt da vorgetragen haben ist der Auswuchs von persönlicher Befindlichkeit. Sie haben dem Kollegen Mayrhofer vorgeworfen und haben da so persönliche Spielereien in die Diskussion hineingebracht. Die ganze Diskussion die wir da jetzt seit 2 Stunden führen, ist dermaßen provinziell, dass es ein Wahnsinn ist. Ich muss das wirklich einmal sagen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wir haben eine einmalige Chance, dort oben ein Projekt zu verwirklichen, wo wir gestern ein Stadtteilgespräch gehabt haben, wo es viele Wünsche der Bevölkerung gegeben hat, wo man über viele Dinge diskutiert hat. Aber alle, die dann zum Schluss hinausgegangen sind, waren dafür und es war kein Einziger dagegen der gesagt hat, ich bin nicht für dieses Projekt. Wir wissen alle, dass es einen Kompromiss geben muss. Niemand ist wunschlos glücklich. Jeder würde gerne einen Parkplatz um S 500,- im Monat haben. Das wünscht sich jeder dort oben. Es hat auch jeder eingesehen, dass das nicht möglich ist. Es hat auch jeder eingesehen, dass die Vorteile, die wir dadurch bekommen, wenn wir dieses Projekt so verwirklichen, viel, viel wichtiger sind und dem Stadtteil eine größere Chance geben, als wenn dieses Projekt nicht verwirklicht wird. Das ist das, was mich an der ganzen Diskussion so ärgert. Man kann schon sagen, dass dieses Stadtteilgespräch zu spät angesetzt worden ist. Der Kollege Vzbgm. Tatzreiter hat es auch angesprochen. Ja, wir haben es im Ausschuss auch ein paar Mal besprochen. Aber die Vorgangsweise ist auch eine, und da muss man auch bei der Wahrheit bleiben, seit 4 Jahren diskutieren wir dieses Projekt. Ich kann mich noch erinnern, wie wir vor 4 Jahren dort oben gesessen sind und dann auch über die Presse, in den Budgetverhandlungen, immer wieder den Wieserfeldplatz hineingefordert haben. Seit drei Jahren marschieren der Dr. Kaiser und der StR Mayrhofer im Stadtteil herum und reden mit der Bevölkerung, mit den Kaufleuten und mit den Betroffenen. Auch wir haben das gemacht, höchstwahrscheinlich haben auch sie das gemacht und auch die SPÖ. Aber sie kommen dann einen Tag vor Beschluss her, und sie haben es ja auch gesagt, sie sind gegen die Tiefgarage. Ich weiß ja gar nicht, warum sie da mitstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Haben sie etwas an den Ohren?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich erkläre es ihnen schon, Herr Dr. Pfeil. Sie haben gesagt, eine Tiefgarage in diesem Ausmaß, an diesem Ort, ist der Mord für die Kaufleute, da geht niemand mehr einkaufen ...

Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das haben sie da gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich glaube, sie haben wirklich etwas an den Ohren!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Dann müssen wir uns das Protokoll anhören.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wer hat das in dem Raum noch so gehört?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sind sie doch ehrlich!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, wer hat das in diesem Raum noch gehört?

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich muss jetzt einmal eines sagen, die Gäste werden sich denken, sie sind in einem Kindergarten. Bitte, wir sind doch alle erwachsene Leute.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das brauche ich mir nicht gefallen lassen, dass er sagt, ich habe gesagt, das ist Mord an den Kaufleuten.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich muss zum Abschluss sagen, ich bin in zig Ausschusssitzungen, im Bauausschuss und im Planungsausschuss, gesessen, wir haben Begehungen gemacht, und ich kann mich nicht erinnern, und ich frage andere Kollegen, dass die Bedenken, die sie heute geäußert haben, jemals in einem Ausschuss geäußert worden sind.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist eine Frechheit, was sie mir heute sagen. Wir werden uns das Protokoll ansehen.

Diskussion zwischen Vzbgm. Dr. Pfeil und GR Kupfer

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Frau Kollegin Frech zum zweiten Mal. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Also, eines finde ich schon etwas Sonderbar. Da stellt man sich raus, und bekrittelt, dass das eine sehr provinzielle Diskussion ist und im Endeffekt trägt man selbst dazu bei, dass sie möglicherweise noch provinzieller wird. Ich denke mir, man sollte zurück zu den Fakten kommen. Was ich noch einmal ansprechen möchte, weil gegen manche Dinge muss ich mich auch zur Wehr setzen, das sind einige Punkte, die von Kollegen gefallen sind.

Punkt 1), Herr Kollege Mayrhofer, sie verwechseln mitunter, das trifft auch auf den Kollegen Bremm zu, der gerade nicht da ist, Politik mit Polemik. Zu sagen, es ist ja völlig klar, wenn sich 4 Fraktionen geeinigt haben, dann ist das Liberale Forum dagegen. Wenn sie Recht hätten und wenn diese Behauptung stimmen würde, dann gäbe es keinen einzigen einstimmigen Beschluss im Steyrer

GR und sie werden mir Recht geben, es gibt zahlreiche einstimmige Beschlüsse im Steyrer GR.

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zählen sie es einmal nach. Der Kollege Bremm, ich werde auf ihn noch ein bisschen warten, weil ich möchte ihm meine Antwort schon selbst geben. Was ich ein bisschen sonderbar finde ist, wenn man von Grüner Seite her sagt, na ja, man soll sich da nicht an Detailfragen aufhängen und ob das mit der Gewinnbeteiligung drinnen steht oder nicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte der Fall eintreten, dass das tatsächlich ein Geschäft ist, dann sind das bei einer Million Schilling Gewinn, 22 % Gewinnbeteiligung, S 220.000,-- für die Stadt. Das ist für mich nicht der Punkt wo ich sage, na ja, das ist Kleinkram und da brauchen wir nicht darüber reden.

Was mich auch ein bisschen wundert ist, dass man seitens der Grünen hergeht, wo man normalerweise auf Bundes- und auch auf Landesebene sehr wohl die Bürgerbeteiligung sehr hoch hält, jetzt so tut, na ja, kann schon sein, dass es ein bisschen spät ist, aber wir reden eh schon 4 Jahre darüber. Zufälligerweise sitze ich da hinten und höre von den Bewohnern, die anwesend sind, nein, so war das nicht. Dann frage ich mich. Ich kann mich erinnern, lieber Kollege Mayrhofer, letzten Donnerstag in der Ausschusssitzung, ist vom Kollegen Pfeil, in seiner Funktion als Verkehrsreferent, sehr wohl eingebracht worden, dass es eine Abänderung der Freiheitlichen Fraktion zu diesem Vertrag geben wird. Dann ist von ihrer Seite her gekommen, in ihrer Funktion als Wirtschaftskammerobmann, dass sie gesagt haben, der Vertrag ist im Prinzip nicht mehr groß abänderbar, weil er schon beschlossen ist, das sind die Bedingungen, und dass das auch mit der Wirtschaft akkordiert wäre, von der Vorgehensweise her. Korrigieren sie mich, wenn das so nicht stimmt. Aber das war so der Tenor, der im Raum gehängt ist, dass das auch mit den Geschäftsleuten akkordiert ist, was da drinnen im Vertrag steht und vielleicht wird sich der eine oder andere möglicherweise nicht so darüber freuen, aber im Großen und Ganzen ist es abgesprochen. Darum war es für mich auch etwas verwunderlich, dass dann die Kaufmannschaft sagt, na eigentlich mit uns war das nicht so abgesprochen. Ich kann es nicht beurteilen, ich bin nicht der Wirtschaftskammerobmann. Einen anderen Punkt möchte ich auch noch ansprechen, den Kollegen Tatzreiter. Ich denke mir, es ist der Punkt, und das ist das, was hier herinnen schade ist, dass man sich viel zu wenig mit den betriebswirtschaftlichen Hintergründen beschäftigt. Es hat überhaupt nichts mit Betrug zu tun, wenn man gewisse Schlupflöcher nutzt. Jeder Kaufmann wird heute versuchen, seinen buchhalterischen Gewinn niedrig zu halten. Das ist nichts anrühiges, das wird er tun, um Steuern zu sparen und natürlich eröffnet dieser Betrag die Möglichkeit. Ich unterstelle dem Herrn Reichenpfader nicht, dass er das deshalb so hineingegeben hat, aber der Vertrag, juristisch gesehen, eröffnet die Möglichkeit. Das ist so, das wird ihnen jeder Jurist bestätigen.

Herr Kollege Tatzreiter, wenn sie sagen, es ist eine dieser Enttäuschungen, die sie mit mir erleben, dann muss ich ihnen ganz einfach sagen, ich verstehe sie, dass sie enttäuscht sind, dass sich das Liberale Forum nicht zum 18. Mandat der SPÖ entwickelt hat, aber das ist halt so.

Gelächter

Zwischenrufe: Nicht zum 18. Mandat, sondern zum 19. Mandat.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zum 19. Mandat. Das 18. hat schon einer der Grünen inne. Das 19. natürlich.

So, Herr Kollege Bremm, jetzt sind sie wieder da. Ich glaube sie wollen es nicht verstehen. Jedes Mal wieder haben wir diese Debatte bei ihnen. Ich erkläre es ihnen noch einmal. Was ein Privater heute macht, mische ich mich als Staat nicht ein. Wenn aber die Situation so ist, dass die öffentliche Hand eine Kooperation mit einem Privaten macht, einen privatrechtlichen Vertrag abschließt, dann hat sie sehr wohl Einspruchsmöglichkeiten sich zu sichern, dann hat sich auch sehr wohl ihre Rechte klarzulegen. Das hat nichts mit Einmischung des Staates zu tun, sondern das sind privatrechtliche Verträge, wo ich als Stadt schauen muss, dass ich möglichst viel für mich heraushole. Darum ist dieser Vergleich, den sie mit der Bäckerei gebracht haben, absolut hinfällig.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Bremm

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja selbstverständlich, wenn ich heute 3.350 m² zur Verfügung stelle, die Wassergebühr trage, wenn ich als Stadt die Kanalgebühr trage, ein Grundstück im Wert von S 177.000,-- bis S 265.000,-- ankaufe, ja dann will ich mir selbstverständlich Mitsprachemöglichkeiten sichern, Herr Kollege. Das hat mit illiberal überhaupt nichts zu tun. Natürlich will ich das als Stadt betriebswirtschaftlich sehen, da habe ich nicht die Interessen des Betreibers im Vordergrund, sondern meine eigenen und die der Bürger.

Im Großen und Ganzen würde ich sagen, was mir persönlich Leid tut, und da gebe ich ihnen Recht, Herr Kollege Bremm, einer der wenigen Punkte, wo wir uns finden, sie haben irgendwo zu Beginn ihrer Wortmeldung gesagt, da würden sich die Leute wundern, was in Ausschusssitzungen oft so gesagt wird und was dann hier draußen dargestellt wird. Da gebe ich ihnen Recht, ich erlebe das bei manchen Mandataren so. Mir werden sie das nie vorwerfen können, weil ich sage immer das, was ich mir denke. Egal ob zur Öffentlichkeit, im Ausschuss oder da draußen. Da werden sie keine Diskrepanzen merken, ich stehe zu meiner Meinung. In dem Fall, denke ich mir, sind viele Spielchen auch zum Teil gespielt worden, aber eine Frage ist bis jetzt nicht beantwortet worden. Woran liegt es wirklich, dass dieses Stadtteilgespräch nicht tatsächlich zum richtigen Zeitpunkt stattgefunden hat? Das hat mir keiner wirklich erklären können.

Ich werde mich aufgrund dessen, ich bin nicht gegen die Tiefgarage, das möchte ich noch einmal abschließend festhalten, aber ich bin dagegen, dass dieser Vertrag in der Form so abgeschlossen wird, weil ich glaube, dass die Stadt sehr wohl die Möglichkeit gehabt hätte, sich hier mehr herauszuholen. Der zweite Punkt der für mich wesentlich ist, ist, dass ich nicht den Eindruck habe, dass man die Bewohner wirklich so eingebunden hat, wie man sie einbinden hätte können. Deshalb werde ich mich hier der Stimme enthalten, als Zeichen dafür, dass ich nicht gegen die Garage bin, aber sehr wohl gegen diesen Vertrag und beschlossen wird hier heute der Vertrag. Da steht genau im Amtsbericht, Abschluss von Verträgen. Da steht nicht, Errichtung einer Tiefgarage, über die stimmen wir nicht ab, sondern über den Vertrag.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es liegt mir noch eine Wortmeldung vor. Kollege Hauser hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste und Presse. Also, es tut mir Leid, dass es manchmal ein bisschen anmutet, als wie wenn wir in einer Theatervorstellung wären, weil jeder auch irgendwie durcheinander spricht. Aber ich hoffe trotzdem, dass es zu einem Beschluss kommen wird, der letztendlich eine sinnvolle Sache dahin bringt, wo es nämlich kommen soll, nämlich zur Realisierung. Wie der Bürgermeister schon am Anfang gestern bei diesem Stadtteilgespräch gesagt hat, und das war auch außer Streit und Frage, war, dass alle Dinge, die hier eingebracht werden noch einmal einfließen werden bevor es heute zu einem Beschluss kommt. Das war die erste Sache, die er sofort kundgetan hat. Da ist es nicht nur darum gegangen, dass die Frau Schöllner eine Liste übergeben hat, sondern es wurde auch für alle anderen Einwendungen oder Einsprüche, die es hier geben sollte, kundgetan und das haben viele Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, die dort waren, und Kollegen aus dem Stadtsenat gehört und das werden auch die Bewohner und die Kaufleute von Steyrdorf bestätigen, die heute hier sind. Es war also niemals eine Situation wo gesagt wurde, es geht nichts mehr abzuändern. Selbst an diesem Tag, wie man so schön sagt, 5 Minuten vor 12.00 Uhr oder wie man so schön sagen möchte, jetzt, im Rahmen der Darstellung dieses Stadtteilgesprächs ist es so gewesen, dass niemand gesagt hat, dass es keine Veränderungsmöglichkeiten mehr gibt. Das möchte ich schon einmal klarstellen, weil da ständig so getan wird, als wie, wir sind da gestern hingekommen zu einem Gespräch, wo eigentlich eh nichts mehr zu machen ist. So ist es nicht und sonst gäbe es heute ja auch diesen Abänderungsantrag nicht. Trotzdem denke ich mir, dass auch einige Dinge nicht lösbar sind, außer so, wie sie eben gelöst werden. Dass bitte sehr dort eine Baugrube entstehen wird, dass es dort Schwerlastverkehr geben wird, um diese Tiefgarage zu errichten, das ist klar. Dass wir das Ganze nicht mit dem Hubschrauber wegtransportieren können, das ist auch ganz klar. D. h., es wird eine Belastung geben, wo wir gehört haben, und ich hoffe darauf, dass diese Aussage so stimmt, die ca. 3,5 Monate dauern wird und da werden wir halt an das Verständnis der Leute dort appellieren müssen, dass das halt noch ausgehalten wird. Auf der anderen Seite ist das Endprodukt, das dort entsteht, schon etwas, wo ich mir denke, dass wir es dann herzeigen können. Auf der einen Seite wird dort ein Platz geschaffen mit Kinderspielplatz, mit Grünflächen, eine abgedrängte Einheit dort sozusagen die auch vom Verkehr relativ unbelastet ist, durch das Gebäude, das dort vorne entsteht, nämlich, dass der Platz dort ruhiger wird. Es wird nicht jedem permanent ein Auto um die Ohren sausen, weil er sich dort gerne auf eine Bank hinsetzen möchte oder seine Kinder dort spielen. Daher glaube ich, es macht schon einen Sinn, das Ganze dort stimmig zu machen. Der Gestaltungsbeirat, nehme ich an, hat es sich auch nicht sehr leicht gemacht, weil er hat ja einige Einsprüche eingebracht, wie das verändert werden soll. Daher glaube ich ganz einfach, dass viele Dinge, die hier so ein bisschen angeprangert werden, sich letztendlich doch auch darstellen, als ob sie Sinn machen. Man sagt immer, warum gibt es nicht früher ein Stadtteilgespräch? Also, es gibt viele Diskussionen, die ich sonst auch miterlebe und wenn man nicht immer etwas vorstellt, was relativ konkret ist, wo sich die Leute etwas vorstellen können, dann denke ich mir diskutiert man ständig um des Kaisers Bart und nicht wirklich um die Sache selbst. Dieses Mal ist ein Projekt dagestanden wo jeder sagen konnte, das ist richtig, das passt mir, jenes gehört vielleicht noch verändert, dort gehört nachgeschaut. Dass ein Problem nicht lösbar ist, das ist mir klar und das ist leider Gottes auch so, dass man das nicht auf Siemens-Lufthaken aufhängen kann, das sind die Autos der Bewohner dort. Eines ist aber auch klar, dort oben, am Wieserfeldplatz, gehört kein einziges Haus der Stadt Steyr, aber die Stadt Steyr soll dafür sorgen, dass alle dort parken können. Daher sehe ich auch diesen Schluss nicht richtig ein, weil eines ist auch klar, das dort ist öffentlicher Grund. Jetzt schaffen wir es, dass wir mit einem privaten Investor eine Garage hinbringen wo die Leute die Möglichkeit haben, sich unter der Erde so zu platzieren, dass man auf dem Platz sonst auch noch etwas anfangen kann, nur, das geht halt nicht kostenlos.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Auch im Resthof kann man nicht umsonst in der Tiefgarage parken, die beim Haus dabei ist und auch woanders kann man nicht umsonst parken, wo eine Tiefgarage ist. Das geht halt leider Gottes auch am Wieserfeldplatz nicht. Die Zukunft wird so sein, dass es halt immer weniger öffentlichen Grund geben wird, der in kostenloser Form zu verparken ist. Das werden wir auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass das so ist und das wird sich in der Zukunft so weiter entwickeln, wenn wir auf der anderen Seite doch sehr froh sind, dass die Konjunktur und die Befindlichkeit der Menschen es zulässt, dass sie sich auf der einen Seite

Autos anschaffen, dass die Wirtschaft angekurbelt wird, dass Benzin verbraucht wird und sonst alle Dinge mehr, und wir, wenn man so schaut, gehört haben, dass wir ja letztendlich im Jahr in etwa einen Zuwachs von 200 Autos in Steyr haben, dann wird das auch bedeuten, dass der Parkraum immer weniger wird. Daher ersuche ich auch das Positive an diesem Projekt zu sehen, auch zur Kenntnis zu nehmen, dass es positive Veränderungen, aufgrund der Einsprüche die gestern noch gekommen sind, hier gegeben hat, dass ein Abänderungsantrag letztendlich fast alle Dinge zum Positiven gewendet hat und ich glaube schon, ein vernünftiger und guter Kompromiss hier gefunden wurde. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich ersuche den Referenten um das Schlusswort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Wenn man nicht wüsste, dass mit Ausnahme von der Frau Kollegin Frech eh alle dafür stimmen, würde man meinen, über lange Strecken dieser Diskussion, wir sind alle gegen das Parkhaus. So läuft hier herinnen die Diskussion. Interessanterweise ist das gestern bei dem Bürgergespräch anders gelaufen. Dort ist eigentlich das Signal gekommen, ich habe überhaupt von niemandem gehört, wir sind gegen diese Parkgarage. Es ist um Bedingungen gegangen, was kostet das, oder können wir uns das leisten, haben ein paar junge Leute gesagt. Das ist verständlich. Oder es ist gesagt worden, wir hätten gerne eine andere Verkehrsregelung. Aber wie wir das hier debattieren, es wird wirklich so der Eindruck erweckt, als wäre der Gemeinderat vollkommen überrascht, dass das heute auf der Tagesordnung steht und jetzt müssen wir eine Entscheidung treffen und wir kennen uns eigentlich noch nicht richtig aus und können das fast nicht verantworten. Fürchterlich. In Wirklichkeit ist eh gesagt worden, wir reden schon einige Jahre darüber, und das ist in der letzten Zeit natürlich erst in die Phase gekommen, wo man dieses Projekt überhaupt beurteilen konnte, wo die Eckdaten, die Werte am Tisch liegen, wo Beurteilungen von den Fachleuten vorgenommen wurden. Wenn sie sagen, Herr Dr. Pfeil, die Vorgangsweise ist einer Statutarstadt nicht würdig, muss ich ihnen ehrlich sagen, in dem Statut der Stadt Steyr steht drinnen, dass jeder einzelne Gemeinderat, sie oder irgendjemand von uns, noch in dieser Debatte jederzeit einen Abänderungsantrag machen kann. Die Frage ist ja nur, mit welcher Überzeugungskraft er unterwegs ist, wie plausibel dieser Gedanke ist und ob er die anderen überzeugen kann, sodass eine Mehrheit letztendlich dann eine Entscheidung trifft. So sieht nämlich die Welt aus. Das Ganze ist ja lebendig. Eines steht natürlich auch fest, wenn man die Debatte noch und noch hinauszieht, dann wären wir ja überhaupt nicht so weit, dass das machbar wird. Das trifft ja nahezu auf alle Projekte zu. Wenn wir in der Stadt alles so falsch machen würden, wie das da heute zum Teil behauptet wurde, dass ja gar nichts richtig angegangen wird, dann wundere ich mich, dass diese Stadt so funktioniert. Das kann nämlich logischerweise gar nicht sein, wenn alle so einen Deppen herunterhauen, dass das funktioniert. Das muss ich einmal in aller Deutlichkeit sagen.

Wenn wir nur hernehmen, das Stadtteilgespräch wurde zu spät gemacht. Man kann auch sagen, der Gemeinderat ist zu früh.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Richtig!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eigentlich ist der Gemeinderat zu früh. Können wir uns auf das einigen Herr Kollege Fürweger?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das klingt ja viel netter. Am 6. Juni, meine Damen und Herren, ist Gestaltungsbeirat. Da ist der Hochbau, also dieses Gebäude, was Teil dieses Projektes ist, erst im Gestaltungsbeirat und wird dort positiv oder negativ beurteilt. Ich glaube, aufgrund der Überarbeitung, positiv. Erst dann können überhaupt Planungen gemacht werden, nämlich richtige Einreichplanungen. Das wird ca. drei Monate dauern, wird erwartet. Die Familie Reichenpfader wird ja nicht so doof sein, bevor sie nicht einen Vertrag in Händen hat, dass sie überhaupt eine Gesellschaft gründet. Die müssen eine Gesellschaft gründen und das kostet schon eine ziemliche Stange Geld, damit sie überhaupt den Vertrag, den wir heute da beschließen werden unterschreiben können, damit sie zeichnungsberechtigt sind, weil sie ins Register eingetragen werden müssen und da werden Fristen und alles laufen. Wenn man das alles weiß, kommt man eigentlich zu dieser Erkenntnis, ziemlich rasch, wenn man sich mit dieser Materie beschäftigt, dass natürlich da massiv daran gearbeitet wurde, dass dieses Projekt, für das die Bevölkerung, jedenfalls meiner Einschätzung nach, mit 95 % ist, das war mein Eindruck, das ist subjektiv, das gebe ich schon zu, dann ist diese Vorgangsweise richtig, dass man Termine setzt, um zu einem Ergebnis zu kommen. Ich muss diese Termine setzen, wenn ich will, dass in dieser Stadt etwas weiter geht, sonst sagt ihr alle, es geht ja nichts weiter. Also, so reimt sich das zusammen. Man könnte noch viel sagen, was da alles geäußert wurde, es würde aber den Gesamteindruck unserer Sitzung nicht zusätzlich verbessern. Daher verzichte ich darauf. Ich möchte da nicht alles kommentieren. Eines möchte ich vielleicht schon noch sagen. Wenn sie bei dem Gespräch am 3. Mai dabei waren, Herr Dr. Pfeil, und wir haben am 4. Mai StS gehabt und von diesem Gespräch ist ein Protokoll geschrieben worden, was mir gestern die Frau Schöllner vor diesem Stadtteilgespräch überreicht hat, ich habe so ein Protokoll früher nicht bekommen. Ich habe diese Details nicht gekannt. Sie haben sie gekannt, weil sie haben bei dieser Beredung ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Darf ich dazu einen Satz sagen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben dort gesagt, es wird notwendig sein, ich zitiere sie, ich hoffe richtig und natürlich aus der Erinnerung, dass wir in dem Viertel noch einige bewirtschaftete Parkplätze brauchen werden. Das ist zutreffend, aber eine Punktation in 5 Punkten, was sich die Herrschaften wünschen, war ihnen offensichtlich bekannt. Es war dem Herrn Mayrhofer nicht bekannt und es war mir nicht bekannt.

Mir heute den Vorwurf zu machen, dass wir uns nicht rechtzeitig damit beschäftigt haben, vor diesem Stadtteilgespräch, obwohl ich das von der Frau Schöller, die zufällig da sitzt, unmittelbar vorher bekommen habe, und dann haben wir es selbstverständlich in unsere Betrachtungen miteinbezogen, das finde ich einfach nicht fair.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Darf ich ein Wort zur Berichtigung sagen. Am Donnerstag in der StS-Sitzung habe ich die Punkte ganz klar vorgetragen. Ich habe das Protokoll bekommen, sie haben mir das geschickt, denke ich, Donnerstag abends. Ich habe eh noch das Originalprotokoll. Ich habe am Freitag das an den Beamten ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zwischenrufe sind erlaubt, aber nicht gleich Co-Referate. Es ist eh egal. Ich möchte nur haben ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da ist das Protokoll. Das habe ich Donnerstag abends erst bekommen.

Ordnungsruf

Zwischenrufe: Aber sie waren dabei!

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie waren ja bei dem Gespräch dabei. Ich kann doch mit meinen Fachbeamten ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe es auch in der Verkehrsausschusssitzung, am selben Tag noch einmal gesagt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... erst reden, wenn mir etwas bekannt ist. Nachdem es mir erst gestern konkret bekannt gemacht wurde, habe ich es sofort in die Behandlung genommen und wir haben heute einen Konsens erzielt. Das ist ja eigentlich recht effektiv, wenn wir gestern am Abend das erfahren und am nächsten Tag im GR stimmen 4 Fraktionen einem Antrag, der ausgehandelt wurde, zu. Das ist ja ein gutes Ergebnis. Nur die Art, wie das dann kommentiert wird, die ist noch nicht in der Qualität, wie mir ich das auch

wünschen würde, wenn ich mir etwas wünschen darf. Das ist ein bisschen mühsam, aber wir machen in Steyrdorf mit dem Projekt einen Schritt nach vorne und daher bin ich zufrieden. Darauf kommt es letzten Endes an und ich bitte, dass wir jetzt eine große Mehrheit für diesen Antrag zustande bringen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke. Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Zur Abstimmung steht der Hauptantrag in Form des gemeinsamen Abänderungsantrages der SPÖ, der FPÖ, ÖVP und der GAL. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. (SPÖ, ÖVP, FPÖ, GAL). Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich danke ihnen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir haben uns in der letzten GR-Sitzung mit der Geschäftsordnung des StS beschäftigt. Es ist ein Antrag auf Änderung dieser Geschäftsordnung vorgelegt worden. Der Antrag ist ordnungsgemäß und formal im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss richtig behandelt worden und es ist auch hier dieser Antrag dem Gemeinderat auf Änderung dieser Geschäftsordnung nunmehr vorgelegt worden.

Es ergeht der Antrag an den Gemeinderat:

2) Präs-118/2000

Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die in der Beilage beigeschlossene Verordnung, womit die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 3. Juli 1992 betreffend die Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Steyr (GOST.) geändert wird, wird genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1. Juli 2000 in Kraft und ist durch 2-wöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. (Beilage).

Die Verordnung lautet folgendermaßen:

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom betreffend die Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Steyr (GOST.)

Die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 3. Juli 1992 betreffend die Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Steyr wird wie folgt geändert:

I.

Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt:

§ 2a

Informationsrechte

Die Mitglieder des Stadtsenates sind berechtigt, hinsichtlich jener Angelegenheiten, die im Stadtsenat zu behandeln sind und die auf der Einladung für die nächste Sitzung als Tagesordnungspunkte aufscheinen, beim Magistrat in die zur Behandlung einer solchen Angelegenheit notwendigen Unterlagen einzusehen, sich Aufzeichnungen zu machen und die erforderlichen Auskünfte einzuholen. Auf Kosten des Magistrates kann auch die Anfertigung von Kopien verlangt werden. Die Bestimmungen über die Amtsverschwiegenheit bleiben hierdurch unberührt.

II.

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2000 in Kraft und ist durch 2-wöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

Ich bitte um ihre Debatte und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil, ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Bürgermeister. Ich bringe gleich vorweg einen Abänderungsantrag ein. Einen Abänderungsantrag, der identisch ist mit dem Dringlichkeitsantrag vom 23. 3. 2000, dass Gemeinderäte berechtigt sind, hinsichtlich jener Angelegenheiten, die im GR oder im StS zu behandeln sind und die auf der Einladung für die nächste Sitzung als Tagesordnungspunkte aufscheinen, beim Magistrat in die zur Behandlung einer solchen Angelegenheit notwendigen Unterlagen einzusehen, sich Aufzeichnungen zu machen, alles andere ist gleich.

Ich möchte noch dazu ergänzend sagen, dass Diskussionspunkt nach wie vor bleibt und ist, was sind notwendige Unterlagen. Ich denke, dass notwendige Unterlagen mehr sind als die derzeit gehandhabten Beschlussakte, sondern dass alle, die mit dem zur Debatte befindlichen und gegenständlichen Fall zusammenhängenden Verfahren, Einsicht zu nehmen sind und das auch gewährt wird. Ich danke ihnen.

Abänderungsantrag

Der Gemeinderat wolle beschließen:

„Der Gemeinderat der Stadt Steyr stellt an den OÖ Landtag den

Antrag,

das Statut der Stadt Steyr möge wie folgt geändert werden:

Der § 9, Absatz 5 soll lauten:

Die Gemeinderäte sind berechtigt, hinsichtlich jener Angelegenheiten, die im Gemeinderat oder im Stadtsenat zu behandeln sind und die auf der Einladung für die nächste Sitzung als Tagesordnungspunkte aufscheinen, beim Magistrat in die zur Behandlung einer solchen Angelegenheit notwendigen Unterlagen einzusehen, sich Aufzeichnungen zu machen und die erforderlichen Auskünfte einzuholen. Auf Kosten des Magistrates kann er (sie) auch die Anfertigung von Kopien verlangen. Bestimmungen über die Amtsverschwiegenheit bleiben hierdurch unberührt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wer wünscht noch das Wort? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Was ich etwas sehr bedaure, ist die Geschichte, dass in der letzten Finanz- und Rechtsausschusssitzung gleich nur mehr dieser Antrag, der ursprüngliche Hauptantrag, eingereicht worden ist und nicht mehr der, der also auch von der Freiheitlichen GR-Fraktion gemeinsam mit der GAL-Fraktion und LIF-Fraktion damals gestellt worden ist, als Dringlichkeitsantrag, weil ich mir denke, es wäre wirklich geschickt gewesen, das in der Finanz- und Rechtsausschusssitzung tatsächlich zu diskutieren. Aber zu diesem Zeitpunkt war im Prinzip klar, dass man diesen Antrag nicht will, darum hat man auch nur diesen Hauptantrag, so wie er heute vorliegt, hineingegeben. Ich gehe davon aus, in der Form wie er vorliegt, wäre er im Prinzip nicht einmal notwendig, weil sich dieses Recht ableiten lässt, wenn es zusätzlich hineinkommt ist es keine Verbesserung der Situation, sondern eigentlich nur, wenn man so will, eine Absicherung dessen, was ohnedies das Informationsrecht der StS-Mitglieder ist. Was man diesbezüglich sicher einfügen könnte, das ist, wie es in Linz gehandhabt wird, dass dieses Einsichtsrecht vor als auch während der Sitzung gilt. Im Prinzip könnte ich sagen, das geht mich im Prinzip überhaupt nichts an, ich bin nicht Mitglied des StS, aber ich denke mir, es gibt gewisse demokratische Grundprinzipien und nachdem man gerade derzeit sehr stark davon ausgeht, dass man die Buchstaben des Statutes sehr, sehr genau auslegt, was die Rechte der Mandatäre anbelangt, sonst wäre es ja auch nicht zu dieser Akteneinsichtsdiskussion gekommen, denke ich mir, sollte man das auch in die Verordnung mit hineinnehmen, indem man einfach nach dem Wort Unterlagen einfügt, vor als auch während der Sitzung. Dann gibt es, denke ich mir, überhaupt keine Diskussion mehr, weil sonst könnte wieder die Diskussion entstehen, dass in einer StS-Sitzung sich jemand die Unterlagen anschauen möchte und dann könnte man rein theoretisch sagen, da steht ja nur vor der Sitzung und nicht während. In Linz steht das in der Geschäftsordnung auch dezidiert so drinnen, vor als auch während der Sitzung. Zumindest ist mir das von der Magistratsdirektion Linz so mitgeteilt

worden.

Der andere Punkt ist, ich glaube wir sollten uns alle bewusst sein, hier herinnen, das oberste Organ ist der Gemeinderat, nicht die Stadtregierung. Das oberste Organ sind wir hier herinnen, die wir alle hier sitzen. Da gehe ich davon aus, dass jeder Mandatar die Möglichkeit haben sollte, sich über alle Vorgänge in der Stadt zu informieren, auch über die Akten, die im StS behandelt werden. Vor allem deshalb, weil ja auch die Opposition nur dann ihre Kontrollrechte wirklich wahrnehmen kann, wenn sie weiß, was tatsächlich passiert. Aus verwaltungsökonomischen Gründen würde ich allerdings vorschlagen hineinzugeben, dass jede Fraktion die Möglichkeit hat, bzw. der Fraktionsvorsitzende, weil sonst möglicherweise wirklich die Geschichte entsteht, dass das Ganze zu aufwendig wird, auch für die Beamenschaft, falls das Interesse so groß sein sollte, aber rein generell, und dann ist es halt eine Sache des Fraktionsvorsitzenden, diese Informationen weiterzuleiten, soll jeder Gemeinderat die Möglichkeit haben, sich jederzeit über alle Vorgänge, die in der Stadt passieren, informieren zu dürfen. Aus diesem Grund würde ich selbstverständlich auch nach wie vor für diesen Dringlichkeitsantrag, den ich auch damals mitunterschrieben habe, stimmen. Das ist völlig klar. Es tut mir sehr Leid, dass ausgerechnet in Steyr, und da frage ich mich schon woran das wirklich liegt, es immer ein Problem mit dieser Akteneinsicht ist. Man lernt damit irgendwie zu leben. Ich denke mir, Herr Dr. Pfeil, sie leben damit schon ein paar Jahre länger. Ich kann mich aber trotzdem auch noch nicht, jetzt bin ich drei Jahre herinnen, wirklich daran gewöhnen, dass es immer wieder ein Kampf ist, diese Akteneinsicht zu erreichen. Überhaupt, selbst wenn man einmal die Akteneinsicht hat, dann ist immer die Frage, wo dürfen wir sie Einsicht nehmen lassen und wo nicht. Ich denke mir, es sollte ein demokratiepolitisches Selbstverständnis sein, und da würde ich sie bitten, als Bürgermeister, dass sie wirklich auch diese Möglichkeit den Mandataren einräumen und dass die Beamenschaft auch tatsächlich ohne schlechtes Gewissen wirklich sämtliche Zugänge für dieses Informationsrecht macht. Ich möchte dazu nur eines sagen, ein Erlebnis dass ich diesbezüglich gehabt habe, ich sage gleich, ich kann es nicht beweisen, weil man solche Dinge nicht schriftlich bekommt und deshalb werde ich es sehr vorsichtig formulieren. Stellen sie sich vor Big Brother ist watching you. Ich stelle es nur so in den Raum. Es könnte ja sein, dass ein Mandatar sich etwas ansehen möchte, sich einen Akt holt, mit einem Beamten spricht. Es könnte ja sein, dass dieser Beamte dazu verpflichtet ist, dass er sich genau notiert, wann hat er mit wem ein Gespräch geführt und worum ist es in diesem Gespräch genau gegangen. Es könnte ja sein, dass das so gehandhabt wird. Da denke ich mir, ich habe kein Problem damit, ich sage, was ich mir denke und ich habe auch kein Problem damit, wenn andere wissen wo ich war. Aber ich halte es schon für ein bisschen bedenklich, wenn damit möglich wird, dass man sich genau anschauen kann, welcher Mandatar war bei welchem Beamten, wie oft. Dann könnte es ja passieren, dass man daraus Schlüsse zieht, warum geht der zu diesem Beamten so gerne. Dann bekommt vielleicht dieser Beamte möglicherweise ein bisschen einen Druck, weil vielleicht erzählt er ja zu viel usw. und so fort. Ich sage nur, es könnte ja sein. Beweisen kann ich es nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist ja eine Unterstellung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn das der Fall wäre, würde ich wirklich sagen, dass ich das für ein starkes Stück finde.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Mag. Frech, das ist eine Unterstellung. Es gibt ein altes Sprichwort: „Wie der Schelm ist, so denkt er.“

So, meine Damen und Herren, wünscht ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Auf so etwas wäre nicht einmal ich gekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dass wir den Antrag im Wirtschaftsausschuss nicht behandelt haben, es kann nicht ein Antrag behandelt werde, der im GR abgelehnt wurde. Den kann ich nicht wieder behandeln, wenn er einmal abgelehnt worden ist. Ich kann lange über etwas reden, aber was abgelehnt ist, ist abgelehnt.

Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Nachdem wir eh schon im Finanz- und Rechtsausschuss des Langen und Breiten darüber diskutiert haben, ist mir eines immer noch nicht klar. Ich kann mir die Unterlagen für den Ausschuss holen und habe quasi auch das Recht das Protokoll des Ausschusses zu lesen, ich kann mir die Unterlagen des GR holen und habe das Recht, das Protokoll des Gemeinderates zu lesen, ich darf mir aber nicht die Unterlagen des StS holen, habe aber das Recht, das Protokoll des Stadtsenates zu lesen. Also, da ist mir immer noch einiges unklar, warum das so ist. In Wahrheit, das wirklich Interessante ist ja, abgesehen davon über was der Stadtsenat befindet oder sprechen wird, das was er über die einzelnen Akten gesagt hat. Das bekomme ich ja als Protokoll beim Magistratsdirektor ausgeliefert, wenn ich es verlange. Nur vorher darf ich es halt nicht anschauen. Also, das ist mir noch immer vollkommen unklar und ich denke mir, vielleicht wäre es doch an der Zeit, wenn man ein bisschen moderner reagieren würde, weil es einfach so unlogisch ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, wünscht noch jemand das Wort? Ist ein Schlusswort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es wurde schon so viel geredet.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dann kommen wir zur Abstimmung des Abänderungsantrages, wie Dringlichkeitsantrag vom 23. 3. 2000, steht da oben.

MD OSR DR. KURT SCHMIDL:

Das ist ja ganz etwas anderes.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist der, den wir eh schon einmal abgelehnt haben.

MD OSR DR. KURT SCHMIDL:

In der letzten GR-Sitzung wurde ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, Abänderungsantrag der Stadtstatuten. Dieser Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt worden. Auf der heutigen Tagesordnung steht, Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung. Zum Geschäftsordnungsantrag könnte sehr wohl ein Abänderungsantrag eingebracht werden, aber das ist etwas ganz anderes.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da steht nur oben, Abänderungsantrag wie Dringlichkeitsantrag.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ergibt sich ganz klar aus dem Beitrag, wie ich vorgelesen habe. Ich habe es ja deshalb auch wörtlich vorgelesen, dass der, jetzt habe ich es nicht mit, darf ich das haben, Beisatz, ich glaube 2a heißt es, sinngemäß wie dieser Dringlichkeitsantrag geändert wird. Nicht mehr und nicht weniger. D. h., dass alle Gemeinderäte auch die StS-Unterlagen sehen dürfen. Ist das so schwierig zu begreifen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Deswegen muss er auch formgerecht eingebracht werden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ist es ja eh.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wirklich nicht. Wenn sie mich fragen, bringen sie den selben Antrag ein, den wir schon einmal abgelehnt haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das habe ich ihnen gesagt, das habe ich vorgelesen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na ja, das ist ja normal nicht möglich. Da muss der GR zweimal eine Abstimmung zum selben Thema vornehmen, wo er schon entschieden hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im Endeffekt ist es so, dass wir jetzt wieder über etwas abstimmen, über etwas, was wir bereits schon abgelehnt habe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meiner Meinung nach ist das gar nicht zulässig. Was meinen die Juristen? Ist das noch einmal abzustimmen. Das geht nämlich schneller, als wenn wir uns juristisch da auseinandersetzen.

Lass noch einmal über den Antrag vom Dr. Pfeil abstimmen, dann kann er sich nicht darüber beschweren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir stimmen über den Abänderungsantrag noch einmal ab. Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 11 (FPÖ, GAL, LIF). Wer ist dagegen? (SPÖ, ÖVP). Danke, der Abänderungsantrag wurde abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung des Hauptantrages. Wer diesem die Zustimmung erteilt, den ersuche ich auch um ein Zeichen mit der Hand. (SPÖ, FPÖ, ÖVP). Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 3 Stimmenthaltungen (GAL, LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bitte noch einmal, kurz vor einer längeren Rauchpause, um Aufmerksamkeit. Damit ist die Konzentration hergestellt. Es geht um eine Flächenwidmungsplanänderung Nr. 103, Gewerbepark Steyr - Nord. Wir haben hier eine umfangreiche Diskussion hinter uns gebracht. Der Planungsausschuss hat hier bereits entschieden. Bei uns, glaube ich, ist hier keine Meinungsunterschiedlichkeit vorhanden. Das Problem war, dass diese Widmung vor einiger Zeit, diese Änderung dieser Widmung, eben gewisse Probleme dieser Änderung entgegengestanden sind, die, wie ich hoffe, jetzt nicht mehr so ausgeprägt sind. Wir wollen ja dort unseren Wirtschafts- und Hochtechnologiepark hinmachen. Wir haben auch höchsten Handlungsbedarf, da Betriebsansiedlungsmöglichkeiten oder Nichtmöglichkeiten davon in Abhängigkeit sind. Wir haben im Planungsbeirat in der Gemeinde Dietach, der wir eine Resolution aus der letzten GR-Sitzung geschickt haben, beschlossen, dass in Dietach eine Westumfahrung gebaut werden soll. Alle Bürgermeister, zwischen Ternberg und Enns, haben diesem Antrag zugestimmt. Das Land OÖ wird sich daher bei der Flächenwidmungsänderung leichter tun, wie ich hoffe. Wir werden auf diese Art und Weise zu der Widmung auf der einen Seite kommen, zur Schonung unseres Brunnenschutzgebietes auf der anderen Seite und wie ich hoffe werden auch die Dietacher zu ihrer Umfahrung, die sie ja wollen, allerdings halt im Osten wollen es die Dietacher, im Westen kommen und es soll so eine Umfahrung werden, das haben wir dort eindeutig deponiert, mit der auch die Dietacher Wohnbevölkerung leben kann. Man nehme wahrscheinlich eine Unterflurtrasse ect. Weil wir es so dringend haben, möchten wir das heute beschließen und ich würde mich auch darum bemühen, das auch persönlich nach Linz zu transportieren und auch dort möglichst rasch zu erwirken, dass diese Beschlussfassung im Land OÖ herbeigeführt wird.

In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung an den Gemeinderat.

3) BauGru-28/99

Flächenwidmungsplan Nr. 103 - „Gewerbepark Steyr - Nord.“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 103 - „Gewerbepark Steyr-Nord“ - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 17. April 2000 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 25. April 2000 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

Ich bitte hier um Debatte bzw. um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke. Ich würde dem Gemeinderat eine Pause von 20 Minuten vorschlagen.

PAUSE VON 16.44 UHR BIS 17.23 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Frau Kollegin Mach bitte an das Rednerpult.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Besucher geschätzte Presse. Ich habe heute nur einen Antrag und der betrifft das GSS Steyr, das Subventionsansuchen für das Jahr 2000.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

4) SH-316/96

Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS); Subventionsansuchen2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 10. April 2000 wird dem Verein „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden, Herrn Dr. Michael Schodermayr, Harrerstraße 5, 4400 Steyr, für den laufenden Betrieb im Jahr 2000 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

1.200.000,--

(Schilling eine Million zweihunderttausend)

auszahlbar in zwei Teilbeträgen à S 600.000,-- am 15.05. und 15.10.2000 gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VASt. 1/429100/757100 freigegeben.

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Bürgermeister. Unsere Einstellung zum GSS Steyr hat sich zum Unterschied von der ÖVP nicht geändert und wir werden uns auch hier der Stimme enthalten, weil es uns bis jetzt auch noch nicht schlüssig dargestellt worden ist, dass hier quasi ein zweites Sozialamt aufgebaut werden soll und der Jahresbericht wird fast identisch im vielzitierten

Evaluierungsbericht widergegeben. Wenn ich mir so die Leistungen dieses Vereines ansehe, so bestätigt das meine Kritik, wenn ich im Jahre 1999 472 Beratungen durchführe, aber gleichzeitig anführe, dass davon mehr als die Hälfte telefonisch, nämlich 244, abgelaufen sind, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, 244 telefonische Anfragen sind gleichzeitig Beratungen, dann muss man sich wirklich die Frage stellen, ob diese Millioneninvestition in diesem Verein gerechtfertigt ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Reznar bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Es gibt durchaus Sinn, Dinge zu vereinfachen. Es gibt auch durchaus Sinn, Grundsatzbeschlüsse zu fassen, die eine Vereinfachung möglich machen. Es ist richtig, dass im Sozialausschuss, so wie im Kulturausschuss, der Grundsatzbeschluss gefasst wurde, Subventionen im kleineren Ausmaß nicht einzeln abzuhandeln. Soweit so gut. Man soll Sitzungen nicht mit unnötigem Kleinkram belasten. Eine Subvention in Millionenhöhe ist aber kein Kleinkram mehr auch wenn es heißt, die vorliegende Subvention ist bereits im Budget verankert. Ein Budgetposten ist aber noch lange kein Freibrief. Hier bin ich schon der Meinung, dass man im Ausschuss darüber diskutieren hätte müssen. Gerade bei diesem, nach wie vor sehr umstrittenen Verein, ist eine Diskussion unumgänglich. Es ist schon eigenartig, dass gerade diese Institution eine Finanzkontrolle erschwert bzw. noch immer nicht in der Lage ist, den Mitgliedern des Sozialausschusses einen Tätigkeitsbericht vorzulegen. Jeder Verein, der vielleicht S 10.000,-- bekommt, muss genaue Abrechnungen mit Belegen und Tätigkeitsberichten bringen, das ist auch richtig so, nur beim GSS ist man offensichtlich recht großzügig. Vor allem geht es aber auch darum, dass Subventionen in Millionenhöhe nicht zu einem Gewohnheitsrecht werden sollen. Dann würde es nämlich bald heißen, das steht uns zu. So soll es ja auch wirklich nicht sein. Ich denke, wir sollten doch etwas bewusster mit den Geldern der Steuerzahler umgehen und nicht einfach darauf lossubventionieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Sie wissen ja, dass ich immer, wenn es um den GSS geht, sage, ich möchte da nicht mitstimmen und mich für befangen erklären, weil ich selbst im Vorstand sitze und sehr lange auch schon an der Konzeption, auch im Vorfeld, mitgearbeitet habe wie ich noch nicht Gemeinderätin war. Nachdem es aber so ist, dass wir schon beim letzten Mal nicht wirklich klären konnten, heißt Befangenheit dass ich rausgehen muss und wie tun wir da, und sich außerdem sogar das Stadtstatut widerspricht indem einerseits im Abs. 1) steht, die genannten Personen, und da zähle ich mich dazu, haben ihre Befangenheit selbst wahrzunehmen, und gleich weiter steht, im Fall des Abs. 1), hat jedoch nicht das betreffende Mitglied, sondern das Kollegialorgan, sprich sie als Gemeinderat, meine Befangenheit zu

entscheiden. Deshalb melde ich mich hier zu Wort, weil das eh nicht ganz klar ist, ich muss nämlich ganz einfach.

Ich möchte das nicht so wirklich unwidersprochen im Raum stehen lassen, was seitens der FPÖ ständig kommt, wenn es um den GSS geht. Da schweben dann Vorwürfe herum, es gibt keinen Tätigkeitsbericht. Ich denke mir, wir sind schon dort, dass wir fast sagen müssen wir haben zu viel an Berichtmaterial, und der geht auch ihren Fraktionen immer zu. Es gibt einen Tätigkeitsbericht, es gibt einen sehr, sehr umfangreichen Evaluierungsbericht, der von der Universität Linz gemacht worden ist. D. h., Frau Kollegin Reznar, wenn sie das so in den Raum stellen, dass der Evaluierungsbericht im Prinzip nur die Zusammenfassung des Tätigkeitsberichts ist, dann unterstellen sie im Endeffekt der Universität Linz, oder anderen Institutionen, dass da nicht ordentlich gearbeitet wird. D. h., Möglichkeiten sich zu informieren gibt es genug, die Berichte liegen vor und wenn sie die Kontrolle ansprechen, Frau Kollegin Reznar, ja, dann kenne ich mich nicht ganz aus. Ihr Kollege Stieglitz sitzt als Kontrolle, oder saß als Kontrolle im GSS drinnen. Dafür, dass er kaum anwesend war, können aber die anderen wirklich nichts. Da würde ich sie wirklich ersuchen, wenn sie am GSS Kritikpunkte anzubringen haben, und ich bin jemand der Kritik verträgt und auch der GSS verträgt Kritik, nur, dann sollten sie wirklich hergehen und mit sachlichen Argumenten sagen, was sie an der Arbeitsleistung bekritlein, was sie für verbesserungswürdig empfinden, aber nicht mit solchen Dingen kommen, der wird nicht überprüft und da gibt es keine Kontrolle, weil das stimmt ganz einfach nicht. Selbstverständlich muss der GSS mit dem Sozialamt eine Abrechnung machen, seine Belege vorlegen, das Land kontrolliert das auch. D. h., ich würde sie wirklich bitten davon Abstand zu nehmen, Sozialeinrichtungen einfach hier in der Öffentlichkeit schlecht zu machen. Der GSS leistet gute Arbeit, und das sage jetzt nicht ich weil ich im Vorstand sitze, sondern das ist das Ergebnis vom Evaluierungsbericht. Wenn sie die Möglichkeit nützen möchten mehr mitzureden und sich mehr zu informieren, dann tun sie es doch ganz einfach. Es war immer das Angebot da, dass jede Fraktion die Möglichkeit hat hier mitzuarbeiten und dieses Angebot, denke ich mir, ist nach wie vor vorhanden. Sie müssen es nur nutzen, das ist eine Hohlschuld.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Aber um 1,2 Millionen drei Adressen locker zu machen, ist auch keine Kleinigkeit.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Dann muss ich sagen, Frau Kollegin Reznar, haben sie wahrscheinlich nur 1, 2 Zeilen aus dem Evaluierungsbericht gelesen aber nicht den ganzen Bericht, weil dann wüssten sie, was tatsächlich an Aktivitäten passiert ist, an Vernetzungstätigkeit, und ich möchte sie nur erinnern, ich weiß nicht ob sie dort waren, aber es gab bereits letztes Wochenende wieder eine Veranstaltung, die ersten Steyrer Gesundheitstage für Frauen, es gab eine Sozialmesse, irrsinnig viele Veranstaltungen ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das macht das Dominikanerhaus um einen Bruchteil.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... es gibt Sozialplanungen usw. und so fort. Gerade der Bereich Sozialplanung wird in der nächsten Zeit sehr stark angegangen. Der nächste Punkt ist außerdem, Frau Kollegin Reznar, was sie nicht erwähnt haben, dass uns das Land sehr wohl auch diese Sozialberatungsstelle vorschreibt, durch das Sozialhilfegesetz, und dass wir damit auch einem Auftrag nachkommen. Ich würde sie wirklich bitten, sich intensiver mit der Materie zu beschäftigen, bevor sie hier so ein bisschen in den Raum stellen, na ja, da bekommt er eine Einrichtung um 1,2 Millionen Schilling und dann tut er überhaupt nichts.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube, ein Tätigkeitsbericht in diesem Ausmaß, wenn man das nicht nennt als Tätigkeitsbericht und ein Evaluierungsbericht, man hat da die Möglichkeit, stundenlang nachzulesen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ja dann her damit!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Den habt ihr ja bekommen. Den haben alle bekommen, man muss sich nur dafür interessieren. Man soll schon eine Richtlinie durchziehen, den haben alle bekommen. Eines möchte ich natürlich auch sagen, es hat der erste Steyrer Frauen Gesundheitstag stattgefunden, meine Damen und Herren. Es hat mich natürlich gefreut, dass so hoher Besuch unten war. Die Frau LR Haugner war zu Besuch hier und es tat ihr sehr Leid, dass sie nach zwei Stunden diese Veranstaltung verlassen musste. Am Dienstag war vom Roten Kreuz in Linz eine Veranstaltung, da ist sie an mich herangetreten und hat gesagt, Frau Mach, wie lange haben denn sie bleiben können, es ist wunderschön, was da in Steyr vom GSS veranstaltet wird. Die Frau Ratzenböck war auch beim Roten Kreuz und die hat mir gesagt, es ist herrlich, was in Steyr für die Frauen, für die Gesundheit auf Präventiv, für Alte und Junge passiert. Also, man kann sagen, es wird dort sehr gute Arbeit geleistet. Ich möchte auch sagen, ich stehe auch nicht an, mich bei der Geschäftsführerin, bei der Frau Mag. Steiner, für diese Arbeit zu bedanken. Es ist herrlich, wenn man von Außen das Lob erntet, leider herinnen nicht. Es ist so traurig, wenn es um Sozialeinrichtungen geht, kann man leicht Kritik üben. Man muss sich informieren, dann kann man etwas umsetzen und dann kann man, gerade im Sozialbereich, etwas bewegen.

Weil wir gerade auch von der Finanzierung sprechen. Es ist ja im neuen Sozialhilfegesetz eine Sozialberatungsstelle vorgesehen. Dadurch, dass dort so gute Arbeit geleistet wird und dass man sagt es gibt ein Grundlagenkonzept vom GSS, bin ich als Sozialreferentin am Überlegen, diese Einrichtung als Sozialberatungsstelle zu installieren. Es wird selbstverständlich in den Gremien, d. h. im Sozialausschuss, noch durchgenommen, es werden Verträge erarbeitet werden, und dann muss natürlich den Vertrag der hohe Gemeinderat beschließen. Ich möchte auch sagen, dass vonseiten des Landes, betreffend Sozialplanung, bis zum Sommer für das Land OÖ Richtlinien vorgegeben werden

und dann können wir uns alle die Ärmel aufkrepeln und mitarbeiten, dass wir für die Stadt Steyr einen Sozialplan erstellen. Wir müssen aber schon eines abwarten, wir müssen auf OÖ denken und die Richtlinien werden uns bis zum Sommer vorgegeben. Dann sind wir auch im Sozialausschuss gefordert und da bin ich für jede Idee, auch von ihnen Frau Reznar, dankbar, die sie einbringen, die wir dann auch umsetzen können. Es sind alle Mitglieder, die im Sozialausschuss sitzen, gefordert, etwas beizutragen. Ich glaube eine, dass der GSS als Einrichtung überall für seine Leistungen sehr gut anerkannt wird. Ich mag das auch nicht, wenn man eine Einrichtung, die überall positives Echo erntet, einfach negativ macht. Wir brauchen eine Sozialeinrichtung und es wird von den Leuten, die Hilfe und Unterstützung brauchen, gut angenommen. Darum sind wir am Überlegen, diese Einrichtung als Sozialberatungsstelle in der Stadt Steyr anzuerkennen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Warum haben wir dann im Sozialausschuss nicht darüber geredet?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Reznar, wir werden ja noch darüber reden. Es ist ja noch nicht so weit. Die brauchen ja einmal ein Geld, damit sie arbeiten können. Jeder braucht ein Geld zum Arbeiten.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Die haben schon drei Jahre Geld, dass sie arbeiten können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir haben ja noch genügend Gelegenheit, darüber zu diskutieren. Es wird dem hohen Gemeinderat vorgelegt werden. Ich glaube, es geht heute darum, da kann jeder seine Meinung äußern dazu, wenn er sagt, ich bin nicht für diese Einrichtung, das ist legitim, ich anerkenne das. Ich muss sagen, es ist eine gute Einrichtung, wir können stolz sein, dass wir in Steyr dieses Pilotprojekt gestartet haben und dass es sich sehr gut umsetzt und auch vonseiten von Linz und überall die Anerkennung findet. Ich habe auch gehört, wenn wir eine Veranstaltung haben, wie wir die ersten Steyrer Frauen Gesundheitstage gehabt haben, können wir auch, wenn es geht, in Linz um eine Subvention ansuchen, wenn wir gezielt Gesundheitstage veranstalten. Ich glaube, die Frau Steiner organisiert das sehr gut und leistet sehr gute Arbeit. Es ist mir überhaupt nicht Recht, wenn man jemanden heruntersetzt, der sehr gute Arbeit leistet. Darum ersuche ich die Mitglieder des Gemeinderates um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, das war das Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. (SPÖ, ÖVP, GAL). Wer ist gegen den Antrag? 2 Gegenstimmen (FPÖ - GR Reznar, GR Ing. Hoflehner). Wer enthält sich der Stimme? 7 Enthaltungen (6 FPÖ u. 1 LIF).

Das ist ein interessantes Splitting. Die Frau LR wird einmal herüberkommen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke der Frau Kollegin Mach. Nächster Tagesordnungspunkt Nr.5), Herr Vizebürgermeister Tatzreiter bitte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertes Präsidium, geschätzte Gäste. In Punkt 5) geht es um den Verkauf des Areals Bruderhaus samt der Bruderhauskirche und Kauf des Objektes in der Blumauergasse 29 als künftige Unterkunft für die Notschlafstelle und Abschluss eines Leihvertrages mit dem Verein WOST sowie eines Mietvertrages mit der Styria Wohnungsgesellschaft. Ich darf darauf hinweisen, dass, wie im Amtsbericht dargestellt, ja die Dukartstraße sozusagen einem Ärztehaus weichen muss und natürlich die Notschlafstelle dort ausziehen muss. Es hat sich gut etabliert und ich darf das wirklich sagen, es hat mich gewundert, dass überhaupt keine Probleme aufgetreten sind und daher auch manche Befürchtungen im Nachhinein auch nicht dem Halt machen, was da bei der Notschlafstelle Gutes geleistet wird und daher darf ich auch bitten, so wie im Amtsbericht dargestellt, es gibt einen umfangreichen Bericht, demzufolge diese Notwohnschlafstelle woanders situiert wird und daher das Bruderhaus samt der Bruderhauskirche verkauft werden soll bzw. die Interessenten, die Bewerber, im Amtsbericht aufgelistet sind, dem Antrag zuzustimmen. Ich darf auch darauf verweisen, dass die Bruderhauskirche ja eine schöne Kirche ist, ich war dort fast Nachbar, und auch die Kirche sehr oft besucht habe. Sie ist eigentlich nicht wegzudenken und hat von der Entstehung, wenn man die Geschichte kennt, einen ganz besonderen Wert. Daher auch der Name Bruderhaus und das Gebäude daneben. In dem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ist es gerade richtig, dass eine Kirche zu einer Kirche dazugehört oder zu einer Kirchengemeinschaft dazugeschlossen wird, wo es auch sinnvoll versorgt wird. Es ist dem Bürgermeister, dankenswerterweise, hoch anzurechnen, dass es bei den Verhandlungen, wo es so viele Wenn und Aber gegeben hat, gelungen ist, auch für die Wohnnotschlafstelle auch ein Haus ausfindig zu machen aber auf der anderen Seite dieses Bruderhaus und die Kirche in Hände zu bringen, die sich ganz besonders darum umschaue werden und auch eine neue Qualität von Unterkünften dort entstehen wird. Ich freue mich persönlich darüber, dass es gelungen ist, mit Herrn Kronsteiner, der ja schon ein Projekt ganz besonders hervorgebracht hat, ich denke gerade an das, wo wir gestern abends einige Zeit verbracht haben, dieses Haus ganz besonders gut gelungen ist, und jetzt dieses Bruderhaus bzw. dann auch diese Kirche dazu in diese gleichen Möglichkeiten treten sollte und es daher auch ganz wichtig ist, dass mit dem Herrn Pfarrer Kronsteiner und der Michaelakirche, dieser Kirchengemeinschaft, doch einiges erreicht wurde.

In dem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ist es wichtig, dass dieser Antrag in der Gesamtheit so gefasst ist und dass wir einen Beschluss fassen, der alles in einem Papier erfasst. Ich möchte nun auch den Antrag verlesen und darf den Gemeinderat ersuchen den Beschluss herbeizuführen bzw. auch dann die Diskussion noch einzubringen.

5) Verkauf des Areals Bruderhaus samt Bruderhauskirche; Kauf des Objektes Blumauergasse 29 als künftige Unterkunft für die Notschlafstelle und Abschluss eines Leihvertrages mit dem Verein

WOST sowie eines Mietvertrages mit der Styria Wohnungsgesellschaft.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 12. April 2000 wird betreffend den Abschluss eines Kaufvertrages mit der Wohnungs-Sanierungs und Bauträger GmbH, 4540 Bad Hall, Furtberg 100, über den Ankauf des Objektes Blumauergasse 29 (EZ 482 und EZ 2350, KG Steyr im Gesamtausmaß von 3.481 m²), des Verkaufes des Bruderhauses samt Bruderhauskirche (Bauflächen 916/1 und 917 sowie Grundstücke 557/1 und 557/2 im Gesamtausmaß von 913 m²), den Abschluss eines Mietvertrages mit der Gemeinnützigen Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft „Styria“ registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 4400 Steyr, Preuenhueberstraße 3, - über das Nebenobjekt Blumauergasse 27 sowie über den Abschluss des Vertrages mit dem Verein „WOST, Verein Wohnen Steyr, Verein zur Hilfestellung von wohnungs- und obdachlosen Menschen“, 4400 Steyr, Dukartstraße 15, über die Überlassung des Objektes Blumauergasse 29, zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt.

Die Bedeckung hat durch Kreditübertragung von der VA-Stelle 5/429100/777000 auf VA-Stelle 5/429100/010000 im Ausmaß von S 1.000.000,-- (eine Million) zu erfolgen und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 300.000,-- bei der VA-Stelle 5/429100/010000 durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Die Kaufsumme von S 3,5 Mio. zuzüglich Eintragungsgebühr von S 300.000,-- wird weiters aufgebracht durch:

Verkauf des Bruderhauses um einen Betrag von 1,2 Mio., Übertragung der Subvention des Landes an den Verein WOST im Ausmaß von S 1 Mio. und einer Mietvorauszahlung in Höhe von S 300.000,-- durch die Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft „Styria“ registrierte Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1.300.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich bitte diesen Antrag zu diskutieren bzw. dem die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf vorausschicken, dass ich diesem Dreiecksgeschäft die Zustimmung gebe. Nur eines muss man natürlich schon auch bedenken. Wir haben eine Notschlafstelle errichtet, wir haben uns gemeinsam dazu bekannt. Ich habe auch damals schon gesagt, dass das möglicherweise verlorene Investitionen in diesem Bereich sind, weil der Ort uns nicht geeignet erschienen ist. Wir müssen jetzt dafür ein anderes Objekt suchen. Es ist noch das ehemalige Stubhahnhaus, in der Blumauergasse, in Diskussion. Wer Herrn Johann Stubhahn gekannt hat, weiß, ein Steyrer Original. Das Haus hat Geschichte und ich denke, dass es durchaus in dem Sinn, auch in seinem Sinne, ist, dass so etwas dort passiert. Nur eines möchte ich schon noch erwähnen. Der Verkauf der Bruderhauskirche hat im Prinzip, außer einem monetären Bereich, überhaupt nichts zu tun mit der Errichtung oder Übertragung der Notschlafstelle. Das hätten wir

ohne Not, zu jeder Zeit, zu jedem Tagesordnungspunkt auch machen können. D. h., alleine, und da sind wir schon wieder bei unserer Budgetsituation, um die Übersiedelung der Notschlafstelle müssen wir ein anderes Haus verkaufen, wobei ich sehr froh bin, das möchte ich auch anmerken, über den Käufer, dass es in die richtigen Hände kommt. Aber ich erinnere an die letzte GR-Sitzung, wo 6 Millionen Schilling locker außerbudgetär für den Zwangsausgleich von Vorwärts bereitgestellt worden sind. Ich danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Wenn das nicht der Fall ist, möchte ich den Vorsitz kurz abgeben und ein paar Bemerkungen zu dem Deal machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, ein kühner Sprung von der Notschlafstelle zur Vorwärts, das muss ich schon sagen. Aber das ist natürlich ihrer Aufmerksamkeit entgangen, dass sich da einige positive Kräfte in der Stadt sehr bemüht haben, dafür zu sorgen, dass es die Notschlafstelle weiter geben kann. Ich erinnere mich, dass uns das fast zwei Jahre beschäftigt hat und dass es außerordentlich schwierig gewesen ist, ein geeignetes Quartier zu finden. Einige, die hier ins Auge gefasst wurden, solche Quartiere von der Nachbarschaft, haben eine Abfuhr erlebt. Andere sind am Preis nicht zustande gekommen. Letzten Endes hat es nur mehr die Möglichkeit gegeben, weil wir ja unter dem enormen Zeitdruck standen, dass wir dort drüben den Platz freimachen müssen, weil ja dort dieses Grundstück von uns verkauft wurde, gemäß Beschluss des Gemeinderates, weil dort ein Gesundheitszentrum errichtet wird und die zu bauen anfangen möchten und das schon durch den Gestaltungsbeirat durchgegangen ist. Mit dieser Karte in Händen, meine Damen und Herren, ist man natürlich unterwegs und versucht zeitgerechte Lösungen zu finden. Manche interessiert das mehr, manche interessiert das weniger, wie das offensichtlich sich da wieder, anhand dieser Diskussion, zeigt. Es ist uns in Wirklichkeit nichts mehr geblieben als das Bruderhaus für diesen Zweck vorzusehen, das immerhin als ein Unterstandshaus und für soziale Beherbergungszwecke seit 1511 in Verwendung steht. Es hat sich allerdings gezeigt, dass die Nachbarschaft dort mit dieser neuen Widmung keine rechte Freude hat, um das vornehm auszudrücken. Ich habe viele Gespräche mit den Herrschaften geführt und es hat sich daraus ergeben, dass ein Käufer aufgetreten ist der gesagt hat, ich kaufe das Bruderhaus und mit dem Geld kann man versuchen, dann ein anderes Objekt zu erwerben. In der Zwischenzeit war ich nicht untätig und habe mich bemüht vom Land OÖ, vom LR Ackerl, eine Million locker zu machen, damit wir diese Finanzierung zustande bringen. Wir haben es dann letzten Endes geschafft, auch die Styria zu überzeugen, ins Boot zu bringen, die anlässlich ihres Jubeljahres im vergangenen Jahr, Gelegenheit von uns geboten bekommen haben eine soziale Tat zu verrichten und das Jahr nicht einfach vorbeischleichen zu lassen und eine Million haben wir in unser Budget hineingeschrieben. Also, wenn sie nur diese Fakten bei der Finanzierung betrachten, dann kommen sie schon drauf, dass das eigentlich allerhand Arbeit gewesen ist. Es hat sich dann die Möglichkeit ergeben, dieses Haus, wo es keine unmittelbaren Nachbarn gibt und daher auch diese Befindlichkeitsstörungen auftreten, zu finden. Natürlich können wir jederzeit ein Haus um 6

Millionen oder eines um 20 Millionen kaufen, weil unsere Finanzen sind ja in Ordnung. Nur, wenn wir das Geld so locker ausgeben, können wir die anderen großen Projekte nicht so einfach finanzieren. Das Bruderhaus ist wieder ein historisches Gebäude, das natürlich bauhistorisch wertvoll ist und das natürlich in einer verschachtelten Art und Weise mit der Bruderhauskirche zusammengebaut ist, in Jahrhunderten, und dass man das nicht einfach so trennen kann, das hat sich also dann bei näherer Betrachtung herausgestellt. Jedenfalls ist das der Befund unseres Stadtbildpflegers. Nun glaube ich, haben wir eine geschickte Sache gemacht. Wir haben dieses Haus, verkaufen wir mit diesem Beschluss an die Kirche, nehmen diese 1,2 Millionen ein, die wir zur Wiederbeschaffung eines Quartiers für die Notschlafstelle aufwenden, mit den anderen Beträgen zusammen. Es wird unser Budget nicht übergebührlich belasten und das Bruderhaus, das sei doch bei dieser Gelegenheit auch einmal gesagt, hätte natürlich einer liebevollen und fürsorglichen Restauration bedurft, die auch Millionen gekostet hätte und von der Kirche rede ich gar nicht. Das heißt also, rundherum lauter Zufriedene zu haben, die Vorstadtpfarre ist zufrieden, dass dieses Haus, das Jahrhunderte in ihrem Besitz war, in ihren Schoß zurückgekehrt ist. Die Anrainer sind zufrieden, die lange Zeit sehr unzufrieden waren und die Vertreter der Notschlafstelle sind zufrieden. Wir werden wahrscheinlich auch keine Schwierigkeiten mit den Nachbarn haben und das lohnt den Aufwand. Ich erinnere mich an kein Projekt, in das so viel Zeit und Fantasie investiert wurde und vergleichsweise wenig Geld und wo rundherum alle zufrieden sind und dabei geschehen noch soziale Taten. Der Pfarrer Kronsteiner hat schon beim Land OÖ aber auch beim Wissenschaftsministerium Zusagen erreichen können, dass das Bruderhaus nämlich auch saniert wird, was der Stadt auch wieder gut tun wird. Also, eine Runde Sache und ich bitte um Zustimmung. Die Freude kann sich durchaus verbreiten, dass es einen Tagesordnungspunkt gibt, zum Unterschied vom Tagesordnungspunkt 1), wo es ein bisschen besser läuft.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Wird ein Schlusswort gewünscht?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Ich möchte nur eines sagen, wie wir die Notschlafstelle dort drüben eingerichtet haben, ein schwieriger Punkt damals gewesen, wie ich mich noch erinnere, war es von Haus aus vorgesehen, dass sie nicht dort bleiben wird, zumindest verbleiben kann, dass es aber ein Beginn war und dass wir jetzt aus dem heraus eine Möglichkeit gefunden haben und in den geschickten Verhandlungen unseres Bürgermeisters darin gelegen ist, dass wir jetzt eine gute Lösung zustande gebracht haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahmen. Danke, der nächste Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

In meinem zweiten und letzten Antrag geht es um die Freiwillige Feuerwehr, entgeltliche Einsatzleistungen die bereitgestellt werden müssen bzw. auch für die Geräte. In diesem Zusammenhang haben wir eigentlich einen Antrag zu beschließen bzw. zu bestätigen, der ohnehin vom Land her mit der Tarifordnung ausgestattet ist. In diesem Zusammenhang bitte ich auch, so wie im Amtsbericht aber auch in der Auflistung dargestellt ist, dem die Genehmigung zu geben.

Der Antrag lautet:

6) Gem-3/2000

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; entgeltliche Einsatzleistungen und entgeltliche Bereitstellung von Geräten; Tarifordnung 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 4. April 2000 wird § 3 der Feuerwehr-Tarifordnung entsprechend der Beilage geändert.

Die neuen Tarifsätze sind im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen und treten mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft. (Beilage)

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke Herrn Vzbgm. Tatzreiter und ersuche als nächsten Berichterstatter Herrn StR Roman Eichhübl ans Pult zu kommen.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter verlässt um 18.00 Uhr die Sitzung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Nicht erfreut, aber doch im Wissen um die Notwendigkeit, habe ich ihnen heute insgesamt zwei Tarifierhebungsanträge aus dem Bereich der Stadtwerke zur Beschlussfassung zu unterbreiten und darf mit dem ersten Antrag beginnen, der eine Preisanpassung, wie es im Amtsbericht beinhaltet ist, für die Bäder vorsieht. Zum einen was das Hallenbad betrifft und zum anderen das Freibad. Ich darf ihnen der Ordnung halber mitteilen, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, dass sich der Ausschuss für Kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen insgesamt zweimal mit dieser Thematik befasst hat. Deswegen zweimal, um in der Zwischenzeit auch die Möglichkeit zu bieten, dass in den Fraktionen entsprechende Beratungen durchgeführt werden. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass es nicht nur um eine Tarifierhebung geht, sondern es gibt auch im Bereich Freibad, oder Anpassung Herr Kollege Keiler, das ist das humanere Wort dafür, zwei neue Tarife, nämlich für Kurzzeitbesucher haben wir diese Möglichkeit geschaffen. Der Herr Bürgermeister hat ihnen eingangs bei der Berichterstattung bereits mitgeteilt, dass das Freibad am kommenden Sonntag ab 9.00 Uhr wieder für die neue Saison geöffnet ist und dass der Besucher mehr Freiraum vorfindet. Durch die Entfernung der Gebäude A und B haben wir mehr Liegefläche, sonnige Liegeflächen, geschaffen, wir haben Stiegenaufgänge erneuert, den Plattenweg eben entsprechend hergerichtet, die Sträucher ausgedünnt um, wie gesagt,

einen besseren Freiraum und mehr Einblick zu schaffen. Größere Investitionen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wird es aber im Freibad noch geben müssen und zwar was die nächste Saison betrifft. Vor allen Dingen im Bereich des Sportbeckens, was die Auskleidung im Besonderen betrifft, aber auch Betonsanierungsarbeiten werden durchzuführen sein. Vor allen Dingen wird dann auch ein Beschluss zu fassen sein, was mit den Gebäuden zu geschehen hat, wenn dann der offizielle Bericht des zuständigen Baufachmannes vorliegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf ihnen den Antrag verlesen.

7) Stw-28/2000

Stadtbad Steyr; Preisanpassung Hallenbad und Freibad per 15.5.2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 13.03.2000 über die Preisanpassung für das Hallenbad und Freibad mit Wirksamkeitsbeginn 15.05.2000 und zufolge des Beschlusses im Ausschuss für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen entsprechend der Beilage (Preisspiegel) wird der Anwendung der neuen Eintrittspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt. (Beilage)

Frau Vizebürgermeisterin, ich darf sie bitten über meinen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, das mache ich sehr gerne. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Generell denke ich mir ist es völlig klar, wenn man vier Jahre nicht erhöht und zugleich Verbesserungen vorgenommen hat, dass man auch die Tarife erhöhen muss. Was ich allerdings ein bisschen eigenartig finde, sind immer so ein bisschen die Argumente die genannt werden. Das eine ist schon, dass man anfängt, man nennt alles ein bisschen schöner, es ist die Preisanpassung oder die Tarifanpassung. Nennen wir das Kind beim Namen, es ist eine Preiserhöhung. Das ist es schlichtweg. Was ich nachvollziehen kann ist die Begründung in der Beilage zum Amtsbericht, nämlich die Sanierung vom Hallenbad, völlig klar, das hat Kosten verursacht, die Verbesserung und Sanierungen im Freibadbereich, kann ich auch nachvollziehen. Ein bisschen härter tu ich mir wenn ich lese, marketingmäßige Anpassungen. Bis heute hat mir keiner erklären können was marketingmäßige Anpassungen sind. Meine Definition von Marketing ist einen andere Definition, aber gut.

Was mich ein bisschen stört ist das Argument, Umstellung auf eurofähige Preise. Ich glaube, dass es nicht so gut ist, immer mit dieser Euromstellung zu argumentieren, weil gerade die öffentliche Hand sollte mit positivem Beispiel vorangehen und nicht die Euromstellung als Argument für Tariferhöhungen nutzen. Noch dazu wenn es gar nicht stimmt. Wenn sie sich den Amtsbericht ansehen, sind die Umrechnungen auf Euro bereits dabei und dann sehe ich, die Kurzzeitkarte kostet 1,45 € und der Zehnerblock für Kinder 7,25 €, also da ist wohl nicht die Euromstellung der Grund,

dass man glatte Europreise hat. Generell kann man sich da durchaus vorstellen mitzugehen. Ein Punkt tut mir Leid, und der ist leider nicht eingearbeitet worden. Sie haben erwähnt, es sind damals noch im Kommunalausschuss Sitzungen gewesen. Es gab zwei Punkte, die mir schon sehr wichtig waren, die nicht eingearbeitet worden sind. Das eine ist der Punkt der Erwachsenenkarte, Saisonkarte Freibad. Die hat bisher S 425,-- gekostet und geht jetzt auf S 600,-- hinauf. Das sind 40 % und ich denke mir gerade Dauernutzer, die bisher diese S 425,-- bezahlt haben, gleich auf S 600,-- das ist im ersten Moment schon ein bisschen ein Schock. Noch dazu wo ja zu lesen ist, dass man in Zukunft möglicherweise das Bad seltener aufsperrt. Nämlich wenn diese 30 Besucher am Tag nicht erreicht werden, aus wirtschaftlichen Gründen heraus. D. h., dass es durchaus passieren kann, dass der Dauerkartenbenutzer, der ja an sich im Prinzip bereit ist fast bei jedem Wetter zu gehen, dann möglicherweise gar nicht ins Bad gehen kann, weil es an dem Tag nicht aufgesperrt wird, weil man halt rechnet, es werden eh nur 20 Leute kommen und bei 20 Leuten sperrt man nicht auf. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, sie haben sinnvollerweise eine Verknüpfung vorgenommen zwischen dem Hallenbad und dem öffentlichen Verkehr. Das ist dieser Vorschlag, der vom Kollegen Zeilinger gekommen ist, Kombipreise für Bürger mit wenig Zeit, hat er es genannt. Indem er ganz einfach eine Tagesnetzkarte mit dem Besuch des Hallenbades verbindet. Das finde ich ganz sinnvoll. Nur warum hat man das beim Freibad nicht gemacht? Ich habe diese Anregung im Ausschuss eingebracht. Es hat auch geheißen, ja das kann man selbstverständlich tun. Es ist für mich auch nicht einsehbar, warum man zwar diese Kombimöglichkeit Hallenbad plus Tagesnetzkarte beim Hallenbad macht aber nicht beim Freibad. Ich finde es aber leider wieder nicht in diesem Amtsbericht drinnen. Ich würde sie bitten, Herr Kollege Eichhübl, mir zu sagen warum es nicht eingeflossen ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke. Der hohe Gemeinderat wird sicherlich Verständnis dafür haben, dass ich mich nicht des Langen und Breiten in meinem Schlusswort hier vor ihnen äußere. Frau Kollegin Frech, wir haben ja ausreichend Gelegenheit gehabt, auch über ihre Vorschläge zu diskutieren. Den konkreten Fall haben sie jetzt angesprochen, warum also nicht die selben Möglichkeiten geschaffen wurde, nämlich diesen Tarif, für jene die wenig Zeit haben, auch im Freibad anzuwenden. Ich muss jetzt ganz offen sagen, ich weiß nicht mehr auswendig was die Begründung war, aber ich bin gerne bereit, ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es gibt keine.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Morgen nachmittags bin ich durchaus in der Lage, ihnen darauf Antwort zu geben. Wir haben, wie gesagt, ausführlich darüber diskutiert und im Einzelnen kann ich daher heute nicht sagen was wir dort besprochen haben und was die Begründung ihrer Vorschläge bzw. der Ablehnung ihrer

Vorschläge betrifft.

Ich darf sie bitten, Frau Vizebürgermeisterin, die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen den Antrag? Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (LIF). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der nächste Punkt ist, die Frau Kollegin Frech hat mir das jetzt ein bisschen durcheinander gebracht, aber ich nehme an, ich habe es richtig erwischt. Der Punkt 8) Frau Vizebürgermeisterin, ich habe die Tagesordnung am Tisch liegen, und zwar geht es um das städt. Wasserwerk, Erneuerung der Trinkwasserversorgungsleitung Leopold Werndlstraße; Bauarbeiten und Auftragsvergabe. Ich darf in dem Zusammenhang nur in Erinnerung rufen, dass sich der Gemeinderat bereits einmal mit diesem Bauvorhaben beschäftigt hat, nämlich durch die Vergabe von Arbeiten. Jetzt geht es darum, dass eine 40 Jahre alte Wasserleitung vom Kreuzungsbereich Reichenschwall bis zur Gemeindegrenze Garsten, Sarningerberg, erneuert werden soll.

Ich darf ihnen kurz und bündig den Amtsbericht bzw. den Antrag, den Amtsbericht möchte ich ihnen ersparen, verlesen.

8) Stw-4/2000

Städtisches Wasserwerk; Erneuerung der Trinkwasserversorgungsleitung Leopold-Werndl-Straße; Bauarbeiten; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 7. März 2000 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung der Trinkwasserversorgungsleitung Leopold Werndlstraße der Vergabe an nachstehend vorgeschlagenes Unternehmen zugestimmt:

Tiefbauleistungen

Fa. Held & Francke BaugesmbH, Steyr

S 1,096.917,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 2000 der Stadtwerke Steyr unter A I 2 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Ich darf sie bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer ist gegen den Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, der nächste Punkt bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wie angekündigt, meine Damen und Herren, habe ich ihnen zwei Tariferhöhungsanträge vorzutragen. Ich bin bereits beim zweiten Antrag und der betrifft den Städt. Verkehrsbetrieb. Da steht auch wiederum die Wertanpassung des Beförderungsentgeltes, wobei also die Wertanpassung oder die Formulierung dieses Mal durchaus seine Berechtigung hat, denn es geht tatsächlich auch um eine Wertanpassung innerhalb des OÖ Verkehrsverbundes, wo ja bekanntlich seit einigen Jahren die Stadtwerke mit ihrem Verkehrsbetrieb mit dabei sind.

Es gibt dazu mehrere Begründungen. Wir haben uns ebenfalls im Ausschuss zweimal mit dieser Thematik sehr eingehend befasst. Zum einen ist es, wie gesagt, eine verbundweite Angleichung der Tarife, zum anderen ist es die innerbetriebliche Situation, nämlich insofern, dass der Verkehrsbetrieb einen jährlichen Abgang zwischen 24 und 25 Millionen Schilling hat. Aber man muss auch die Leistungen, die der Bevölkerung dafür geboten werden, gegenüberstellen. Bis dato ist es ja so, dass aufgrund des Betriebsverbundes Gas und Verkehr es möglich ist, Verlustabdeckungen innerhalb dieser beiden Betriebe zu machen und wir haben aber schon mehrmals in verschiedenen Gremien darüber diskutiert, dass diese Verbände unter Umständen, aufgrund einer EU-Regelung, nicht mehr lange halten werden. Es gibt auch, in Kürze ist das zu erwarten, eine Gaspreisliberalisierung, und da wird das eben so sein, dass unsere Einnahmen aus dem Gasverbrauch entsprechend geschmälert werden. Daher wäre unter Umständen die Situation so, wenn wir nicht versuchen auf der Tarifseite etwas hereinzubringen, dass die Stadt mit voller Höhe dieses Verlustentganges in Zukunft belastet wird. Das wollen wir vermeiden. Wie gesagt, es ist mir nicht angenehm, hier diesen Erhöhungsantrag zu stellen aber ich glaube, dass es eben, wie ich eingangs erwähnt habe, eine gewisse Notwendigkeit darstellt.

Ich darf sie bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

9) Stw-32/2000

Städt. Verkehrsbetriebe; Wertanpassung des Beförderungsentgeltes.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 30.03.2000 über die Wertanpassung des Beförderungsentgeltes im städt. Verkehrsbetrieb mit Wirksamkeitsbeginn 01.10.2000 wird der Antragstellung an die Kraftfahrlinienbehörde für die neuen Beförderungsentgelte gem. der Beilage zum genannten Zeitpunkt zugestimmt. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Hack. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Dass hier eine Preisanpassung stattfinden muss ist sachlich nachvollziehbar. 1995 war die letzte Anpassung, also der Dieselpreis ist um 30 - 35 % gestiegen. Von der Seite her ist es sicher vertretbar und nachvollziehbar, dass eine Erhöhung stattfindet. Was aber die Problematik der Verkehrsbetriebe als solche betrifft, ist es wahrscheinlich kontraproduktiv bzw. es wird die Situation nicht verbessern. Es ist seit der Umstellung auf diese neue Bushaltestelle, zentrale Umstiegsstelle beim Bahnhof, die Passagieranzahl um zwischen 3 und 5 % gesunken. An sich wäre die Aufgabe der Verkehrsbetriebe, die höchst attraktive, kundenorientierte und kostengünstige Sicherstellung des öffentlichen Personalverkehrs. Qualitätsmaßzahl sind insbesondere Pünktlichkeit und die Anzahl, nicht der Kunden, sondern der Kundenreklamationen. Also, ich glaube, es ist eigentlich nach wie vor in den Verkehrsbetrieben das Problem, nicht einmal so die Gebühren, die Fahrpreise, weil die werden ja doch von immer weniger Personen in Anspruch genommen, das Problem liegt schlicht und einfach in der nicht attraktiven Führung und im nicht attraktiven Angebot der Buslinien, obwohl das so hochgepriesen wurde, wie toll das werden würde, wenn das alles neu geführt wird. Es ist leider das Gegenteil der Fall. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es ist für mich schon immer ganz beachtlich, wie die FPÖ im Regelfall auf Tarifierhöhungen reagiert, wenn sie von anderen Referenten kommen. Wenn sie aber selbst in der Regierungsverantwortung sind, dann wird immer alles wunderbar argumentiert. Ich glaube es hat niemand ein Problem damit, wenn innerhalb von 5 Jahren die Tarife nicht erhöht worden sind und es kostet der Einzelfahrschein statt S 18,-- S 20,--. Das ist kein großes Problem. Was für mich schon sehr happig wird, ist, wenn ich ausgerechnet die Dauerkunden des öffentlichen Verkehrs mehr oder weniger bestrafe, indem ich plötzlich einen Tarif bei der Monatskarte von S 350,-- habe, bisher, und dann gehe ich auf S 430,-- bzw. bei der Jahreskarte von S 3.500,-- auf S 4.300,--. Das sind ungeschminkte 23 %. Wenn dann in der Presseaussendung des Magistrates zu lesen ist, Busfahren wird ein bisschen teurer, und zwar wortwörtlich „Busfahren wird in Steyr ab 1. Oktober geringfügig teurer“, dann denke ich mir, dann hat man scheinbar die Ansicht oder vertritt die Ansicht, dass 23 % geringfügig ist. Das wird doch wohl niemand behaupten, dass 23 % Preissteigerung geringfügig ist. Da ist ein Sprung im Jahr, bei der Jahreskarte von S 800,--. Ich glaube, dass es absolut der falsche Weg ist, ausgerechnet bei denen, die die Dauernutzer des öffentlichen Verkehrs sind, die Schraube anzuziehen, weil das sind genau die, die eigentlich das erfüllen, was wir politisch alle wollen, nämlich die umsteigen vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr.

Ein anderer Punkt ist für mich die Geschichte mit dem Verbund. Es wird da immer argumentiert, es geht um die Vereinheitlichung mit dem Verbund. Ich habe gestern ein sehr ausführliches Gespräch, auf Landesebene, mit dem Herrn Dr. Höfler vom Verbund gehabt. Das Interessante ist schon, diese Tarifierhöhung ist so akkordiert, auch mit den Städten, auch mit dem Verbund, was die Vereinheitlichung des Tarifes anbelangt. D. h., es wird eine Jahreskarte S 4.300,-- in Linz kosten, in Steyr und in Wels. Soweit ist die Vereinheitlichung des Tarifes. Die Leistungen selbst sind nicht vereinheitlicht, weil ich habe klarerweise in einer Stadt wie Steyr ein geringeres Angebot und eine geringere Dichte, als in einer größeren Stadt wie Linz. Wo auch nicht vereinheitlicht wird, und das wäre ein wesentlicher Punkt für den Verbund, ist bei den Bestimmungen beispielsweise für Schüler, für Pensionisten, da einheitliche Regelungen, was Preisermäßigungen anbelangt, anzustreben, weil

es nach wie vor Unterschiede bei den einzelnen Verkehrsträgern gibt, wann gibt es Schülerermäßigungen, wann gibt es Pensionistenermäßigungen usw. und so fort. Da würde auch eine Vereinheitlichung gehören, nur da ist leider keine Vereinheitlichung in Sicht, zumindest nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

Was auch argumentiert wird, ist wieder diese Geschichte mit dem Euro. Na ja, wenn ich da lese, 0,44 € oder 0,73 € da kann mir auch keiner wirklich einreden, dass das die Begründung ist, dass man eurofähige Preise hat. Wie gesagt, generell kein „nein“ zu einer Tarifierhöhung die sich im Rahmen bewegt, also, wie gesagt eine Zweischillingerhöhung ist kein Problem, aber es ist sehr wohl ein Problem, wenn ich bisher für die Jahreskarte

S 3.500,-- bezahlt habe und jetzt bezahle ich S 4.300,--. Und um ihnen nur zu sagen, wie viele Personen das trifft, oder wie viele Fälle, Jahreskarten haben wir bisher nicht allzu viele gehabt, nämlich nur 52 Stück, das ist verdammt wenig, aber wir haben immerhin über 10.000 Monatskarten und da trifft es schon einen sehr erklecklichen Teil der Bevölkerung, und gerade einen, der auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen ist. Ich sehe nicht ein, dass man jahrelang eine Misswirtschaft im Verkehrsverbund betrieben hat und im Endeffekt jetzt diese Preiserhöhungen am Rücken der Kunden ausgetragen wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ist ein Schlusswort gewünscht?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ein relativ kurzes Schlusswort. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich weiß ja, aufgrund der Diskussion oder der Diskussionen im Ausschuss für Kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen, dass die Frau Kollegin Frech auch heute hier eine Gegenposition einnehmen wird. Aber Frau Kollegin Frech, sind sie so freundlich, wenn sie Vergleiche machen, dann vergleichen sie nicht Birnen mit Äpfel, sagen sie doch was in Wels passiert. Die Stadt Wels ist ja eher, von der Größenordnung her, mit Steyr vergleichbar. Ich meine, dass die Stadt Linz mehr Linien hat, ich glaube, das ist voll verständlich. Eine Stadt mit über 200.000 Einwohner.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber die Tarife sind dieselben.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber auch Wels hat wesentlich mehr Einwohner, hat eine größere Ausdehnung wie Steyr, und hat ein wesentlich geringeres Angebot, wenn man das jetzt mit Steyr vergleicht. Also, das möchte ich schon mit aller Deutlichkeit auch hier in diesem Gemeinderat und im Besonderen zu ihnen sagen.

Zum anderen darf ich sagen, Frau Kollegin Frech, und darauf haben sie nicht hingewiesen, dass wir trotzdem im Verkehrsverbund, was unsere Angebote betrifft, einige Bereiche haben, nämlich den Teilstreckenbereich, den es im Verbund nicht gibt, den wir aber nach wie vor der Bevölkerung zur

Verfügung stellen. Ich darf hier nochmals sehr deutlich zum Ausdruck bringen, auch zu ihnen Herr Kollege Hack, dass es mir keine Freude macht diesen Erhöhungsantrag einzubringen, aber ich sehe eben die Notwendigkeit und daher wundert es mich schon von ihnen, dass sie heute hier wiederum die Leistungen des Verkehrsbetriebes in so negativer Art und Weise darstellen. Auf der anderen Seite habe ich gehört, haben sie schon wieder Ideen entwickelt, dass die Stadtwerke sozusagen einen Paketdienst für sie übernehmen soll, für die Geschäftsleute, ist mir zu Ohren gekommen. Also, da hoffen sie doch auf die Unterstützung der Stadtwerke, auf der anderen Seite finden sie kein gutes Haar daran. Aber bitte, das war ja ihre übliche Vorgangsweise. Im Übrigen haben sie im Ausschuss eher wenig zum Ausdruck gebracht, sondern waren nur der Meinung, dass man eben diese Tarife anheben soll.

Ich darf sie bitten, die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? 1 Gegenstimme (LIF). Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der letzte Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, betrifft das Städt. Wasserwerk, die Sanierung Hochbehälter Ennsleite. Und zwar geht es heute um Bauarbeiten, Bauschlosserarbeiten Einbau der Trocknungsanlage, Installierung Steuerorgane und örtliche Bauaufsicht sowie Baustellenkoordination. In diesem Zusammenhang, es steht zwar im Amtsbericht, möchte ich, so wie in der StS-Sitzung, darauf hinweisen, dass die Bauarbeiten ursprünglich wegen offensichtlich überhöhter Kosteneinreichungen aufgehoben wurde. Tatsächlich ist es gelungen, aufgrund dieser Neuausschreibung, eine Kostenreduktion von 15 % zu erzielen. Ich darf ihnen den Antrag des Stadtsenates, meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Kenntnis bringen.

10) Stw-15/2000

Städtisches Wasserwerk; Sanierung Hochbehälter Ennsleite; Bau arbeiten, Bauschlosserarbeiten, Einbau einer Trocknungsanlage; Installierung Steuerorgane und örtliche Bauaufsicht und Baustellenkoordination; Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 20. April 2000 wird im Zusammenhang mit der Sanierung des Hochbehälters Ennsleite der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt.

1. Bauarbeiten

ARGE Gerstl - Aichinger, Wels

S 860.892,-- (exkl. USt.)

2. Bauschlosserarbeiten

Fa. Fratu, Steyr

S 39.070,-- (exkl. USt.)

3.Lieferung Steuerungsorgane

Fa. Rittmeyer, Wien

S 76.766,-- (exkl. USt.)

4. Lieferung Entfeuchtungsanlage

Fa. Peyer, Frastanz

S 136.277,-- (exkl. USt.)

5. Örtliche Bauaufsicht, Bauabrechnung sowie Baustellenkoordination

DI. Brunner, Steyr

S 244.058,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 2000 der Stadtwerke Steyr unter B 1 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Ich darf sie ebenfalls bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich danke Herrn StR Eichhübl. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Mayrhofer. Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich übernehme den Vorsitz.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. In meinem Antrag geht es um den Neubau der Volksschule Resthof, zu dem wir uns entschlossen haben. Ein Planungswettbewerb ist erfolgt, der Arch. Körner in Schärding hat ihn gewonnen. Wir müssen, um die Landesmittel zu bekommen und um diesen Neubau auch tatsächlich durchführen zu können, eine Baureifmachung erlangen. Dazu ist es notwendig, aufgrund eines Kostendämpfungserlasses des Landes, die Zustimmung der Aufsichtsbehörde einzuholen. Diese Baureifmachung ist hiemit geschehen. Die Kosten dafür betragen S 1,625.000,--, die bei der entsprechenden VA-Stelle Deckung finden. Es ist

aufgeteilt in S 1,273.332,-- Architektenhonorar für den Arch. Körner und S 350.932,80 für Statikerleistungen. Ich ersuche um Zustimmung.

11) Schu-40/96

Neubau einer Volksschule im Stadtteil Resthof; Baureifmachung für Landesförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hochbau, vom 26. 4. 2000 wird der Vergabe der Ziv. Technikerleistungen für den Neubau der Volksschule Resthof wie folgt zugestimmt:

Architektenhonorar:

Arch. DI. Körner, Schärding

brutto S 1,273.332,--

Statikerleistungen: (Konstruktiver Vorentwurf bzw. konstruktiver Entwurf 25 %)

Werkraum ZT-OEG

Ziv. Technikerbüro für Bauwesen, Wien

brutto S 350.932,80

Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt gerundet S 1,625.000,-- finden bei VA-Stelle 5/211000/010100 Deckung.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1,625.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, ob jemand das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Doch, die Frau Mag. Frech.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schon? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich hätte nur eine Frage an den Herrn StR Mayrhofer und zwar diesbezüglich, wie es aussieht vom zeitlichen Ablauf her, wie das Land das jetzt sieht, wie sicher das ist, dass die Volksschule gebaut wird, dass wir die Landesförderung bekommen bzw. wann der Baustart sein wird.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die Auskunft die wir erhalten haben ist, dass eine Zuteilung der Mittel vor 2004 nicht denkbar ist. Um überhaupt in diese Prioritätenreihung hineinzukommen ist diese Baureifmachung, die wir jetzt betreiben, notwendig und wir hoffen, und sind eigentlich guten Mutes, dass wir in der nächsten Legislaturperiode effektiv die Zustimmung bekommen, das heißt, den Bau beginnen können.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Im schlimmsten Fall könnte es passieren, dass wir jetzt praktisch das Honorar ausgeben und trotzdem die Volksschule gar nicht bekommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wenn sich das Land so entscheiden würde, hätten wir nur noch die Möglichkeit, das selbst oder alleine womöglich zu finanzieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist aber unwahrscheinlich.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ist das ausreichend beantwortet?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben dort einen Stadtteil mit 6000 Leuten und auf die Dauer keine Schule hinbauen, das kann ich mir nicht vorstellen. Also wird dort eine Schule kommen und es wird kein hinausgeschmissenes Geld sein.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem

Kollegen Mayrhofer. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Spanring.

BE: STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um die Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

Ich stelle folgenden Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

12) Fin-39/2000

Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 17.3.2000 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuungsaufgaben für das Rechnungsjahr 2000 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von insgesamt S 400.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 400.000,-- (vierhunderttausend)

bei der VA-Stelle 1/094000/757000 freigegeben.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung für diese Mittel.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im zweiten Antrag geht es um den Endausbau des Jugend-Kulturhauses Steyr, um die Fertigstellung dieses Hauses. Dazu gibt es folgenden Amtsbericht:

Der Trägerverein für das Jugend-Kulturhaus Steyr, vertreten durch dessen Obmann Herrn Mike Glück, Gaswerksgasse 2, 4400 Steyr, hat bei der Stadt Steyr um weitere Förderung für die Fertigstellung des Endausbaues des Jugend-Kulturhauses angesucht.

Die Fachabteilung Kulturangelegenheiten schlägt vor, dem Trägerverein für diesen Zweck eine Förderung in der im Budget 2000 vorgesehenen Höhe von S 500.000,-- angedeihen zu lassen.

Im StS wurde eine Kostenaufstellung für diese S 500.000,-- gefordert, die schlussendlich vom Kulturhaus Röder geschickt und dem Akt auch beigelegt wurde. Ich möchte diese Kostenaufstellung dem hohen Gemeinderat zur Kenntnis bringen.

Bereits bezahlt:

Heizungen, Installation und Service

S 95.000,--

Kopierer:

S 17.000,--

Diverses:

Reparaturen und Farben

S 24.300,--

Zwischensumme:

S 136.300,--

Geplante Investitionen in der Metall und Kunsthandwerkstätte:

Eine Grundadaption in der Höhe von S 20.000,--

Für Werkzeuge und Betriebsmittel: S 35.000,--

Zwischensumme:

S 55.000,--

Der Endausbau im Mehrzwecksaal ohne Heizung:

S 165.000,--

Innenausbau, das sind Strom, Möbel ect.:

S 130.000,--

Technik, Internet:

S 100.000,--

Zwischensumme: S 395.000,--

Für allgemeintechnische Infrastrukturausbau ist noch ein Videoschnittplatz mit Rechner und Monitor vorgesehen:

S 150.000,--

Summe der geplanten Investitionen, mit den bereits bezahlten Investitionen:

S 736.300,--

Von diesen kommen in Abzug:

Vorgeplante Vermietung der Infrastruktur und Vermietung des Mehrzwecksaales in der Gesamthöhe von S 35.000,--, sodass schlussendlich S 701.300,-- für das Jahr 2000 notwendig sind und dafür sollten diese S 500.000,--, die wir heute zu beschließen haben, verwendet werden.

13) Jugend-Kulturhaus Steyr, Endausbau

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Kulturangelegenheiten vom 17.4.2000 wird dem Trägerverein für das Jugend-Kulturhaus Steyr, vertreten durch dessen Obmann Herrn Mike Glück, Gaswerkgasse 2, 4400 Steyr, für die Fertigstellung des Endausbaues des Jugend-Kulturhauses eine Förderung in der Höhe von

ATS 500.000,-- (fünfhunderttausend)

zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 5/259000/777000 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben im letzten Stadtsenat darüber diskutiert, weil unter diesem Antrag auf Subventionierung von S 500.000,-- ist keine Kostenaufstellung vorhanden gewesen und auch kein Finanzierungsplan. Es ist uns zugesagt worden, dass vor der Gemeinderatssitzung diese Kostenaufstellungen oder der Finanzierungsplan vorgelegt wird. Ich merke nur an, das ist nicht geschehen, weil es ist hier, jetzt während der Sitzung eingebracht worden. Ein Finanzierungsplan über die restlichen S 200.000,--, das habe ich entweder überhört, oder er ist nicht gebracht worden. Es fehlen von S 500.000,-- auf S 700.000,-- gute S 200.000,--. Das gehört dazu gesagt, das ist einfach nicht gesagt worden. Es gehört eine Finanzaufstellung wie bei jedem anderen Verein auch hier dazu. Wir haben es verlangt, es ist zugesagt worden, aber es ist nicht da. Das werfe ich vor. Ich denke auch dazu, Servicekosten, die hier bereits eingerechnet worden sind, sind keine Investitionen in den Endausbau. Da muss man sich schon über den Endausbau sehr wohl Gedanken machen, wenn das miteingerechnet wird. Das könnte man ja herrlich im Kulturausschuss besprechen. Meines Wissens nach ist das auch kein Thema im Kulturausschuss gewesen. Natürlich, dieser Antrag ist sehr lange liegen geblieben. Dieser Antrag vom Trägerverein Jugend-Kulturhaus stammte vom 17. 8. 1999. D. h., nahezu ein Jahr hat dieser Antrag gebraucht, bis er den Weg in den GR gefunden hat. Das ist auch eine Leistung. Selbst dann hat man nicht einmal die Unterlagen dazu. Nach der allgemein bekannten Tatsache über die eine verunglückte Veranstaltung im Herbst von den sogenannten ORF-Blödlern, habe ich ein sehr intensives Gespräch mit Vertretern dieses Jugend-Kulturhauses gehabt und wir haben vereinbart, dass wir vorneweg die Zusage gegeben haben, dass

wir weiter das Jugend-Kulturhaus, die finanzielle Beteiligung oder Subventionierung zustimmend zur Kenntnis nehmen und auch zustimmen. Es wurde auch so erfreut zur Kenntnis genommen. Ich hoffe es geht weiter so. Natürlich werden wir uns ganz besonders die Aktivitäten im Röder-Kulturhaus ansehen. Ich bin deshalb auch schon gespannt, und ich hoffe, dass ich Zeit habe, am 12. Mai 2000, eine Veranstaltung zu besuchen, wo unter anderem als Veranstalter, „Jetzt erst Recht, kein Pakt mit dem Rassismus“, stattfindet. Das ist eine Lesung und wird sicherlich eine sehr spannende Geschichte, weil ich denke nicht, dass wir um unser Geld, ich unterstelle jetzt einmal gar nichts, regierungsfeindliche oder regierungsablehnende Demonstrationen finanzieren. Das kann es nicht sein. Ich hoffe, es ist nicht so. Mit Demokratie habe ich überhaupt kein Problem, nur wer mitzahlt, dann muss auch der, es heißt ja Jugend-Kulturhaus und kein Politverein, sich damit auseinandersetzen. Also, ich sehe einem sehr spannenden Abend entgegen.

Es bleibt natürlich nicht ausgespart, dass dieser Antrag äußerst mangelhaft vorbereitet ist, kein Kulturausschuss, kein Finanzierungsplan, kein tatsächlicher Investitionsplan, weil das, was gerade vorgetragen worden ist, ist nur ein Teil davon.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nein, noch nicht Kollege Lengauer, zunächst der Kollege Kupfer, er ist vor dir.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Vielleicht kann ich vor ihrer Wortmeldung ein bisschen zur Klärung der Geschichte beitragen. Ich glaube es ist sehr einfach. Wie sie ja richtig gesagt haben, ist der Antrag bereits, wie jedes Finanzierungsansuchen, im September oder im Oktober ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

August!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

... im August eingetroffen. Wir sind da immer sehr schnell, um auch in die Verhandlungen der Beamtschaft, die ja bereits im Sommer stattfinden, unsere Zahlen darzulegen. Es ist mir nicht schlüssig und nicht nachvollziehbar, warum es nicht in dem Antrag und in den StS-Unterlagen ist. Es gibt, wie jedes Jahr, eine ganz klare, große Ausgaben- und Einnahmemaufstellung des Kulturhauses wo genau diese Geschichte, die jetzt nachgereicht worden ist, bereits im August drinnen ist. Ich habe mit dem designierten Kulturamtsleiter Dr. Locicnik darüber gesprochen, wo denn das ist. Er sagt, es tut im Leid, es ist in dem Nachlass des ehemaligen oder derzeit im Krankenstand befindlichen Kulturamtsleiter irgendwo verschwunden. Die Schuld, und das muss ich ganz klarstellen, liegt nicht beim Kulturhaus oder beim Trägerverein, die haben das mit August abgeliefert und das war auch Grundlage bei den Budgetverhandlungen, dass die S 500.000,- hineingekommen sind. Die Zahlen, die wir ihnen vorgelegt haben, sind sehr schlüssig. Sie haben da irgendetwas gesagt, dass Service da nicht hineingerechnet werden kann. Ich muss noch einmal sagen, das ist die Heizung die gebaut worden ist. Und da steht ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Er hat gesagt, dass das Servicekosten sind. Das sind Betriebskosten!

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Heizung und Service!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

... Installation plus Service, da ist die Heizung erweitert worden. Das muss man natürlich da hineinrechnen. Es ist ja egal, wir haben Investitionen in diesem Jahr von S 700.000,-- vor. S 500.000,-- bekommen wir von der Stadt und S 200.000,-- werden vom Land und Bund beigesteuert. Ich freue mich auch berichten zu können, dass wir ein Gespräch mit ihnen und mit dem Kollegen Wetzl gehabt haben, wo wir ja einige Sachen geklärt haben. Bei diesem Zusammentreffen ist auch erwähnt worden, und das möchte ich hier auch einmal erwähnen, dass der eigene Wirtschaftungsgrad des Kulturhauses, im Vergleich zu anderen Kulturhäusern in Österreich, außergewöhnlich groß ist. D. h., Personalkosten ect. werden zum Großteil durch viele Veranstaltungen finanziert und diese Mittel, diese S 500.000,--, sind wirklich zum Endausbau und das wird auch heuer passieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster am Wort ist Kollege Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Nur ein paar Bemerkungen zum Vorwurf, dass der Antrag nicht durch den Kulturausschuss gegangen ist. Wir haben im vorletzten Kulturausschuss einen Beschluss gefasst, in dem wir festgestellt haben, dass wir alle Anträge, die wir im Budget beschlossen haben, nicht mehr eigens beraten, es sei denn, es gibt irgendwelche Sonderfälle und dringliche Dinge. Ansonsten wollen wir einfach, um den Geldfluss und den Kulturschaffenden das lange Warten zu ersparen, einfach die Dinge so durchgehen lassen.

Sie haben Recht, der Antrag ist im August hereingekommen, aber im Wissen des Kulturvereines der Budgetberatung und die haben auch gewusst, dass zuerst das Ansuchen kommen soll, wenn sie überhaupt im Budget berücksichtigt werden sollen. Deswegen also im August aber jetzt natürlich warten sie schon. Darum bin ich froh, dass es jetzt durchgeht. Bitte, all die Dinge, die da vorgekommen sind, mir haben sie auch nicht gefallen und es waren schreckliche Dinge, aber die wollen wir ihnen bitte nicht mehr nachtragen. Ich würde bitten, dass wir auch unsere Besuche nicht als Zensur machen, sondern dass wir dort hingehen um zuzuhören, auch kritisch zuzuhören, aber bitte nicht als Zensur. Ich bitte dem Antrag jetzt zuzustimmen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ja, es ist eh schon angesprochen worden, die Vorfälle die es damals im Jugend-Kulturhaus gegeben hat. Ich denke mir, den einen Schluss möchte ich nicht daraus ziehen, dass man sagt, es wird nur dann gefördert, wenn das Ganze regierungsfreundlich ist, weil ich glaube, Kultur lebt davon, dass sie kontroversiell ist. Wo es für mich allerdings aufhört ist dann, wie es eben in dieser Zeitung passiert ist, wenn man öffentlich zu Gewalt aufruft und wirklich zu Dingen, die schon den strafrechtlichen Tatbestand erfüllen. Diesbezüglich hätte ich eine Frage, Kollege Lengauer, vom Kulturausschuss her. Ich kann mich erinnern, es hat eben damals, angeregt durch den Dr. Pfeil, diese Diskussion im Kulturausschuss gegeben, dass gewisse Bedingungen erfüllt sein müssen, damit diese Subvention ausgezahlt wird.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Da habe ich einen Anruf vom Dr. Pfeil bekommen, dass die Bedingungen erfüllt wurden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich kann mich erinnern, ein Punkt der von mir eingebracht worden ist. Wir haben damals in dieser Ausgabe auch als Liberales Forum inseriert und inserieren auch nicht unbedingt gerne in einem Organ, das zugleich zu Gewalt und strafrechtlichen Tatbeständen aufruft. Meine Bitte war wirklich auch an den Kulturverein, und das ist auch so protokolliert worden, dass auch bei den Inserenten eine Klarstellung erfolgt, dass das nicht die Meinung des Kulturhauses ist. Nur muss ich leider sagen, es ist bis heute nicht erfolgt, weil wir haben inseriert und ich habe natürlich nicht versucht jetzt da politisch zu intervenieren und anzurufen, bitte distanziert euch, sondern ich bin davon ausgegangen, das ist im Kulturausschuss so festgelegt worden, es hat dann sicher ein Schreiben an das Kulturhaus gegeben und es tut mir Leid, dass diese Distanzierung nicht stattgefunden hat.

Ich werde selbstverständlich trotzdem die Zustimmung erteilen, nur muss ich sagen, gefallen tut es mir nicht besonders, weil ich glaube von diesen Dingen sollte man sich schon distanzieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ganz kurz. Kollegin Frech, was ich jetzt gerade gehört habe, hat der Kulturverein Ypsilon und auch

andere, insgesamt etwa 1.500 Entschuldigungen hinausgeschickt. Möglicherweise ist sie bei diesen 1.500 irgendwo untergegangen, ich kann es jetzt nicht sagen, aber grundsätzlich gibt es solche Entschuldigungsschreiben und es wird sicherlich nicht anstehen, wenn es wirklich noch ist, dass auch das LIF von denen das schriftlich bekommt. Betreffend Kulturausschuss. Grundsätzlich ist es richtig, dass es im Kulturausschuss behandelt gehört, nur war es in diesem Fall so, dass vor diesem Schreiben, das von Mike Glück voriges Jahr gerichtet wurde, eine Versammlung unter der Führung vom Herrn Bürgermeister im Jugend-Kulturhaus war, wo die ganzen Pläne der Jugendlichen durchgegangen wurden und aufgrund dieser Begehung von allen Fraktionen schlussendlich dann diese Endförderung auch abgesprochen wurde und eben dann im Budget seinen Niederschlag fand.

Betreffend der Überprüfung ist noch eines zu sagen, dass logischerweise, so wie bei allen anderen Förderungen auch, diese S 500.000,-- nicht einfach ins Planke hinaus ausgegeben werden, sondern dass das Jugendhaus das mit den entsprechenden Rechnungen zu belegen hat, wie diese Subventionssumme dann Verwendung findet.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Nr. 14) bitte

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Reparatur einer Dampflokomotive. Der Antrag lautet:

14) Fin-69/2000

ÖGEG - Österreichische Gesellschaft für Eisenbahngeschichte; Steyrtal-Museumsbahn; ReparaturDampflok „Stadt Steyr“; Förderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Kulturangelegenheiten vom 17. 4. 2000 wird der ÖGEG - Österreichische Gesellschaft für Eisenbahngeschichte, Steyrtal-Museumsbahn, vertreten durch Herrn Karl Mader, Marsstraße 36, 4400 Steyr, für die Reparatur der Dampflok „Stadt Steyr“ eine Subvention in der Höhe von

ATS 1.150.000,--

(einmillioneinhundertfünfzigtausend)

zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 5/771000/777000 freigegeben.

Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung für diese Subvention.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe nur eine Frage Herr Kollege Spanring. Es ist auch davon gesprochen worden, dass das Land und die Anrainergemeinden Zuschüsse leisten. Im Amtsbericht steht nichts darüber. Könnten sie uns vielleicht sagen, was das Land und die Anrainergemeinden dazuzahlen. Das würde mich interessieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann dazu sagen, dass ich allen Bürgermeistern, die Anrainer an dieser Bahnstrecke sind, damals schon, im vergangenen Jahr, als das Problem aufgetaucht ist, einen Brief geschrieben habe und sie gebeten habe, mitzufinanzieren und gemeinsam mit dem Land und diese Anrainergemeinden die andere Hälfte dieses Betrages aufzubringen. Ich habe auch mit dem LH-Stv. Leitl damals schon das Gespräch geführt, der mir grundsätzlich eine wohlwollende Haltung zugesagt hat. Ich gehe also davon aus, dass das Geld auf die Welt kommt. Schnell geht es nicht. Die Sierninger haben S 50.000,- locker gemacht, das ist mir bekannt. Steinbacher hat hier auch eine größere Förderung ins Auge gefasst, ein paar andere ziehen sich.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ich werde schauen, dass man das aushebt und beim nächsten Kulturausschuss legen wir das vor.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es hat mir nur interessiert, weil in den Akten steht das drinnen, Schriftverkehr.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ja, das ist richtig, es steht nicht drinnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Der MGV Sangerlust veranstaltet eine Belgien-Chorreise in der Zeit vom 31.5. bis 4.6. und dazu soll eine Subvention in der Höh€ von S 20.000,-- geleistet werden.

15) Fin-59/2000

Steyrer MGV Sangerlust; Belgien Chorreise, außerordentliche Subvention 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 11.4.2000 wird dem Steyrer MGV Sangerlust, vertreten durch dessen Obmann OSR Günter Fatka, Goldbacherstrae 64, 4400 Steyr, für die Belgien-Chorreise vom 31.5. bis 4.6.2000 eine a. o. Subvention in der Höh€ von

ATS 20.000,--

(Schilling zwanzigtausend)

zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA 1/322000/757000 freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine **Kreditubertragung von der VA 1/300000/757000 auf die VA 1/322000/757000** bewilligt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die MGV Sangerlust hätte sich eine bessere Bewertung verdient als mit S 20.000,--, gerade als Botschafter in Zeiten wie diesen, in Belgien aufzutreten, da gehört Mut dazu und auch Überzeugungskraft. Grundsätzlich muss man schon aber auch etwas anders dazu sagen. Wir haben heute einen Antrag wegen S 20.000,- im GR. Wenn man das hinterfragt, warum das so ist, weil es sich um eine Kreditubertragung handelt. D. h., wir haben bereits Anfang Mai das Kulturbudget weitestgehend erschöpft, dass wir hier wegen S 20.000,-- eine Kreditubertragung machen müssen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Notwendigerweise, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ist das nicht so. Das kann so sein, dass auf diesem Konto zuwenig Geld ist, es muss aber nicht so sein. Es kann auch sein, dass die für ihren Ausflug zu einem Zeitpunkt angesucht haben, wo das im Budget nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Wenn wir das jetzt natürlich nicht separat dort drinnen haben, ist möglicherweise eine Kreditubertragung eben die Möglichkeit, wie man das dennoch darstellt. Ich gehe davon aus, ohne dass ich das jetzt weiß, dass das so ähnlich der Fall gewesen ist. Einfach so zu sagen, die Stadt

ist im Mai pleite, das haben wir schon einmal gehabt, aber da haben sie einen Schütter erlebt.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber wenn wir es jetzt haben, das Kulturbudget ist Anfang Mai nicht mehr imstande S 20.000,-- frei zu vergeben, dann ist das schon ein Problem, glaube ich. Weil wenn alles determiniert ist bis zum letzten Schilling, dann brauchen wir uns eh nicht mehr zusammensetzen.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Das ist im Sozialbereich nichts anderes.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann kassieren wir nur und bleiben Daheim. So sieht es aus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na gut, fragen wir den Referenten, was er in seinem Schlusswort dazu äußert, oder gibt es noch andere Wortmeldungen?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das Ansuchen des Steyrer MGV Sängerkunst, und ich nehme nicht an, dass zu dem Zeitpunkt erst die Reise geplant war, war am 13. März 2000, wo kaum mehr die Möglichkeit war, eine Summe von S 40.000,-- ins Budget einzubringen, wo das ja bekanntlich im Herbst des Vorjahres ausgehandelt wurde. Das ist das ein. Das andere ist, es ist sicherlich ein gewisses Problem aus der weiten Vergangenheit des Kulturbudgets, dass diese Voranschlagsstellen keine gegenseitige Deckungsfähigkeit besitzen, wo wir uns noch in Diskussionen mit dem Herrn Finanzdirektor befinden und auch in Zukunft noch befinden werden, um da zu einer entsprechenden Lösung zu kommen. Aber das Kulturbudget, grundsätzlich in seiner Gesamtheit, ist nicht am Ende oder auf Null. Das möchte ich da schon festgestellt haben, sondern es gibt die eine oder andere Voranschlagsstelle, wo es eben aufgrund solcher Gegebenheiten schon ein bisschen eng ist. Aber wie gesagt, am 13. März 2000 hat der MGV Sängerkunst angesucht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Verstehen sie mich, Herr Dr. Pfeil? Eigentlich möchte ich sagen, dass der Finanzverantwortliche Mag. Lemmerer offenbar Erfahrungen gemacht hat, dass im Kulturausschuss in der Begeisterung

manchmal der Sinn für das Finanzielle ein bisschen verloren geht und daher hat er diese Deckungsfähigkeit nicht gemacht. Nicht wahr? Weil wenn ihr ein paar Mal beieinander sitzt wird jedes Projekt teurer, deutlich, weil da kommen viele neue Ideen und zum Schluss ist das ein bisschen teurer. Nachdem das bei jedem Projekt so ist, man sage mir eines, was billiger geworden ist, muss man da ein bisschen aufpassen.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Lengauer

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meinst du, dass ich zu großzügig bin?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist eh in Ordnung, ich bin ja auch für die Kultur. So, es ist abgehandelt, wir stimmen darüber ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Gibt es gegenteilige Meinungen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung gibt es auch nicht, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Bestellung einer Kommission und deren Ersatzmitglieder, entsprechend des OÖ Gemeindebediensteten-Schutzgesetzes.

16) Präs-115/2000

OÖ Gemeindebediensteten Schutzgesetz; Bestellung einer Kommission und deren Ersatzmitglieder.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Personalverwaltung vom 11. April 2000 werden folgende Personen auf die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates als Mitglieder der Kommission gem. § 51 OÖ Gemeindebediensteten-Schutzgesetz 1999, LGBl. Nr. 15/200 bestellt:

Funktionen

ein Vertreter der Gewerkschaft der Gem. Bediensteten, Landesgr. OÖ (gem. § 51 (2) Z. 2)

Mitglied

Mag. Schuster Erwin

Ersatzmitglied

AR Buchner Kurt

Funktionen

zwei Vertreter des Dienstgebers (gem. § 51 (2) Z. 3)

Mitglied

TAR Ing. Hingerl Franz-Michael, AR Aigner Gerhard

Ersatzmitglied

Höllinger Markus; OAR Greinöcker Hans

Funktionen

ein Mitglied der PV der jeweiligen Statutarstadt (gem. § 51 (2) Z. 4)

Mitglied

Vollenhofer Günther

Ersatzmitglied

Ecker Josef

Funktionen

Ein Mitglied mit abgeschl. Studium der Technik oder der Naturwissenschaften (gem. § 51 (2) Z. 5)

Mitglied

DI Schönfelder Wilfried

Ersatzmitglied

DI Kremsmayr Alfred

Funktionen

ein Arbeitsmediziner (gem. § 51 (2) Z. 6)

Mitglied

Dr. Nones Reinhard

Ersatzmitglied

Dr. Gmainer

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Gibt es eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 17) bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In diesem Antrag geht es um den Abschluss einer Betriebsvereinbarung betreffend Altersteilzeitgeld gem. §§ 27 und 28 Arbeitslosenversicherungsgesetz.

17) Präs-166/2000

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977; Abschluss einer Betriebsvereinbarung betreffend Altersteilzeitgeld gem. §§ 27 und 28 Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Der Gemeinderat möge beschließen.

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Personalverwaltung vom 14. April 2000 wird dem Abschluss einer Betriebsvereinbarung mit der Personalvertretung beim Magistrat Steyr betreffend der Inanspruchnahme einer Altersteilzeit im Ausmaß bis zu fünf Jahren im Sinne der §§ 27 und 28 Arbeitslosenversicherungsgesetzes zugestimmt.

Die FA für Personalverwaltung wird beauftragt, die Einzelvereinbarungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Wege des Personalbeirates an das zuständige Organ gem. § 1 Zi. 6 der Verordnung über die Übertragung von Angelegenheiten aus der kollegialen Zuständigkeit des Stadtsenates auf das gem. § 32 Abs. 6 StS 1992 zuständige Mitglied des Stadtsenates zur Genehmigung vorzulegen. (Beilage)

Wobei ich hier noch eines gleich sagen möchte, nachdem die Kollegin Koppensteiner im Personalbeirat gefragt hat, wie das ist, wenn sich die Termine der Pensionierungen ändern, dann werden diese 5 Jahre auf 6 ½ Jahre erweitert.

PÄSIDIALDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Voraussichtlich!

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Voraussichtlich, ja, um diese Frage schon vorweg zu beantworten.

Ich ersuche um Zustimmung und Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Dieser Antrag steht zur Debatte. Wird das Wort gewünscht? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Vertreter der Presse. Ich habe es schon öfters angesprochen, der Personalbeirat ist das einzige gemeinderätliche Gremium wo die Opposition ausgeschlossen ist, sprich, wo weder das Liberale Forum noch ...

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Es gibt keine Opposition!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Dann einigen wir uns darauf, wenn du jetzt bettnässerisch wirst Stephan, dann einigen wir uns ...

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Das bist sonst immer du, lass es jetzt einmal mich sein.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... ganz einfach darauf, dass zwei Fraktionen zwar in allen gemeinderätlichen Ausschüssen vertreten sein dürfen, nur nicht in einem und das ist der Personalbeirat, das sind die Grünen und das LIF. Das sind jene, die nicht in der Stadtregierung sitzen. Das ist so.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es entsteht der Eindruck, dass das der böse Wille von irgendwelchen amtierenden Gemeindefunktionären ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das steht im Gesetz so drinnen, lassen sie mich ausreden, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das hätten sie ja nicht dazu gesagt, wenn ich sie nicht aufmerksam gemacht hätte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, nein, so ist es nicht. Es ist kein Vorwurf, es ist ein Faktum. Wenn das aber so ist, dass ich überhaupt keinen Zugang habe zu allen Dingen die mit Personalangelegenheiten im Rathaus zu tun haben, dann frage ich mich, warum ich auf der anderen Seite eine Betriebsvereinbarung mitbeschließen soll, wo ich in der gesamten Vorberatung nicht dabei sein habe können, wo ich mir die Informationen nicht besorgen kann, dann sage ich, warum wollen wir da unbedingt meine Mitstimmung haben. Wenn das der Personalbeirat entscheidet, dann soll der das Gremium sein der das durchsetzt und die Betriebsvereinbarung macht, oder von mir aus der Stadtsenat, aber ich sehe eigentlich nicht ein, dass ich da dann auf einmal mitstimmen darf, aber von der gesamten Informationspolitik bin ich ausgeschlossen. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, ich denke mir, diese Altersteilzeit, ich will gar nicht näher darauf eingehen, weil es eine Nationalratsangelegenheit ist, nur eines ist schon für mich sehr interessant. Es klingt auf den ersten Blick wunderbar. Sie arbeiten 50 % weniger und können trotzdem zwischen 75 und 100 % ihres bisherigen Bezuges in Anspruch nehmen. Die Differenz bezahlt das AMS. D. h., für uns als Gemeinde ist das sogar etwas, wo wir wahrscheinlich Personalkosten sparen werden, weil eine jüngere Kraft billiger ist als eine ältere Kraft und die Differenz das AMS zahlt. Nur, das Geld, wie es der Herr Bürgermeister auch immer sagt, hat kein Mascherl, im Endeffekt wird der Steuerzahler damit zur Kasse gebeten. Aber wie gesagt, das ist da eigentlich gar nicht das wirklich Thema, sondern ich will da gar nicht mitstimmen, wenn ich auch sonst von Personalangelegenheiten ausgeschlossen bin.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Es ist ganz einfach so, dass es eine gesetzliche Vorgabe gibt, dass so eine Betriebsvereinbarung für die Gemeinden vom Gemeinderat zu beschließen ist. Das ist einfach so und daher liegt dieser Antrag zur Abschließung einer Betriebsvereinbarung heute dem Gemeinderat vor und sollte beschlossen werden. Ich denke an sich, dass durchaus auch diese Altersteilzeit auch für das Personalbudget der Stadt Steyr Einsparungsmöglichkeiten beinhaltet. Das ist so. Wir wären dumm, diese Einsparungsmöglichkeiten nicht in Anspruch zu nehmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das war das Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. (SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL). Danke. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Eine Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen worden.

Die ordentliche Tagesordnung ist zunächst erschöpft, aber es ist der Dringlichkeitsantrag zu behandeln. Ich gehe einmal davon aus, dass der Herr Dr. Pfeil uns das näher bringen möchte, was da beantragt wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie eingangs bereits erwähnt geht es um die Auflösung des Vertrages zwischen dem Werbering und der Stadt Steyr. Ich habe die Begründung relativ exakt und kurz angeführt, ich möchte sie ihnen nur nochmals zur Kenntnis bringen, dass der bestehende Vertrag, aufgrund einer Weisung der Magistratsdirektion, von der damaligen Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung dem Gemeinderat vorgelegt worden ist.

Andere Mitbewerber - obwohl sie größtenteils ein besseres Angebot erstellt haben - sind damals unter nicht nachvollziehbaren Begründungen ausgeschieden.

Entgegen dem erklärten Wunsch der Stadt, und da komme ich jetzt auf das Sachliche, da gibt es ja gemeinsame Vereinbarungen, dass Brücken und besondere Plätze in Steyr, im Stadtgebiet, von Werbetafeln verschont und freigehalten werden sollen, hat das nach kurzen Jahren aber dennoch Platz gegriffen. Man braucht sich ja nur die Brücken ansehen, dass jetzt Werbetafeln auch auf Brücken installiert sind.

Ungeklärt und auch extrem unterschiedlich gehandhabt werden aber auch die Werberechte auf Landes- und Bundesstraßen und bzw. die für Werbeflächen sehr attraktiv gestalteten Überführungen im Stadtgebiet.

Im Vertragstext sind für die zu verrechnenden Gebühren keine Beträge angegeben. Keine Beträge. Es werden daher von den Gewerbetreibenden, wenn sie nun drangehen eine Werbetafel auf einen Lichtmasten aufzumontieren oder aufzumontieren lassen, utopische Summen verlangt. So wird z. B. für eine Werbetafel von einer Firma pro Monat S 600,- verlangt, nur dass der Geschäftsinhaber auf eigene Kosten eine Tafel machen lässt, die Tafel aufbringen lässt, und dann wird ihm eine Rechnung vom Werbering, für eine beidseitige Tafel, von S 600,- pro Monat vorgeschrieben. Ohne jede Gegenleistung. Das ist der springende Punkt. Diese Freunde schreiben nur eine Rechnung und sonst nichts. Das ist schon in diesem Zusammenhang sehr, sehr merkwürdig, dass eine Firma, die ja bekannter Maßen der SPÖ sehr nahe steht, derartig günstige Bedingungen bekommt. Wir haben aber damals eine ganz klare Regelung auch für die Kündigung hineingenommen und diese Möglichkeit haben wir jetzt.

Ich bringe ihnen nun den Antrag in Gänze zur Kenntnis.

DRINGLICHKEITSANTRAG

zur Sitzung des Gemeinderates am 11. Mai 2000 gemäß § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der zwischen der Stadt Steyr und der Gutenberg-Werbering Gesellschaft m.b.H., 4040 Linz, Wischerstraße 2, bestehende Vertrag über Plakatierung und Werbung auf Gemeindegrund in Steyr wird per 30. 6. 2000 gekündigt. Unter Einrechnung der sechsmonatigen Kündigungsfrist endet der Vertrag mit 31. 12. 2000.

Eine Kündigung des Vertrages ist auch im Hinblick auf eventuelle Neuverhandlungen erforderlich.

Nachdem sich gezeigt hat, dass die Einnahmen seitens der Stadt Steyr über ATS 250.000,-- pro Jahr liegen, ist die Zuständigkeit des Gemeinderates gegeben. Die Sitzung ist die letzte vor Ende Juni, so ist hiermit die Dringlichkeit gegeben.

Alles andere ist gesagt. Ich ersuche um Debatte bzw. um positive Beschlussfassung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir beginnen zunächst mit der Debatte. Kollege Bremm hat sich als 1. zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich werde es auch relativ kurz machen. Ich glaube, irgendwo war es eigentlich zu erwarten, dass nach dem Ablauf dieses Vertrages die Debatte wieder beginnt, weil wenn wir uns zurückerinnern war diese Vereinbarung, dieser Abschluss, auch hier im Gemeinderat heiß diskutiert. Eines möchte ich dazu schon sagen, es gehört auch ein bisschen zum demokratiepolitischen Verständnis, wenn eine Mehrheit etwas beschließt, dann ist es so. Wir haben heute schon einmal eine Debatte gehabt, bei einem anderen Antrag, wo man auch eine Mehrheitsentscheidung einfach nicht zur Kenntnis nehmen will und versucht dann jede Gelegenheit das wieder umzudrehen. Ob das eine gute Entwicklung ist, das möchte ich wirklich in Frage stellen. In Wirklichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es uns gelungen, mit diesem Vertrag, mit dem Werbering zwei Dinge zu regeln. Der eine Punkt mit dem Wartehäuschen bei unserem öffentlichen Verkehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Das ist ein spezieller Vertrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Für die Debatte schon.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das hat mit diesem Vertrag nichts zu tun. Die Wartehäuschen werden wir extra diskutieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber mein lieber Herr Dr. Pfeil, wenn sie sogar GSS mit Vorwärts diskutieren, ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... werden wir ja doch die Werberingverträge miteinander bereden können, noch dazu wo sie sich da so hervorgetan haben.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Wenn jeder in der Debatte immer genau auf Punkt und Beistrich hinweisen würde, was überall genau dazu gehört, dann würden wir eigene Teilnehmer brauchen, die auf das aufpassen. Ich meine, man kann ja das eh sehr genau nehmen. Ich kann ja bei dem einen Punkt bleiben. Ich glaube, dass es hier auch gelingt, mit diesem Werbevertrag den wir hier haben, eine gewisse Ordnung in der Beschilderung, in der Werbetafelauflistung in der Stadt, hineinzubringen.

Wenn sie hier beklagen, dass es sehr teuer ist, dann müssten wir ja als Stadt zwei Seelen in einer Brust haben. Auf der einen Seite muss man sagen wollen wir ja, und auch diese Diskussion haben wir geführt, so wenig Werbetafeln wie möglich haben, auf der anderen Seite sagen wir aber, es ist zu teuer, es sollte billiger werden, dass noch mehr diese Möglichkeit nützen um noch mehr Tafeln aufzustellen. Ich glaube, hier kommen wir selbst ein bisschen in Widerspruch. Auf der anderen Seite muss man natürlich auch sagen, dass wir mit diesem Vertrag, den wir abgeschlossen haben, seit dem Jahr 1994 über 2 ½ Millionen Schilling eingenommen haben. Also, es war wirtschaftlich für die Stadt nicht ganz uninteressant den Vertrag zu haben, weil wie wir den Vertrag nicht gehabt haben, ist ein Wildwuchs gewesen und die Tafeln sind einfach aufgehängt worden und man hat sich relativ wenig darum gekümmert, ob hier Abgaben bezahlt werden oder nicht.

Ich glaube, dass wir keinen Anlass haben, dass der Werbering ein fairer Vertragspartner gewesen ist, dass es keine Beanstandungen gegeben hat, dass wir eine anständige Abrechnung gehabt haben, dass wir aus diesem Werbevertrag aussteigen. Wir werden auch als Sozialdemokraten diesem Antrag von der F keine Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Und zur Gegenleistung sagen sie nichts, was die leisten dafür.

STADTRAT GERHARD BREMM:

2,6 Millionen Schilling haben wir bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was haben die dafür gemacht?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Weil es der Kollege StR Bremm angesprochen hat, dieser Wildwuchs der Werbetafeln, an das können wir uns noch sehr gut erinnern, der ist aber, soweit ich das weiß, erst seit 1 ½ Jahren eingestellt worden. Da sind unsere Beamten durch die Stadt gelaufen und haben sich angesehen, wer da aller und wie oft auf sich hinweist. Also, wenn wir seit 1994 den Vertrag mit dem Werbering haben und seit den letzten 1 ½ Jahren haben wir diesen Wildwuchs bereinigt, dann denke ich mir, es ist auch ein bisschen eine Zeit, wo wir ins Blaue geschaut haben.

Um zurückzukommen auf diesen Antrag, ich denke mir, was immer verhängnisvoll ist, und das haben wir auch bei den Kreditkonditionen vor 4 oder 5 Jahren gesehen, wie wir das Budget verhandelt haben, sind diese Automatismen diverser Verträge. Also, es kann doch nicht so sein, dass, auch wenn man zufrieden ist, aber das heißt noch lange nicht, dass man nicht noch bessere Konditionen für die Stadt erreicht, sich ein Vertrag, der sich schon über 6 Jahre bewegt, einfach fortgesetzt wird, ohne dass darüber die Möglichkeit besteht im Finanz- und Rechtsausschuss zu sprechen, ohne dass die Möglichkeit darüber besteht im GR zu sprechen. Wenn nicht einer hier in diesen Reihen draufkommt, dass dieser Vertrag so mir nichts dir nichts unter Umständen weiterläuft, wenn man ihn nicht rechtzeitig kündigt, dann ist das schon eine Vorgangsweise, wo ich mir zumindest denke, da sollten sich schon einige Leute Gedanken machen um für die Stadt, und ich sehe das durchaus positiv, vielleicht noch etwas mehr herauszuholen, nachdem ja, wie man hört, das gemeinsame Übereinkommen ja eh sehr, sehr positiv ist und Werbering, wenn er schon gute Geschäfte in Steyr macht, auch unter Umständen zu dem einen oder anderen Punkt der Stadt vielleicht entgegenkommen könnte. Nur eines möchte ich nicht. Bitte keine Automatismen und so tun, als wie wenn alles eitel Wonne wäre und vor allen Dingen, nicht einmal darüber in irgendeinem Ausschuss sprechen. Das kann nicht so sein.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Der ein Punkt ist, da gebe ich dem Kollegen Apfelthaler absolut Recht, dass man über diesen Vertrag sicherlich im Finanz- und Rechtsausschuss diskutieren hätte sollen bzw. wenn die freiheitliche GR-Fraktion hier eine Auflösung möchte, dass sie das im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss kund tut. Ich denke mir, das per Dringlichkeitsantrag zu machen ist die denkbar ungünstigste Form. Es war eh erst vor kurzem ein Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss und da hätte man das, denke ich mir, einbringen können, weil die Kündigungsfristen kennt man ja, die stehen ja im Vertrag

ganz genau drinnen. Wenn ihnen das aufgefallen ist, dann würde ich sie bitten, in Zukunft das wirklich im gemeinderätlichen Gremium, sprich im Ausschuss, zu behandeln.

Ich kann nur soviel dazu sagen, ich habe diesen Vertrag nicht einmal gekannt, ich habe ihn bis heute nicht in Händen gehalten, weil der einfach vor meiner Zeit ist, der ist aus dem Jahre 1994, und im Nachhinein bekommt man diese Verträge ja im Regelfall nur schwer zu Gesicht, wenn sie nicht auf der Tagesordnung einer Sitzung sind. Ich habe ihn jetzt dankenswerterweise vom Herrn Magistratsdirektor schnell bekommen und ihn mir durchgelesen. Eines muss ich sagen, es ist schon sehr eigenartig, und da haben sie scheinbar damals alle mitgestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber wirklich nicht, nein.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Oder viele, ich weiß es nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

SPÖ-Alleingang!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Alleine hätten wir das gar nicht beschließen können.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Alleine wäre das nicht gegangen. Es wäre interessant, wer damals mitgestimmt hat, weil wenn die Leute, die heute sagen, es ist eigentlich sonderbar, dass man eine Automatik einbaut, damals mitgestimmt hätten, ja, dann haben sie damals die Automatik selbst mithineingenommen. Ich darf nur eines kurz zitieren, was für mich ein Wahnsinn ist von einem privatrechtlichen Vertrag hineinzunehmen, „eine Unkündbarkeit seitens der Stadt auf die Dauer von 5 Jahren“. Also, heutzutage in einen privatrechtlichen Vertrag mit einer Werbefirma 5 Jahre hineinzunehmen als Unkündbarkeit seitens der Stadt, ist schon ziemlich arg, wenn ich zugleich hineinnehme, dass der Werbering das Recht hat, den Vertrag jederzeit aufzulösen, mit einer halbjährigen Kündigungsfrist. Wir halten fest, der Werbering kann jederzeit unter Einhaltung einer halbjährigen Kündigungsfrist den Vertrag aufheben. Durch die Stadt hingegen ist er auf 5 Jahre unkündbar. Bitte das kann es doch in einem privatrechtlichen Vertrag zwischen zwei Vertragspartnern nicht sein, dass der eine absolut schlechter aussteigt als der andere. Da frage ich mich schon, wie man so einen Vertrag im Jahre 1994 tatsächlich in diesem GR beschließen hat können und mit den Stimmen welcher Fraktionen. Das würde mich vielleicht auch noch interessieren, das lässt sich wahrscheinlich im Protokoll nachlesen.

Im Prinzip glaube ich ist es an der Zeit, nachdem der Vertrag ohnedies aus dem Jahre 1994 ist, sich diesen Vertrag genauer anzusehen. Ich würde deshalb wirklich dafür plädieren, dass man die weitere Vorgehensweise an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zuweist, um sich mit diesem Vertrag genau zu beschäftigen und dass die nächste Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusssitzung so angesetzt wird, von mir aus als kleine Sondersitzung oder kurze Sondersitzung, damit man nicht wieder die Kündigungsfrist übersieht, weil sonst gilt der Vertrag wieder zwei Jahre länger und das wollen wir ja dann auch nicht. Ich denke mir, man sollte sich den Vertrag wirklich im Detail ansehen. Eines ist schon sonderbar, der Vertragspartner hat das Recht jederzeit zu kündigen und wir haben es die ersten fünf Jahre überhaupt nicht kündigen können und jetzt auch nur alle zwei Jahre. Das ist schon sehr eigenartig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nächster am Wort ist der Kollege Hoflehner. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Herr StR Bremm, ich verkauf ihnen jetzt ein Auto, oder nicht ich, sie kaufen irgendwo ein Auto und ich möchte ihnen das deswegen so schildern, weil genau dasselbe mit einem Unternehmer passiert, der sich eine Werbetafel am Lichtmasten in Steyr anschafft. Sie müssen erstens einmal für die Anschaffung bezahlen und dann müssen sie noch S 600,- im Monat bezahlen und zwar ob sie es drei Jahre, 10 Jahre, 15 Jahre oder 20 Jahre haben, egal, sie müssen immer S 600,- im Monat zahlen. Für was eigentlich?

PÄSIDIALDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Die motorbezogene Versicherungssteuer.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Ich rede jetzt von der Tafel, die Tafel kostet überhaupt nichts, die verursacht überhaupt keine Kosten wenn sie auf so einem Masten oben hängt. Oder verursacht die irgendwelche Kosten?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Tolle Argumentation. Ich hänge auf ihr Haus jetzt eine Werbung hinauf, „Leithenmayr ist der Größte“.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Es ist ja keine Steuer, sondern das bekommt die Firma Werbering. Oder? Das ist eigentlich das, was

uns ärgert, dass die Firma Werbering soviel bekommt. Natürlich bekommt einen Teil davon auch die Stadt Steyr, aber wir meinen, dass das nicht zeitgemäß ist. Jetzt könnte man sagen, sie zahlen, so wie bei einer Computerfirma, eine Art Vertrag, dass es ein Service gibt, dass die Tafel erneuert wird usw. Aber die Firma Werbering hat da folgenden Passus drinnen: „Unschön gewordene Werbung z. B. durch Verwitterung und Beschädigung, lässt der Auftragnehmer nach Benachrichtigung des Auftraggebers auf dessen Kosten umgehend in Ordnung bringen. Das Risiko bei Beschädigung durch höhere Gewalt, Sturm z. B., und unbekannte Dritte trägt der Auftraggeber alleine.“ D. h., wenn die Tafel kaputt wird, müssen sie die Tafel erst recht wieder zahlen. Was noch dazu kommt: „Bei Beendigung des Auftrages, unabhängig davon wie es dazu kam, hat der Auftragnehmer das Recht, den ursprünglichen Zustand bei den gemieteten und beanspruchten, weil zur Durchführung der Werbung bei notwendigen Objekten auf Kosten des Auftraggebers entweder selbst herstellen oder herstellen lassen.“ D. h., wenn die Tafel irgendein Loch hat oder der Lichtmasten ein Loch hat, muss ich das auch noch bezahlen. Jetzt frage ich mich wirklich, für was bezahlt der Unternehmer S 600,- im Monat. Für was zahlt er das? Das möchte ich bitte wissen. Ich meine, dass das ein Monopol ist, ein Monopol zugunsten der Firma Werbering und in Zeiten wie diesen passen eigentlich Monopole nicht mehr in unser Land.

Ich glaube, dass das neu verhandelt gehört und dass da einige Fragen offen sind: „Warum zahlt der Unternehmer so viel? Wofür zahlt er es überhaupt? Warum verhandelt man diese Sachen nicht neu?“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte den Vorsitz kurz abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren. Es ist eine merkwürdige Diskussion. Ich erinnere mich nicht, dass irgendwo einmal die Werbefirma, es sei denn mit zusätzlichem Auftrag, eine Werbetafel irgendwo gestaltet, herstellen hat lassen usw., sondern es geht um die Werbefläche. Immer muss der Auftraggeber sein Werbematerial sozusagen beistellen. Das ist vollkommen klar. Nehmen wir z. B. diese ganze Werbeaktivitäten auf den Sportplätzen. Da bezahlen sie für den m2 und Jahr Preise, bei der Vorwärts, ich weiß nicht wie viel tausende Schilling. Natürlich muss derjenige, der diese tausende Schilling zahlt, für 10 Meter z. B., ein Malerbetrieb oder der Betrieb, der diese Tafel anfertigt, beauftragen, die Tafel herzustellen oder die Malerei auf dieser Bande, bei der Bandenwerbung, vorzunehmen. Das ist ganz normal und es ist üblich. Es wird geredet von horrenden Preisen, welche die armen Unternehmer zahlen müssen. Ich muss ihnen ganz einfach und schlicht sagen, dass dieser Betrag, der hierfür genommen wird, im Mittelfeld in der österreichischen Branche der Werbung liegt. Dass der Werbering das so tut, ist durchaus in unserem Interesse, weil wir nämlich 60 % davon bekommen und weil wir selbst das nicht machen können, weil wir kein Werbeamt sind und weil wir das sowieso nicht können, weil Private können ja alles besser, ist immer schon eine Werbefirma beauftragt worden, solche Werbeflächen für die Stadt zu verkaufen. So logisch ist das. Aber für euch nicht, obwohl ihr ununterbrochen fürs Privatisieren seid. Wir haben also 2 1/2 Millionen Schilling, in dem Zeitraum 1994 bis jetzt, aus diesem Titel an Einnahmen erzielt. Das hätte man möglicherweise auch mit einer anderen Werbefirma erzielt, weil in dieser

Größenordnung würde sich das abspielen. Wenn wir euren Intentionen nachgehen, dann muss das ja für die Unternehmer billiger werden und 60 % von Weniger wird weniger. Das ist auch logisch. Jetzt frage ich mich: „Mit was für einem Gewand sitzt ihr da herinnen? Als Gemeinderäte oder als Lobbyisten für ein paar Unternehmer, die eine Werbung in dieser Größenordnung nicht zahlen sollen?“ Obwohl ich mir mit Erstaunen ununterbrochen die Werbebudgets in den Firmen ansehe. Das sind ja hunderte Millionen Schilling, die in einer großen Firma für Werbung ausgegeben werden. Ich erinnere mich, dass z. B. einmal bei Steyr-Daimler-Puch ein Kleinaktionär gefragt hat, ob es stimmt, dass gar 20 Millionen Schilling, da ist es der Steyr-Daimler-Puch nämlich schon schlecht gegangen, für die Werbung ausgegeben wurden. Worauf der Voisard aufgestanden ist und trocken und lakonisch gesagt hat: „Mein lieber Herr, würden wir nur 20 Millionen für die Werbung ausgeben, würden wir von unserem Geschäft rein gar nichts verstehen.“ D. h., es gibt hunderte Millionen Werbebudgets, jeder der in der Wirtschaft tätig ist weiß das natürlich und dann kommt ihr her und diskutiert blauäugig über S 600,-- auf einem Lichtmasten.

Sie, Herr Hoflehner, ich habe eh gerade zuerst einen kleinen scherzhaften Zwischenruf gemacht, ich meine, der Masten gehört ja schon wem, so ist ja das nicht. Wenn ich komme und hänge auf ihr Haus eine Werbeaufschrift auf, bei der nächsten Wahl wo ich antrete, und schreibe hinauf: „Leithenmayr ist der Größte“, das schaue ich mir an, was sie mir da für ein Money abnehmen. Um S 600,-- machen sie es sicher nicht. Das ist ja ein Klacks, sogar für mich.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Herr Bürgermeister, aber die 40 % für den Werbering sind zuviel. Um das geht es.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aha, ja, aber wissen sie, diese Aufteilungsquoten sind bei allen Werbefirmen sehr, sehr ähnlich. Das können sie mir glauben. Ich habe mich mit dieser Materie ein bisschen beschäftigt. Nun kommt noch etwas recht Pikantes zum Schluss. Wenn uns der Herr Dr. Pfeil ankündigt, er wird uns mit so einem Dringlichkeitsantrag bedrohen, entweder im StS oder im GR, da wird man sich ja wohl dafür interessieren können, das ist ja üblich, nicht.

Übrigens Automatismus, weil das mehrmals gefallen ist. Auch das ist ein falscher Terminus Technikus für diesen Vorgang. Es ist auch nicht so, liebe Frau Kollegin Frech, dass wir jedes Mal, wenn irgendeine Frist in irgendeinem Vertrag beim Magistrat Steyr fällig wird, eine Wirtschaftsausschusssitzung machen können, weil da können wir eine permanente Sitzung, Tagung wie bei der UNO oder so irgendetwas machen. Sie haben anscheinend keinen Dunst davon, dass wir tausende Verträge haben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Also, das ist eine Frechheit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Tausende Verträge, dass da ununterbrochen Fristen ablaufen und dass es eine der schwierigen

Aufgabenstellungen ist, für die Privatrechtsabteilung z. B., diese Fristen auch alle im Auge zu haben. Es ist auch nicht so, dass dieser Vertrag ausläuft und jetzt ein neuer abgeschlossen wird. Es ist nur so, was ihr so merkwürdig findet und was durchaus üblich ist, dass für die ersten paar Jahre ein Kündigungsverzicht vereinbart wird und selbstverständlich kann das auch in einer einseitigen Weise sein. Es ist ja logisch, nehmen wir nur den Tagesordnungspunkt 1). Der Herr Reichenpfader wird sich das nicht vorstellen können, dass wir im nächsten Jahr, wenn er seine 60 Millionen da hineinbetoniert hat, sagen, es interessiert uns eigentlich überhaupt nicht mehr, wir wollen jetzt noch einen Parkplatz daneben, weil der gefällt uns besser und da ist die Aussicht vielleicht schöner. Logisch, dass der seine Investition absichern will. Das tut natürlich auch eine Werbefirma, die ja Investitionen tätigt. Das ist doch vollkommen klar.

Klassisch dafür ist übrigens der andere Vertrag, von dem der Herr Dr. Pfeil nicht reden will, ich denke es mir auch wieso, der ja monatelang in der Stadt diskutiert wurde, das sind nämlich die Wartehäuschen, die haben wir auch gemacht, das ist, glaube ich, noch nicht einmal so lange aus. Jedenfalls, 55 Wartehäuschen, wenn ich mich erinnere war das der Erstvertrag, es sind dann mehr geworden, weil wir mehr gebraucht haben, sind extra konstruiert worden. Unsere Stadtbildpfleger haben das vorgeschrieben, wie die aussehen müssen. Es war schwierig, diese herzustellen, dass sie zu unserem Stadtbild passen. Sie sind auch sehr schön geworden, aber sie waren am Anfang auch ein bisschen umstritten. Da haben die investieren müssen. Ich glaube, 10 oder 12, mit den zusätzlichen Häuschen werden es wahrscheinlich eher 13, 14 Millionen Schilling gewesen sein, die investiert wurden. Ich kann die Summe nicht genau sagen, aber 10 war so die Zahl, die so am Anfang gestanden ist. Wenn wer 10 Millionen investiert, ist es vollkommen klar, dass man einen Kündigungsverzicht vereinbart, sonst hat ja der seine Häuschen dort stehen und bekommt keine Einnahmen dafür. Auf dem System ist das aufgebaut. Daher ist es vollkommen klar, dass diese Vorgangsweise gewählt wird. Kündigungsverzichte machen wir laufend, beidseitig oder einseitig, wenn wir irgendwelche Verträge abschließen. D. h., wir legen nur fest, was halt festgelegt ist in diesem Vertrag, keine Kündigung vornehmen. Dann können wir kündigen und das ist jetzt der Umstand. Wir könnten kündigen, jetzt das erste Mal. Insofern hat Herr Dr. Pfeil Recht. Ich war natürlich auch der Meinung, weil er gesagt hat, das sind ja horrende Preise, und er redet von S 600,- in Wirklichkeit sind es S 372,-, wenn ich mich richtig informiert zeige, ich habe mich nämlich beim Werbering erkundigt, weil sie gesagt haben so horrend und ich möchte auch nicht haben, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

S 600,- beidseitig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... dass irgendjemand über den Tisch gezogen wird. Es gibt hier einen österreichweiten Preisvergleich und da liegen diese Preise im Mittelfeld. Das ist, glaube ich, in Ordnung.

Einen Aspekt möchte ich noch aussprechen. Ich erinnere mich, dass wiederholt hier, in diesem Gremium, debattiert wurde, dass wir diese Überflutung mit Werbematerialien, Plakatwänden und ich weiß nicht was alles, eigentlich nicht wollen und eher eine Reduzierung anstreben. Wir haben uns auch in mehreren Anläufen darum bemüht. Ich kann mich erinnern, dass unser Kollege Zagler einmal gemeint hat, es wäre ein Leichteres, als es dann wirklich war, er hat gemeint, er macht mit seiner Schule, mit HAK-Schülern, ein Projekt daraus, und stellt einmal den Ist-Zustand fest. Die Schwierigkeit ist nämlich die, ist es öffentlicher Grund, sind wir also berechtigt dort etwas zu tun, oder ist es privater Grund. Wenn das 30 cm auseinander ist, an der Grundgrenze, dann ist das mit

freiem Auge so einfach nicht feststellbar. Daher ist dieses Projekt damals gescheitert und wir haben den Anlauf später noch einmal gemacht und zwar gemeinsam mit dem Werbering und unseren Mitarbeitern. Es war eine Süffisusarbeit, das festzulegen. Jedenfalls habe ich trotzdem geglaubt, wie der Herr Dr. Pfeil das im letzten StS angesprochen hat, dass er sich Sorgen macht um das viele Geld, was da irgendeine Unternehmer zu Unrecht bezahlen müssen. Das habe ich zunächst geglaubt, daher habe ich mich näher erkundigt, so nach dem Motto: "Grabe wo du stehst", glaube ich heißt das, grabe ich natürlich ein bisschen. Ich brauche aber nicht weit graben, komme ich drauf, dass es eigentlich nicht dieses edle Motiv ist, sondern dass es eine Recht eigennützige Veranstaltung ist, was heute dazu führt, dass wir da einen Dringlichkeitsantrag auf den Tisch haben. Ich komme also drauf, dass der Herr Dr. Pfeil sich beim Werbering interessiert hat, ein Taferl, zwei Taferln eigentlich, Tierklinik, auf den Masten hinzuhängen. Die haben gesagt, selbstverständlich können sie da ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was ist da dabei?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, nein, das ist schon in Ordnung. So weit, so gut. Schreiben ihnen die, was sie da bezahlen müssen. Mir sagt der Werbering, sie verlangen S 372,--. Bei zwei Tafeln ist das natürlich mal 2, logo. Jedenfalls bezahlt der Herr Dr. Pfeil nicht. Macht einen Schriftverkehr, interessiert sich dort und da. Die machen eine Kontrolle, weil jetzt haben wir eine Ordnung, Werbering ist verpflichtet zu kontrollieren, ob die Tafeln legal hängen, stellen fest, die Tafeln dort hängen illegal. Also, der Herr Dr. Pfeil zahlt zwar nicht, kommt aber auch der Aufforderung nicht nach, die Tafeln abzumontieren. Was macht der Herr Dr. Pfeil anstelle von dem? Er stellt einen Dringlichkeitsantrag mit seiner Fraktion.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

In Wirklichkeit, Herr Dr. Pfeil, muss ich sagen, nachdem 60 % von dem, und das ist jetzt bitte, wo habe ich mir denn das aufgeschrieben, am 21. Juni 1999 haben sie ihnen diese Beträge vorgeschrieben, die da zu bezahlen sind und das ist jetzt bald ein Jahr, sie haben nicht bezahlt und 60 % davon sind sie eigentlich dem Magistrat Steyr schuldig. Es ist nicht in Ordnung, dass sie da einen Dringlichkeitsantrag stellen. Dass alle gleich behandelt werden sollen, ist aber schon in Ordnung, weil was sollen sich denn sonst die fleißigen und die tüchtigen Leute unter euch denken.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Frage stelle ich mir schon.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Daher möchte ich zum Schluss noch eines sagen, in aller Schlichtheit, Herr Dr. Pfeil. Wenn sie im Glashaus sitzen, sollten sie nicht mit Steinen werfen. Das haben sie nicht notwendig, dass sie sich immer ins Knie schießen.

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Antrag zur Geschäftsordnung. Ich stelle den Antrag auf Absetzung dieses Antrages, weil ich einfach glaube, da bekommen wir jetzt noch eine härtere Diskussion als wir sie die ersten zwei Stunden gehabt haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe mich zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, es liegen noch ein paar Wortmeldungen vor und die waren schon vorher.

Den Antrag zur Geschäftsordnung muss man gleich erledigen.

Wer für diesen Antrag zur Geschäftsordnung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine Wortmeldung pro Fraktion zum Geschäftsordnungsantrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Entschuldigung, eine Wortmeldung pro Fraktion.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zum Geschäftsordnungsantrag gibt es eine Wortmeldung pro Fraktion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich weiß es, ich bin gerade dabei. SPÖ? FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bitte sehr Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde es schade finden, wenn wir hier nicht weiterdiskutieren, weil hier sind von Seiten des Bürgermeisters derartige Unwahrheiten verbreitet worden, die ich hier heute nicht unausgeräumt stehen lassen möchte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

ÖVP?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe nichts dagegen, das zu diskutieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist schlicht und einfach unwahr, was sie gesagt haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na, dann ist es eh super, dann zeigen sie mich gleich an. Das müssen sie nämlich machen.

Ordnungsruf

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich hätte gemeint, dass bei der Wortmeldung, wenn Unwahrheiten gesagt worden sind, das ja schon hätte geklärt werden können. Ich denke, dass die Diskussion wirklich ins Uferlose führt. Wenn ich an die ersten zwei Stunden denke, meine ich einfach, wir ersparen uns sehr viel, wenn wir den Antrag absetzen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Bitte Frau Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Es mag schon sein, dass die ÖVP diesen Geschäftsordnungsantrag stellt, dass man ...

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Das war bitte nur meiner.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... oder der Kollege Lengauer als Vertreter der ÖVP, wie auch immer, weil ja dann sein könnte, dass man draufkommt, dass dieser Vertrag damals nicht im Alleingang von der SPÖ beschlossen worden ist, sondern eine gemeinsame Sache von SPÖ und ÖVP war. Ich habe mir soeben das Protokoll dazu geholt. Aber das nur dazu.

Der andere Punkt für mich ist und ich möchte mich nicht zum Anwalt derjenigen machen, die sonst die Tüchtigen und die Anständigen vertreten, aber eines möchte ich schon festhalten. Herr Bürgermeister, sie sind der Vorsitzende dieses Gemeinderates und ich würde sie ersuchen mit Vorbild voranzugehen und von solchen Wortmeldungen wie „sich ins Knie zu schießen“ oder auch in Bezug auf meine Person, „sie hätten keinen Dunst“ usw. Abstand zu nehmen und vorbildhaft zu wirken, weil das ist keine sachliche Diskussion, die dann stattfindet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das können wir uns alle miteinander vornehmen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nehmen sie sich selbst bei der Nase, sie machen andauernd solche Wortmeldungen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nur Herr Kollege Bremm, was ich noch nie getan habe ist, dass ich jemanden solche Unterstellungen mache und sage, „ein Schuss ins Knie“ oder „jemand hätte keinen Dunst“, das habe ich noch nie jemanden vorgeworfen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Diese Diskussion verstärkt meinen Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung. Wer für die Absetzung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 6 (ÖVP). Wer ist dagegen? SPÖ, FPÖ, GAL, LIF. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Also, wir werden diesen Antrag weiterbehandeln. Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es wäre besser, wenn du dir den Vorsitz behalten würdest. Wahrscheinlich wird eine zweite Wortmeldung fällig werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, wer wünscht jetzt das Wort?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe mich schon zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bitte sehr, dann erteile ich es dir.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren. Herr Bürgermeister, ich fange natürlich hinten, bei den schweren Anschuldigungen die sie getroffen haben, an. Ich sage es so wie es ist. Die Tierklinik Steyr hat ein Problem, dass sie gefunden wird. Wir haben sehr viel Kontakt mit auswärtigen Besuchern,

mit auswärtigen Patienten und in der Nacht war es in den letzten Jahren nicht nur einmal notwendig, dass sogar die Polizei angefahren worden ist und die sind bei Notfällen vorgefahren und haben das verletzte Tier gebracht. Ich denke auch, dass eine Tierklinik, die rund um die Uhr seit über 10 Jahren, im eigenen, aber auch im öffentlichen Interesse tätig ist, dass sie gefunden werden muss. Mit der Umgestaltung unseres Eingangsbereiches haben wir letztes Jahr, weil wir die Höhe nicht gewusst haben, eine Hinweistafel auf einen Lichtmasten im Juli aufgehängt. Es kam dann dieses Schreiben, dass wir S 600,-- zu bezahlen hätten. Das erschien uns einfach zu viel. Deshalb haben wir damals, Herr Bürgermeister, und da sind sie schlecht informiert, diese Tafel vom Lichtmasten abmontiert, auf unsere Kosten, sie steht seither nicht dort, wir haben das Einvernehmen mit der Landesregierung hergestellt und wir haben einen eigenen Masten aufgestellt und dort, im Einvernehmen mit der Landesstraßenbauabteilung, steht diese Tafel und die Geschichte ist erledigt.

Wenn sie hier heute verzapfen, dass wir nach wie vor auf dem Lichtmasten oben stehen, dann würde ich sie einladen, dass sie heute nicht zum Haider hinüber fahren, nicht zum FPÖ-Haider, sondern zu ihrem Haider, dass sie mit mir zur Tierklinik hinausfahren, ich zeige ihnen einmal die Tierklinik, und dann schauen wir uns an, wo die Tafel steht. Soweit dazu. Ich finde es wirklich eines Bürgermeisters unwürdig, wenn er solche Motive unterstellt. In anderen Städten, ich habe das nie in Anspruch genommen, wird selbstverständlich für die Bereitstellung einer tierärztlichen Leistung, Nachtdienst, Samstag, Sonntag, rund um die Uhr, 10 Jahre lang, Heiliger Abend oder Pfingstsonntag, eine Gebühr bezahlt. Das ist in Linz und in Wels so. Ich habe nie den Antrag gestellt, ich habe mich darüber nie beschwert. Ich denke, das gehört auch einmal honoriert und an dieser Stelle sollte das auch gesagt werden. Versuchen sie einmal irgendjemanden aus ihrem Bereich, für Samstag, Sonntag, für die Bereitschaft hier hinzustellen, dass er bereit ist, hier tätig zu werden. Ich sage es ganz offen, es war uns einfach zu teuer und darum haben wir die Tafel wieder abmontiert. Es ist dort keine Tafel auf dem ominösen Lichtmasten. Schauen sie raus, ich lade sie gerne ein.

Jetzt komme ich wieder zum Antrag zurück. Ich finde es schon sehr eigenartig, dass überhaupt keine Antwort gegeben worden ist, auf die Gegenleistung seitens des Werberinges. Damals schon war der Werbering, ich habe hier die Aufstellung, die drittbeste Lösung, was die Stadt betrifft. Ich habe es hier. D. h., es hat damals schon Firmen gegeben, die haben mehr als diese 60 % und andere Dinge mitgeboten. Natürlich ist das ein großes Geschäft, aber wenn ich Werberechte vergebe, und wir haben ja gerade die Diskussion, Vorwärts holt uns ja immer wieder ein, Rappl - Werbemillionen, natürlich wird Vorwärts oder irgendein anderer Fußballklub nicht irgendjemanden kostenlos die Werberechte geben. Na selbstverständlich nicht, aber der Werbering hat die Werberechte kostenlos und er kassiert 40 % davon, für einmal Rechnung schreiben. Sagen sie mir bitte, sie werden sich eh noch einmal zu Wort melden, ich hoffe heute auch auf eine Entschuldigung, welche Gegenleistung der Werbering für diese 40 % bietet, außer dass er eine Rechnung schreibt.

Dann, die ganze Brückengeschichte. Ich gebe ihnen Recht, wir sollten die Werbeflut reduzieren. Es war auch damals, in der Gemeinderatsdebatte, Wunsch und Wille, dass wir auch die Brücken freihalten. Auch hier ist es nicht geschehen. Ich habe auch keine Aktivitäten gesehen, vor 1 ½ Jahren, dass der Werbering diese Werbeflut eindämmen möchte, sondern die Stadt ist tätig geworden. Natürlich auch aus Eigennutz. Damals, diese Maßnahme vom Herrn Dir. Zagler, wenn es die ist, die sie meinen, wenn ich die auch meine, hat hauptsächlich die Großflächenplakate betroffen, wo es sehr schwierig ist, die Grundstückseigentümer habhaft zu machen, insbesondere Bahngründe sind da ein sehr schwieriger Bereich, die natürlich richtigerweise das Stadtbild sehr, sehr negativ beeinträchtigen. Aber Grund und Boden auf einen Lichtmasten, das weiß ich, wem der gehört und da ist es relativ einfach. D. h., man soll auch hier nicht Äpfel und Birnen verwechseln.

Mit dem Argument, es ist immer schon so gewesen, also, mit dem kann ich wirklich nichts anfangen.

Ich muss auch noch eines zu den von ihnen angesprochenen Wartehäuschen sagen, weil sie auch im Stadtsenat über Wall zitiert haben. Ich lese ihnen aus der Gemeinderatsdebatte, wo dieser Vertrag im Jahr 1994 beschlossen worden ist, etwas vor. Das ist wirklich sehr interessant und die Vergangenheit

holt ja, wenn man 2 Perioden da herinnen ist, manche wieder ein. Ich sage ihnen dann, wer das gesagt hat. Hier steht: „Wenn hier die Wartehäuschen ins Spiel gebracht werden, so möchte ich erinnern, dass wir alle damit nicht einverstanden waren und diesen Antrag eigentlich abgelehnt haben. Es wurde mit allen Mitteln versucht, hier einen guten Vorschlag, nämlich die Wallhäuser zu verhindern und die des Werberinges durchzuführen.“ Originalton ÖVP - Schloßgangl. Die Wartehäuschen waren auch damals, nachdem Wall vorgelegt hat, ein besseres Projekt als damals der Werbering vorgelegt hat, hat es im Nachhinein genau das Originalangebot von Wall kopiert, nur mit dem einen Schönheitsfehler, dass Wall fix fertige Modelle gehabt hat, sie erinnern sich an die Geschichte mit ihrem damaligen Sekretär, ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mit wem?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Mit Herrn Mag. Zineder, damals in der Zeitung über die Modelle Werbering bzw. Wall und beim Werbering hat erst die Stadt auf Kosten der Stadt, mit dem Herrn Arch. Scheuer, damals die Häuschen konstruieren müssen. Die waren fix und fertig, das war der einzige Unterschied bei diesen Anträgen. Ob sie heute etwas dazu sagen, ob sie der bestochen hätte oder nicht, wie sie im StS angedeutet haben, das kann ich nicht kommentieren, das will ich auch nicht. Aber, es ist richtig, wie die Frau Mag. Frech gesagt hat, dass dieser Antrag, für diesen schon sehr eigenartigen Antrag an einer parteinahestehenden Werbering von der ÖVP damals unterstützt worden ist. 2 Stimmenthaltungen GAL, 9 Gegenstimmen - FPÖ, Rest - SPÖ und VP dafür. Das war damals. Jedenfalls dieser Vertrag ist sicherlich zugunsten der Stadt nachzubessern, neu auszuschreiben, neu zu verhandeln. Um das geht es.

Die andere Geschichte, Herr Bürgermeister, ich erwarte von ihnen wirklich eine Entschuldigung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte zu den Wartehäuschen etwas sagen, weil ich war damals schon im Gemeinderat. Der Bauausschuss hat die Wartehäuschen besichtigt. Ich kann mich noch genau erinnern, der Baudirektor war dabei und ich bin damals mit dem Baudirektor gegangen und es hat keiner gewusst, von was für einer Firma das einzelne Wartehäuschen ist. Da waren so viele Verwechslungen. Der Gabath Walter nickt, genau so war nämlich der Ablauf. Wir haben gesagt, das gefällt uns am besten und das war aber dortmals vom Werbering und nebenbei ist das Wall gestanden. Genau so ist es dann dazu gekommen, dass wir gesagt haben, die können wir uns in der Stadt vorstellen, da waren von der Bauabteilung auch die Herren dabei, die gesagt haben, sie sagen jetzt keinen Namen, keine Firma. Wir haben mit dem Bauausschuss eine Besichtigung aller Wartehäuschen gemacht und zu dem Häuschen haben wir uns entschlossen. So war das, eigentlich ohne, dass jemand einen Namen gewusst hat. Am Anfang haben wir das auf dem Prospekt gesehen und dann haben wir es uns in Natura angesehen.

Einen Satz möchte ich eigentlich auch noch sagen. Herr Vizebürgermeister, es gibt sehr viele ehrenamtliche Mitarbeiter, auch beim Roten Kreuz, die rund um die Uhr tätig sind. Man hat halt einen Beruf, wo man für die Bevölkerung und für die Bürger der Stadt Steyr erreichbar ist. Du hast so einen Beruf, aber es gibt beim Roten Kreuz auch ehrenamtliche Mitarbeiter, der Stephan nickt,

der weiß es auch genau, wenn es Heiliger Abend ist, dann ist er genau so im Einsatz und ist da. Also, man kann sich nicht selbst, wenn man so einen Beruf ergreift, sagen, man hat noch nie von der Stadt etwas verlangt oder etwas gewollt. Es kommt auf den Beruf an, und darum ist das auch Kundenservice, was eigentlich für jeden selbst dazu gehört.

Ja und die Taferln, ich glaube, es ist eines schon richtig, wenn man etwas oben hat, eine Leistung von irgendwem empfängt, dann ist man auch verpflichtet, diese Leistung zu begleichen. Das ist mein kurzer Satz dazu.

Ich erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, meine Damen und Herren, man ist eigentlich irgendwie dann recht empfindlich. Ich werde mich nur dann entschuldigen, wenn sich herausstellen sollte, dass ich falsch informiert wurde. Ich muss aber sagen, es gibt einen Schriftverkehr zwischen ihnen und dem Werbering. Ich habe heute gehört, ich habe davon keine Ahnung gehabt, dass es auch einen Schriftverkehr zwischen dem Werbering und der Stadt gibt. Es ist im Akt bei dem Werbering festgehalten, dass mehrfach Kontrollen, zu denen sie vertraglich verpflichtet sind, und nur dann bleibt ja die Ordnung aufrecht, durchgeführt wurden und dass dieses Gewerbeschild auf diesem Lichtmasten war. Z. B. ist mir ein Schreiben mitgeteilt worden, dass es das gibt, im Oktober, ich weiß es nicht wann sie ihre Tafeln abmontiert haben. Es ist durchaus möglich, dass sie die Tafeln mittlerweile abmontiert haben. Das kann ich nicht beurteilen. Ich kann nur eines sagen, was mir die zuständige Mitarbeiterin mitgeteilt hat, weil ich mich erkundigt habe, wie die Bedingungen des Werberinges in Steyr sind, weil ich mich dafür interessiert habe, weil von ihrer Seite kritisiert wurde, das sei viel zu teuer, wie die Preise in anderen Städten sind, wie der Branchenvergleich aussieht usw. In dem Zusammenhang bin ich auch draufgekommen, dass sie da selbst ein Problem haben, das sie ja im Prinzip zugeben, ihnen ist das zu teuer. Sie haben diese Tafel, vermutlich eine ziemlich lange Zeit, auf diesem Laternenmast dort, bei dem der Werbering die Werberechte hat und für die er berechtigt ist, die für eine bestimmte Summe, über die Höhe kann man diskutieren, zu verkaufen, montiert, haben nicht bezahlt, haben aber auch trotz Aufforderung nicht abmontiert. Zumindest für eine lange Zeit nicht abmontiert. Das ist ein Fakt. Genau so, Wort für Wort, habe ich das weitergegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, sie haben jetzt gesagt, es steht noch draußen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das habe ich nicht gesagt. Ich war ja der Meinung, dass sie noch draußen steht. Es kann ja sein, dass sie die Tafeln abmontiert haben. Wann haben sie denn die Tafeln heruntergeschraubt?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Unwürdige Schauspieler.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wann haben sie denn die Tafeln heruntergeschraubt?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich kann das Datum nicht sagen. Es war im Sommer.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aha, sie können es nicht sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich schreibe mir nicht auf ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Immerhin haben sie einen Rechtsstreit gehabt, mit jemanden der von der Stadt das Recht hat ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber wir haben ja damals schon dagegen gestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schauen sie, ich streite über das nicht. Ich werde mich sofort entschuldigen, wenn ich ihnen Unrecht getan habe.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Okay, das behaupten sie jetzt. Wir können ja das ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Fahren wir dann raus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie, das ist ja für mich keine Frage. Vielleicht haben sie die Tafeln vorige Woche herunter gegeben. Ich weiß es nicht. Werbering behauptet mir gegenüber, dass sie mehrmals aufgefordert wurden entweder zu zahlen oder abzumontieren und sie haben das nicht getan.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben abmontiert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was sie gemacht haben ist, dass sie da einen Dringlichkeitsantrag stellen. Sie sitzen im Glashaus und werfen mit Steinen und dann wundern sie sich, wenn man sagt was Sache ist. Ich habe hier zitiert, Aussage vom Werbering, heute Mittag, weil ich mich interessiert habe. Ich wollte wissen, wie liegen wir da, ist das wahr, dass das so viel teurer ist usw. Daher muss ich ihnen ganz ehrlich sagen, fühle ich mich nicht schuldig. Ich sage hier und immer die Wahrheit. Eines meiner wenigen Luxusgüter, von denen ich manches Mal Gebrauch mache, überhaupt dann, wenn jemand im Glashaus mit den Steinen wirft.

Eines möchte ich noch zu dieser Wallgeschichte sagen. Sind wir froh, dass wir es nicht getan haben. Man muss ja sagen, Wall ist ein deutsches Unternehmen, ist mit Kampfpreisen auf den österreichischen Markt gegangen, hat in Graz dieses Geschäft gemacht und ein gewisser Herr Marold, der ja dann in den Nationalrat gekommen ist, für die FPÖ, war der Vertreter dieses Unternehmens. Er war auch bei mir vorstellig und ich sage das auch locker, weil sie das zitiert haben, ich hätte es sonst im GR nicht gemacht, sondern nur in der vertraulichen Stadtsenatssitzung, ziemlich zu Beginn der Gespräche über die Platzierung dieser Produkte, hat er mir halt einen schönen Urlaub am Klopeinersee, da an dem Hotel, das ist ein riesiger Hotelkomplex, angeboten. Nachdem ich dort ohnehin immer auf Urlaub hinfahre, habe ich von dem Angebot nicht Gebrauch gemacht und habe die Gespräche mit dem Herrn Marold beendet. Das können sie auch einklagen, weil das stimmt ja alles, was ich da sage. Ich habe ja keine bösen Absichten. Schauen sie, so ist die Geschichte. Was ist weiter passiert? Wall hat sich aus Österreich zurückgezogen und zwar sehr abrupt. Die Grazer Wartehäuschen, denen haben sie es nämlich verkauft, musste eine andere österreichische Werbefirma übernehmen. Marold hat das Unternehmen verlassen und eine andere einheimische Werbefirma hat die Grazer Werbeeinrichtungen, die von der Firma Wall verkauft oder installiert wurden übernommen. Das war die Entwicklung in Graz. Uns ist das erspart geblieben. Es ist auch zutreffend, dass wir eine besondere Konstruktion von Wartehäuschen haben, wir legen halt großen Wert darauf. Wir haben demnächst sowieso wieder eine Diskussion, wie denn ein Wartehäuschen am Stadtplatz aussehen kann. Unsere Stadtbildpfleger waren der Meinung, es muss eine besondere Konstruktion sein und sie haben das auch gut hingbracht. Ich muss auch ehrlich sagen, ich finde daran nichts Ungewöhnliches. Die haben uns das halt dann so produziert. Es war eine heftige Diskussion und ich bin mit, ich weiß nicht was, beschuldigt worden und monatelang bin

ich auch über die Medien, im Zusammenhang mit den Wartehäuschen, attackiert worden. Ich persönlich erinnere mich, dass die alten Wartehäuschen hässliche wellblechverkleidete Traversen waren, die verheerend ausgesehen haben. Unrein und unsauber, nicht zu pflegen und außerdem voller Fetzen von Plakaten. Ich habe da seinerzeit die Kündigung des Werberinges beantragt und als wir die endlich so weit hatten, dass sie uns zugesagt haben sie machen auf ihre Kosten die neuen Wartehäuschen, ist es dann zu heftigen Debatten im GR gekommen. Ich fühle mich auch in dieser Frage gut beraten, dass wir das in dieser Weise gemacht haben. Es funktioniert ja jetzt auch.

Also, ich muss ganz ehrlich sagen, Herr Dr. Pfeil, sollte mich Werbering falsch informiert haben, dann werde ich das auch öffentlich kund tun, selbstverständlich, und ich entschuldige mich auch.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das werden sie auch müssen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber jeder von uns, bitte sehr, ist natürlich darauf angewiesen, dass seine Informationen stimmen. Immerhin ist Werbering ein Vertragspartner der Stadt und wenn ich mich ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das sagt ja schon die Qualität von Werbering.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na ja, sie beschuldigen ja sowieso alle, die ihnen nicht passen. Aber ich lasse mich nicht beschuldigen. Wenn sie glauben, sie sind von mir verunglimpft worden, dann müssen sie mich schon klagen. Das ist ganz normal. Ich würde das zur Kenntnis nehmen. Andernfalls tut es mir Leid, ich stehe als Bürgermeister nicht zur Verfügung, wenn ich die Wahrheit in diesem Hause nicht mehr sagen darf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte auch eines dazu sagen. Wenn wir schon von der Wahrheit sprechen, der StS, und für mich war die Summe klar, ist informiert worden, dass eine Werbetafel S 600,-- kostet. Das ist die Wahrheit, die uns der Vizebürgermeister Pfeil im StS mitgeteilt hat, weil er hat gesagt: „Ratet einmal, was glaubt ihr, was eine Werbetafel kostet?“ Heute höre ich, auch zum ersten Mal im GR, dass es S 372,-- kostet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Welcher Lichtmasten ist einseitig besetzt?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es ist von einer Tafel gesprochen worden. Ich habe das auch so gehört und man kann es jederzeit im Protokoll nachlesen, dass von einer Tafel gesprochen wurde, von S 600,--. Wenn wir bei der Wahrheit bleiben, dann muss man auch sagen, S 600,-- sind genannt worden und es sind aber S 372,--.

Meine Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Herr Dr. Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin erst seit drei Jahren im Gemeinderat und ich muss sagen, Herr Bürgermeister, ich kenne sie ja schon. Ich kenne sie mittlerweile schon gut, habe sie schätzen gelernt und kenne auch ihre Argumentationslinie. Sie versuchen immer, wenn es um irgendeinen Antrag geht, von einer anderen Fraktion, der Substanz hat, wo etwas dran ist, dem Redner in irgendeinem Punkt, der völlig nebensächlich ist, irgendwie hineinzufallen und dann greifen sie diesen Punkt auf und hacken und hacken auf den Punkt und gehen nicht mehr herunter, das ist sehr geschickt, rhetorisch ist das sehr gut, und versuchen dadurch von dem eigentlichen Thema, um das was es geht, abzulenken. Ganz konkret jetzt. Der Kollege Dr. Pfeil und der Kollege Hoflehner tragen vor, dann reden sie 5 Minuten darüber, dass es ja selbstverständlich ist, dass, wenn jemand Werbetafeln aufhängt, er dafür bezahlen muss und unterstellen dadurch dem Kollegen Dr. Pfeil und dem Kollegen Hoflehner, dass er nicht davon ausgeht. Da reden sie 5 Minuten über die Vorwärts und ect. Na selbstverständlich, das wissen die beiden ja auch, das brauchen sie einem Unternehmer ja nicht sagen. Aber da hören sie ja nicht mehr auf. Es geht ja bitte in diesem Antrag ausschließlich um den Verteilungsschlüssel, um die 40 % die sie angesprochen haben, um die geht es. Sind diese 40 %, die sie dafür bekommen,

Unverständliche Zwischenrufe!

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Der Bürgermeister hat das gesagt, 60:40.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

60 % bekommt die Stadt.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Na eben, ich weiß nicht, was es da für Zwischenrufe gibt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber das steht ja nicht in dem Antrag drinnen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Nein, nein, schauen sie gnädige Frau, es muss ja nicht alles im Antrag drinnen stehen, es gibt ja eine Diskussion. Wenn alles im Antrag drinnen stehen würde, dann müsste jeder Antrag 40 Seiten haben.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Um diesen Verteilungsschlüssel - bitte, gibt es dann wieder Ruhe.

Ordnungsruf

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ich weiß nicht, was es da für eine Aufregung gibt, weil das eine korrekte Zahl ist, 60:40. Es geht darum, ob dieser Verteilungsschlüssel, von den 40 %, ob das eine angemessene Gegenleistung ist. Es hat überhaupt nichts zu tun, ob irgendwer Unternehmer vertritt. Im Gegenteil. Sie unterstellen dem Kollegen Hoflehner, dass er die Unternehmer vertreten will.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Er hat gesagt, das ist viel zu viel.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Das ist völlig nebensächlich. Es geht darum, dass die Stadt das Beste bei jedem Vertrag, den sie schließt, herausholt. Diese 40 %, spricht das dafür, wenn jemand ein Taferl aufhängt, und das hängt dann jahrelang dort oben, ob er dann jedes Monat oder jedes Jahr ect. über Jahre hindurch immer 40 % dafür bekommt. Ist diese Gegenleistung angemessen? Um das geht es. Unsere Intention wäre gewesen, nicht unbedingt dieses Vertragsverhältnis mit dem Werbering aufzulösen, sondern jetzt einmal zu kündigen und anschließend gleichzeitig in Neuverhandlungen zu treten, um sich umzuschauen, ob es evt. andere Firmen gibt, welche auch immer, ich kenne mich in der Werbebranche nicht aus, die das vielleicht zu besseren Konditionen machen, 65 %, 70 %. Wenn man 10 % oder 5 % herausholt, dann ist es ja auch was. Um das geht es und um nichts sonst.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das macht man mit einem Dringlichkeitsantrag im Gemeinderat.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ob Dringlichkeitsantrag oder nicht, ich gebe ihnen teilweise Recht, man hätte das vielleicht früher machen können, aber es steht jetzt einmal zur Debatte, der Dringlichkeitsantrag ist zugelassen worden, auch von ihrer Fraktion, und da ist es zu diskutieren. Das ist der springende Punkt. Nicht, ob es angemessen ist, ob S 600,-- bezahlt worden sind. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Mayrhofer.

GR Fürweger verlässt um 19.50 Uhr die Sitzung

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Je länger diese Diskussion dauert, desto verwirrter werde ich eigentlich. Weil wurde uns eingangs von den zwei Rednern, Hoflehner und Dr. Pfeil, total plausibel erklärt, es geht um die Unternehmer, es geht darum, dass sie zuviel bezahlen, es geht darum, dass wir die Wirtschaft schützen müssen, so geht es jetzt darum, dass der Aufteilungsschlüssel nicht passt. D. h., jetzt spielt es keine Rolle, was die Unternehmer dafür bezahlen, sondern jetzt geht es darum, was müssen wir zahlen. Es geht dann, das haben wir jetzt in dieser Diskussion mitbekommen, auch nicht mehr um utopische Preise wie S 600,-- pro Monat, sondern es geht um S 372,-- pro Monat für eine Tafel. Es ist ein Punkt auch noch drinnen: „Ungeklärt und unterschiedlich gehandhabt werden demnach die Werberechte auf Landes- bzw. auf Bundesstraßen und Überführungen.“ Auch da haben wir eigentlich noch keine Aufklärung bekommen, außer dem Halbsatz, was wird da jetzt unterschiedlich gehandhabt. Zahlen wir jetzt wo S 600,-- und wo S 372,-- oder ist das überall gleich oder nicht? D. h., seid mir nicht böse, aber mit diesem Antrag habe ich wirklich meine Probleme.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das wissen wir.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Heimatwerbung, mehr sage ich nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe eingangs gesagt, dass ich mit diesem Dringlichkeitsantrag keine große Freude habe, weil ich glaube, dass Vertragskündigungen und -änderungen nicht über Dringlichkeitsanträge passieren sollten. Nur, der Herr Bürgermeister und einige andere Redner, unter anderem auch der Herr Mayrhofer jetzt zum Schluss, haben mich eigentlich überzeugt, dass man sehr wohl diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung geben soll. Jetzt nicht aufgrund der Dringlichkeit, sondern wirklich aufgrund dessen, was sich jetzt in der Debatte abgespielt hat bzw. auch zurückzukehren zu dem worum es geht. Wenn sie sagen, Herr Kollege Mayrhofer, sie haben ein Problem mit diesem Antrag, so denke ich mir, begeben sie sich genau so wie der Herr Bürgermeister zuerst auf einen Nebenschauplatz. Der Antrag geht nur darum, das ist die Begründung die dann folgt, die kann man nachvollziehen oder nicht, der Antrag ist nur ein Punkt, man erklärt jetzt diesen Vertrag einmal für aufgelöst, jetzt ist der Zeitraum da, der dafür möglich ist, und verhandelt das Ganze neu. Es kann ja durchaus herauskommen, dass man sehr wohl mit dem Werbering wieder den Vertrag abschließt, nur eben unter anderen Bedingungen, die für die Stadt günstiger sind. Dass sie ein Problem haben, Herr Kollege Mayrhofer, kann ich schon verstehen, war es doch die ÖVP, die damals mitgestimmt hat. Wobei eines schon sehr interessant ist, man sollte nicht verallgemeinern, und da hat mich noch etwas überzeugt, nicht nur der Herr Bürgermeister oder der Herr Mayrhofer, sondern auch der ehemalige StR Holub, weil wenn ich da im Protokoll nachlese, der war nämlich damals nicht stimmberechtigt, weil er auf sein Stimmrecht im GR verzichtet hat, hat aber sehr wohl gesagt, eigentlich genau das, worum wir jetzt die ganze Zeit reden, - „Ich hätte schon den recht massiven Vorschlag, hier noch einmal nachzuverhandeln, dann wäre mir sehr viel wohler bei dem Beschluss, den sie jetzt vermutlich fassen werden. Ich muss ihnen ehrlich sagen, wenn ich das Recht hätte hier an einer Abstimmung teilzunehmen, dann wüsste ich schon, was ich zu tun habe, nämlich dagegengestimmen.“ - Ich denke mir, damals ist der Punkt schon gewesen, im Jahr 1994, dass man mit diesem Vertrag nicht wirklich glücklich war. Dann soll man doch jetzt die Möglichkeit nutzen, zu dem Zeitpunkt wo es geht, nachzuverhandeln.

Ein Punkt, den mir keiner erklären kann, warum der drinnen steht ist wirklich der, dass die Stadt andere Kündigungsrechte hat, und zwar schlechtere Kündigungsrechte als der Werbering. Da denke ich mir, dürfte es doch kein großes Problem sein, hier eine Neuverhandlung anzugehen, weil wir sind doch wohl nicht der Feind unseres eigenen Geldes und der Feind des Geldes des Steuerzahlers.

Ein Punkt stellt sich für mich schon noch, ich bin kein Jurist, ich kann das nicht klären, aber ich finde es schon sehr interessant, dass ein Unternehmen scheinbar sehr deutlich Daten über Kunden weitergeben kann. Für mich ist das die Frage des Datenschutzes. Es steht im Vertrag nirgendwo drinnen, dass der Bürgermeister das Recht hat, zum sämtlichen Schriftverkehr der Kunden des Werberinges Einsicht zu nehmen. Also, wie weit das überhaupt gerechtfertigt ist, ich weiß es nicht,

...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe eh nicht Einsicht genommen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... ich bin kein Jurist, aber es ist da sehr zitiert worden aus einem Schriftverkehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe mich nur informiert.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Da frage ich mich schon, wie weit das eine Frage des Datenschutzes ist. Ich würde auch vorschlagen, die Diskussion wirklich zu beenden. Was ich nur gemeint habe Herr Bürgermeister, weil sie mir unterstellt haben „ich hätte keinen Dunst“. Ich weiß sehr wohl, dass sehr viele Verträge in der Stadt geschlossen werden. Mein Vorschlag war eigentlich einer zur Güte, den aus der Sitzung herauszunehmen und wirklich die Debatte im Finanz- und Rechtsausschuss weiterzuführen, allerdings zu einem Zeitpunkt, damit die Kündigungsfrist auch noch möglich ist. Ich habe niemals gesagt, dass ich bei jedem Vertrag, der ansteht, zur Verlängerung eine Sitzung haben möchte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jeden Vertrag kann man nachverhandeln, jeden Vertrag kann man kündigen, wenn nicht ein Kündigungsverzicht besteht und jeden kann man nachverhandeln und kann vielleicht ein besseres Ergebnis zustande bringen und das Chaos wäre perfekt, wenn wir das täten. Aber es ist ja auch spürbar und leicht erkennbar, woher der Wind weht. Das ist ja gar keine Frage. Ihr seid halt dann sehr empfindlich, wenn man euch den Spiegel vorhält.

Es war heute wieder eine gute Sache. Ich sage ehrlich, wenn ich jetzt mit dem Magistrat Streit habe, das habe ich auch schon gehabt, eines habe ich noch nie gemacht, ich bin noch nie zu meiner Fraktion gegangen und habe sie unterschreiben lassen, dass wir einen Dringlichkeitsantrag machen, weil ich in eigener Sache ein Problem habe. Das ist für mich ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte noch einmal ganz klar feststellen, ich habe kein offenes Problem mit dem Werbering. Damals wie sie richtig gesagt haben, abmontieren oder zahlen, wir haben uns für das Abmontieren entschieden. Wo ist bitte das Problem? Alles andere ist eine ganz böse Unterstellung. Wir werden das alles klären.

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das kann ich auch leicht klären.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das mit dem Datenschutz, das wollte ich auch noch ansprechen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie werden den Werbering wegen dem Datenschutz klagen und mich werden sie wegen Verleumdung klagen. Ich hoffe doch, wenn sie das wirklich so genau wissen wollen. Ich möchte nur eines feststellen, ich habe genau das gesagt, und zwar Wort für Wort, worüber ich informiert bin.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann müssen sie sich schadlos halten an den Werbering. Das ist eine spannende Geschichte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bis jetzt bin ich ja noch nicht bedroht, außer verbal von ihnen. Das regt mich aber noch nicht so auf, weil das tun sie ja dauernd.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr StR Bremm hat sich noch zu Wort gemeldet.

Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ja, Frau Kollegin Frech, weil bei ihnen die zweite Wortmeldung vorbei ist, ist die Debatte deswegen nicht zu Ende, aber ich bin eh auch nicht dafür, dass wir sie endlos weiterführen, aber wann sie zu Ende ist, das wird sich schon ergeben. Weil sie zuerst gesagt haben, hören wir auf zu debattieren. Sie haben ihre zwei Wortmeldungen gehabt, und dann sollen alle aufhören. Das ist ihr Zugang zu diesem Verständnis.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bremm, hören sie auf, irgendetwas zu unterstellen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das haben sie ja gesagt, wir können es eh dann im Protokoll nachlesen, sie haben gesagt, wir sollen aufhören zu debattieren. Das war ihre zweite Wortmeldung.

Ich möchte aber grundsätzlich zu dem Vertrag schon noch sagen, in diesem Rahmen hier. Wir sind ja hier nicht lauter Personen, die mit diesen Themen nicht schon oft genug konfrontiert gewesen sind. Herr Dr. Wetzl, sie wissen auch, gerade als Sportler und einer, der engagiert in einem Sportverein ist, und kennen die Werbeverträge. Es ist gang und gäbe und ganz üblich, dass der Verteilungsschlüssel, wenn man von dem redet, 40:60 ist. Das ist alltäglich, das ist nicht irgendwo etwas, wo man jemanden etwas schenkt. Werbefirmen wollen natürlich auch Geld verdienen, das möchte ich nur zu dem noch gesagt haben.

Weil die S 600,- zu teuer sind, ich möchte das auch bekräftigen. Die stehen in Wirklichkeit ja nicht zur Debatte. In Wirklichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht ein gravierender Beitrag eingebracht worden, der das berechtigt, dass wir sofort mit einem Dringlichkeitsantrag aus dem Vertrag mit dem Werbering aussteigen. Es wäre ein gewisses Verständnis, wenn sie, Herr Dr. Pfeil, mit ihrem Dringlichkeitsantrag da her gehen und sagen, ich habe eine Werbefirma, die hat einen Verteilungsschlüssel mit 70:30 % und diese Bedingungen, diese Bedingungen und diese Bedingungen. Da könnten wir über den Dringlichkeitsantrag reden, das wäre eine andere Vorgangsweise und eine andere Ausgangsposition. Aber so ist natürlich schon der Beigeschmack da, der heute schon sehr ausführlich diskutiert wurde, und das muss man sich dann halt in solchen Dingen auch gefallen lassen.

Frau Kollegin Frech, weil sie gesagt haben 1994 waren wir schon nicht glücklich damit, es waren nicht alle glücklich damit und wir haben viele Beschlüsse im GR, wo nicht alle glücklich sind. Das ist Demokratie. Die Mehrheit hat diesen Vertrag geschlossen. Wenn wir uns die Beschlüsse heute ansehen, sie waren in sehr wenigen Punkten heute glücklich. Es ist aber auch sehr schwierig, sie glücklich zu machen.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Viele schaffen es aber, Herr Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich hoffe und wünsche es ihnen, weil ein Mensch der nicht glücklich sein kann, das ist ja eine Katastrophe.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Hoflehner, 2. Wortmeldung bitte.

GEMEINDERAT

ING. KLAUS HOFLEHNER:

Herr Bürgermeister, ich habe eine einzige Frage an sie. Ich denke, wir sind uns einig, dass es ihre moralische Verpflichtung ist, das finanziell Maximale für die Stadt herauszuholen und ich frage sie: „Warum weigern sie sich jetzt, nach 6 Jahren, die Chance zu ergreifen, mit Firmen neu zu verhandeln, um vielleicht eine Besserstellung für Steyr zu erreichen?“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann ihnen folgendes sagen, völlig unaufgeregt, dass das auf viele Verträge zutrifft. Man kann alle Verträge neu verhandeln, mit der Chance, dass das besser wird. Ich muss aber auch auf der anderen Seite sagen, dass ich persönlich mit Werbering nicht unzufrieden bin. Ich habe aber auch keinen Grund.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das glaube ich auch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich muss ja sagen, ich höre nicht, dass es bei der Abwicklung der Geschäfte Probleme gibt. Ich muss ihnen ganz ehrlich sagen, wenn sie irgendetwas andeuten wollen, dann werden sie deutlicher. Das würde dann wahrscheinlich wieder in so eine ähnliche Richtung gehen, wie wir vorher diskutiert haben. Ich bin mit niemanden verwandt. Ich mache euch aufmerksam, dass die letzte Kündigung, die den Werbering betroffen hat, über meinen Antrag geschehen ist. Ich habe aber dann auch gesehen, was nachher passiert ist, auch wie das Angebot in Ordnung war. Also, das ist ein sensibles Thema, und sie sind bekannt dafür, dass sie mit sensiblen Themen halt nicht so sensibel umgehen. Mein Gott na, das ist ihr gutes Recht, aber, wenn sie austeilen, dann müssen sie ein bisschen einstecken auch. So ist das nicht.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Wir haben eh nicht ausgeteilt, sie sind ja ausgezuckt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn ihr mir nachweisen könnt, dass ich etwas erfunden habe, dann wäre ich in einer schlechten Position, dann müsste ich mich entschuldigen und das würde ich auch ganz gerne mache, aber wenn es so ist, wie ich es gesagt habe, dann schaut das für euch nicht sehr gut aus, meine Freunde. Seid mir nicht ungehalten. Über das wollt ihr ja nicht reden. Es ist eh richtig gesagt worden.

Bitte Herr Dr. Wetzl.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Jetzt muss ich doch noch einmal kurz replizieren, Herr Bürgermeister. Schauen sie, was sie Herrn Dr. Pfeil, und ich weiß nicht, ich glaube das ist ihnen nicht bewusst, unterstellen, ist, ich weiß ja nicht, ob die Geschichte, die sie erzählen, stimmt oder nicht, dass er nur deshalb den Antrag eingebracht hat, weil er Probleme mit dem Werbering hat. Das ist das, was sie ihm unterstellen. Das ist schon ein schwerwiegender Vorwurf. Sie werfen ihm dadurch Amtsmissbrauch vor. Er hat ein Problem mit einer Firma, und nur deshalb, weil er ein Problem hat, bringt er den Antrag ein. Das haben sie wörtlich so gesagt. So ist es sicherlich nicht. Er kann ja sein Problem haben, das ist aber nebensächlich. Aber dass er nur deshalb den Antrag einbringt, das ist etwas anderes.

Kurz noch zum zweiten Mal, weil es immer heißt Dringlichkeit, Dringlichkeit, Dringlichkeit. Herr Bürgermeister, sie können ja von sich aus auch die Initiative ergreifen und sagen, ich will das nachverhandeln. D. h., es bedarf ja nicht unbedingt einer Aufforderung, von welcher Fraktion auch immer, das ist ja völlig nebensächlich, um das nochmals neu zu verhandeln. Man kann das vorher probieren, und mir ist selbstverständlich auch klar, ich habe eine Ahnung, es gibt da hunderte, tausende Verträge, der StS kann nicht jeden nachverhandeln, aber immerhin, dieser Vertrag gilt doch schon 5 Jahre oder von 1994, also bald 6 Jahre lang, und da könnte man doch abtesten, wie sieht es aus, gibt es andere Firmen, die vielleicht eine bessere Kondition anbieten. Um nichts anderes geht es in diesem Antrag.

Dem Dr. Pfeil zu unterstellen, er bringt nur deshalb diesen Antrag ein, weil er da Probleme hat, wegen S 600,-- oder S 300,--, das ist so nebensächlich, das ist, meines Erachtens, schon starker Tobak.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es kann schon richtig sein, dass das ein starker Tobak ist, aber darum war ich ja so erstaunt. Ich habe, wie er es das erste Mal im StS gesagt hat ohnehin geglaubt, er sorgt sich um die Unternehmer. Der Herr Hoflehner hat sich ja am Anfang noch um die Unternehmer gesorgt. Mittlerweile sind wir draufgekommen, dass es vielleicht nur um den Verteilungsschlüssel geht.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Ich beleuchte es aus der Sicht eines Unternehmers. Mehr habe ich nicht gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber es ist ganz interessant, bei der ganzen Debatte heute ist null Antwort auf die Gegenleistung seitens des Werberinges gekommen. Das möchte ich festhalten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist gut, dass sie darauf noch einmal hinweisen. Der Werbering hat natürlich eine Reihe von Aufgabenstellungen übernommen. Ich habe natürlich nicht den Vertrag präsent, ich habe den nicht auswendig gelernt. Aber sie müssen natürlich überprüfen, ob auf diesen Werbeflächen die Plakate oder Werbemittel legal sind, sie müssen das Inkasso natürlich machen, da haben sie sich bei ihnen leider ergebnislos bemüht.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist so, dass in weiterer Folge die ganzen Anmeldungen und die verwaltungstechnischen Aufgabenstellungen übernommen werden. Ich weiß nicht, was sie noch alles tun. Sie beraten zum Teil auch, in welcher Form die Werbung stattfindet. Es gibt übrigens auch andere Werbefirmen bei diesen Werbungen, weil der Werbering nur ein bestimmtes Tafelformat vertritt und andere Werbefirmen andere Formate. Also, es gibt in Steyr auch andere. Es schaut ja fast so aus, alle anderen sind billiger. Ich kann nur sagen, dass wir schlecht beraten wären, würden wir nicht bei diesen Werbeaufwendungen auch versuchen, für die Stadt Einnahmen zu erzielen. Das ist aber eh eure Linie an und für sich auch, sie glauben nur, wir könnten deutlich mehr bekommen. Aber es darf nicht zulasten der Unternehmer sein, sondern zulasten der Werbefirma. Habe ich das richtig verstanden?

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Versuchen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist ein sehr zugespitztes Argument, es überzeugt mich nur nicht.

Kollege Oppl bitte.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist natürlich selbstverständlich legitim, dass man Verträge nachverhandeln kann, wenn man es will, überhaupt keine Frage. Nur, das in Form eines Dringlichkeitsantrages zu machen, dass man sagt, verhandeln wir nach, ich möchte jetzt einmal nur dieses Szenario auf sie umlegen, Herr Hoflehner. Sie sind Unternehmer, sie haben einen Vertrag mit einem Partner und der Vertrag läuft aus, und so wie es an und für sich Usus ist, verlängert sich dann automatisch der Vertrag um 1, 2 Jahre, wie man es halt vereinbart. Jetzt gehe ich, als ihr Vertragspartner, her, wir haben an und für sich die ganzen 5 Jahre, solange der Vertrag halt gelaufen ist, immer gute Geschäftsbeziehungen gehabt, wir haben nie ein Problem gehabt. Auf einmal bekommen sie von mir, aus heiterem Himmel, die Verständigung, dass ich den Vertrag gekündigt habe, ohne, dass ich vorher irgendetwas einmal verlauten habe lassen. Wenn es euch wirklich um die Nachverhandlung von diesen 40 % geht, dann ist ja das allgemein bekannt gewesen, dass der Vertrag ausläuft, dann hätte man das sehr wohl schon viel früher zum Thema machen können, dann hätte man sehr wohl schon viel früher sagen können, treten wir mit dem Werbering in

Verbindung und halten einmal ein Gespräch, bevor der Vertrag überhaupt ausläuft, ob es da überhaupt Möglichkeiten gibt, ob wir da Chancen haben. Aber jetzt dem Bürgermeister vorzuwerfen, das hätte er ja von sich aus machen können, wenn es keine Probleme mit einem Vertragspartner gibt, dann habe auch ich persönlich keine Veranlassung, dass ich von mir aus dann irgendwelche Verhandlungen aufnehme.

Punktum, eure Erfahrungsweise hätte sein müssen, wenn es euch wirklich um die Sache geht, was an und für sich legitim ist, dann ist das ein Vorschlag, dass man das zur Debatte stellt, dass man das rechtzeitig bringt, aber nicht erst zu einem Zeitpunkt, in Form eines Dringlichkeitsantrages, wo man dann einfach nicht mehr aus kann, außer man beschließt das jetzt und stößt den Vertragspartner, egal wer das jetzt ist, einfach vor den Kopf. Das ist nicht in Ordnung und das ist, glaube ich, auch keine Vorgangsweise, die sich eine Stadt, wie die Stadt Steyr ist, leisten kann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. 9 (7 FPÖ - Vzbgm. Dr. Pfeil, StR Eichhübl, GR Dr. Wetzl, GR Ing. Hoflehner, GR Toman, GR Reznar, GR Fröhlich, 1 LIF, 1 GAL - GR Apfelthaler). Danke. Wer ist gegen den Antrag? 18 SPÖ. Wer enthält sich der Stimme? 7 (6 ÖVP, 1 GAL - GR Kupfer). Danke, der Antrag ist abgelehnt.

In der heutigen GR-Sitzung haben wir S 11,151.980,-- ausgabenwirksam beschlossen.

Wir kommen zur „Aktuellen Stunde,, SPÖ?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Dr. Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Der Gemeinderat besteht ja nunmehr seit fast 3 Jahren in dieser Zusammensetzung. Von den 36 Mitgliedern gibt es ein paar Stadtsenatsmitglieder, einen Bürgermeister, ein paar Vizebürgermeister, und einige davon sind Berufspolitiker, was ja nichts Schlechtes ist. Nach fast dreijähriger Tätigkeit des Gemeinderates sollte man meinen, dass die Mitglieder das Statut oder die Geschäftsordnung doch weitgehend kennen, zumindest die wesentlichen Eckpunkte daraus, die Sachen, die immer wieder für jeden Einzelnen wichtig oder von Bedeutung sein könnten. Das gilt natürlich umso mehr für die Berufspolitiker, die ja, unter Anführungszeichen, nichts anderes machen als für die Politik da zu sein, was ja auch nichts Schlechtes ist, aber umso mehr kann man von diesen erwarten, dass sie die Statuten bestens kennen. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall. Ich darf daher eine der wichtigsten Bestimmungen überhaupt, die es meines Erachtens in der Geschäftsordnung und im Statut gibt, den Kollegen und Kolleginnen im Wortlaut zur Kenntnis bringen. Das ist der § 31 der Geschäftsordnung, der völlig ident ist mit dem § 41 des Statutes der Stadt Steyr. Der lautet wie folgt, ich zitiere nur kurz:

„Die Mitglieder des Gemeinderates sind von der Beratung und Beschlussfassung über einen Verhandlungsgegenstand ausgeschlossen:

1) In Sachen, in denen sie selbst, der andere Ehepartner (Lebensgefährte, ein Verwandter oder Verschwägerter in auf- oder absteigender Linie) beteiligt sind.,,

In der letzten Stadtsenatssitzung hat es einen Tagesordnungspunkt gegeben, da ist es um den Abschluss des Gestattungsvertrages mit der Liegenschaftsentwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Steyr GmbH. gegangen. Nachdem ich gehört habe, dass da mögliche Interessenskollisionen bestehen, habe ich mir einen Firmenbuchauszug dieser Liegenschaftsentwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Steyr GmbH. mit der Firmenbuchnummer 172790 d, eingetragen im Handelsbuch bzw. im Handelsregister in Wien, ausgedruckt. Und siehe da, wer da als Gesellschafter aufscheint? Der Herr Stadtrat Mayrhofer schaut mich schon an und lacht dazu, ich finde es aber nicht so lustig. Als Gesellschafter scheint gleich an erster Stelle eine gewisse Frau Gabi Mayrhofer, geboren 05. 05. 1959, mit der Adresse 4400 Steyr, Marsstr., mit einer Stammeinlage von S 50.000,-- auf. Ich nehme an, dass das ihre Frau ist, ich nehme auch an, dass es unter dieser Anschrift keine zweite gibt.

Das ist der Firmenbuchauszug vom 9. 5. 2000, offiziell ausgedruckt, über das Ministerium erhältlich, ich lasse ihn gerne da. Nebenbei bemerkt, das Firmenbuch ist, genauso wie das Grundbuch, öffentlich zugänglich, jedermann darf Einblick nehmen, völlig legal. Dadurch erübrigen sich ja weitere Ausführungen, denn der Herr Stadtrat Mayrhofer hat ganz klar nicht nur gegen eine Bagatellbestimmung verstoßen, sondern gegen grundlegende Bestimmungen. Gegen eine der wenigen grundlegenden Bestimmungen, die jeden einzelnen Gemeinderat, wie schon gesagt, umso mehr einen Berufspolitiker, betreffen. Dazu kommt natürlich noch, dass der Stadtrat Mayrhofer der zuständige Stadtrat ist, der diesen Antrag eingebracht hat, gefördert und dafür gesprochen hat, und in der Finanz- und Rechtsausschusssitzung vom 21. 4. 2000, nach den mir erteilten Informationen, ebenfalls dafür gestimmt hat und insbesondere auch in dieser Stadtsenatssitzung, wo darüber beschlossen worden ist. Er hat sich nicht der Stimme enthalten, und was ganz schlimm ist, er hat überhaupt nichts offengelegt. Und wie mir vom Herrn Dr. Pfeil erzählt worden ist, der Herr

Bürgermeister wird es mir wahrscheinlich bestätigen können, hat der Herr Dr. Pfeil gefragt, wer steht den hinter dieser Gesellschaft? Er hat auch gesagt, dass er einen Firmenbuchauszug angefordert hat, den er aber damals noch nicht gehabt hat, denn dieser Firmenbuchauszug stammt von mir, mit Datum 09. 05. 2000. Und der Herr Mayrhofer hat angeblich nur die Daumen gedreht und zu Boden geschaut, obwohl er natürlich gewusst hat, dass seine Frau da drinnen beteiligt ist. Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass sie nicht wissen, dass ihre Frau dort beteiligt ist. Das ist natürlich schon ein Verstoß, der keine Kleinigkeit ist, ich sage ihnen, das ist keine Bagatelle. Da ist das Verhalten, das dem Kollegen Fürweger früher einmal vorgeworfen worden ist, wo es von allen Fraktionen einen großen Aufschrei gegeben hat, teils zu Recht, eine Bagatelle dagegen. Denn in eigener Sache, bzw. in der Sache des Ehegatten, mitzustimmen, diesen Antrag zu fördern, ist ein ganz krasser Verstoß gegen das Stadtstatut und gegen die Berufspflichten, gegen elementare Berufspflichten. Dazu kommt natürlich noch, dass es immer wieder Interessenkollisionen mit dem Herrn Stadtrat Mayrhofer gibt, ob das Interspar ist, oder mit der Volkshilfe Ennsleite etc., ich gehe da gar nicht weiter darauf ein. Da ist zum Unterschied aber nur die Optik schlecht. Hier ist aber die Befangenheit ganz klar gegeben, da ist nicht nur die Optik schlecht, sondern das ist ein ganz krasser Verstoß. Ich gehe davon aus, Herr Bürgermeister und Frau Vizebürgermeister, und die anderen ehrenwerten Stadtsenatsmitglieder, dass sie das nicht gewusst haben, dass da die Gattin des Herrn Mayrhofer 10% ige Gesellschafterin ist, so wie die anderen auch. Meines Erachtens nach gibt es nur 2 Möglichkeiten. Entweder der Herr Stadtrat kennt das Statut nicht, aber wenn man das Statut und die Geschäftsordnung nicht kennt, gerade den Punkt Befangenheit, dann glaube ich, ist man für dieses Amt nicht geeignet. Oder er verstößt ganz bewusst gegen diese Bestimmung, und dann wird er wohl die entsprechenden Konsequenzen zu tragen haben. Meines Erachtens nach, ist das ein schwerwiegender Verstoß. Zu guter Letzt darf ich bei dieser Gelegenheit noch anregen, Herr Bürgermeister und Herr Magistratsdirektor, dass in Hinkunft, immer dann wenn eine juristische Person ein GmbH. Vertragspartner ist, automatisch Firmenbuchauszüge angefertigt und vorgelegt werden, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Ich kann nur sagen, in der täglichen Anwaltspraxis ist das eine absolute Selbstverständlichkeit. Wenn er ein Klient oder Gegner ist, wird von den Kanzleidamen automatisch sofort ein Firmenbuchauszug angefertigt, dann weiß ich, wer steht da an natürlichen Personen, oder allenfalls juristischen Personen dahinter, weil das ist ja aus mehreren Gründen interessant. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich weiß nicht in wie weit da die Frage der Befangenheit in dem Zusammenhang relevant ist, ich kann das wirklich so aus dem Bauch heraus nicht beurteilen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Im Statut steht das drinnen, sie kennen es eh!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Frage ist ja, wie die Positionen überhaupt waren, um was ist es da gegangen, verschafft man sich dabei einen Vorteil? Ich weiß es nicht, wie das zu interpretieren sein wird. Persönlich bin ich darüber nicht sehr aufgeregt, weil in der Stadt eine völlig klare Position ist, dass dieses Projekt passieren soll, alle sind eigentlich dafür, auch der Herr Dr. Pfeil ist im Prinzip dafür.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Das ist ein anderes Thema!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist ein anderes Thema, da haben sie vollkommen Recht

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ich bin auch dafür. Es darf jeder Politiker, der hier herinnen sitzt, selbstverständlich denken können, aber der Vorwurf ist, wenn er gute Vorschläge hat, soll er aber bitte offen legen und sagen, Moment, ich bin betroffen, ich enthalte mich der Stimme. Das ist der Punkt, und das ist keine Ermessensbestimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Frau Kollegin Frech hat auch letztes Mal auf dem Klavier gespielt, hat es da schon genügt, weil sie einmal bei einem Verein dabei war, dass sie vielleicht befangen ist?

Ja, man kann das so oder anders auslegen, ich bin kein Experte, das auszulegen. Aber es wird schon so sein, dass irgendetwas dran ist, aber bitte vielleicht kann man dazu etwas sagen. Was sagen die Rechtskundigen?

MD. OSR DR. KURT SCHMIDL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder des Gemeinderates. Im Vorfeld, vor dieser Beschlussfassung, hat uns der Herr Stadtrat Mayrhofer sehr wohl davon informiert, dass seine Frau an dieser Gesellschaft beteiligt ist. Aber es ist in dem Fall so, dass die Frau Mayrhofer eine absolute Minderheitenbeteiligung hat, dessen Anteil ich nicht gewusst habe. Aber wenn der Herr Dr. Wetzl angeführt hat, dass es 10 % sind, so ist es für jeden doch einleuchtend, dass es eine absolute Minderheitenbeteiligung an einer Gesellschaft ist, und da ein Mitstimmen sehr wohl möglich und zulässig ist. Ich möchte nur einige Beispiele anführen, denn wir haben einige GesmbH. in Steyr, wo Mitglieder des Gemeinderates darin vertreten sind. Ich möchte nur die FAZAT GesmbH. anführen, wo einige Gemeinderatsmitglieder in Funktionen drinnen sitzen und sehr wohl hier mitstimmen. Wenn wir das Beispiel Parteiensubventionen hernehmen, welches der Herr Kollege Payrleithner einmal angeführt hat, wenn da keine Befangenheit vorliegt, wenn sich die Parteien selbst Subventionsgelder genehmigen, so ist wohl eine solche Minderheitenbeteiligung unserer Ansicht nach hart unter der Grenze einer Befangenheit.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wo steht das über die Minderheitenbeteiligung?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diese Auskunft. Dazu in der Reihung.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Damit wir keinen Fehler in unserer Geschäftsordnung machen. Ich finde diese Vorgehensweise eigentlich etwas bedauerlich, weil es für das Klima im Gemeinderat, das eh nicht immer das Beste ist, wie es sich von Zeit zu Zeit immer zeigt, sicherlich nicht dienlich ist. Ich habe eigentlich auch so das Empfinden, wie es der Herr Bürgermeister zum Ausdruck gebracht hat. Es bereitet mir nicht unbedingt große Sorgen und Kopfzerbrechen. Ich interpretiere das für mich so, wenn hier erkennbar ist, dass deutlich Vorteile durch so eine Verhaltensweise entstehen würden, dann wäre das etwas anderes, aber dieses Projekt ist ja auch das Projekt der Stadt, welches wir kennen. Ich glaube, durch das, dass wir hier diesen Vertrag mit der GesmbH. gemacht haben, werden da nicht im leisesten irgendwo Vorteile für Teilhaber in dieser GesmbH. herauskommen. Und aus diesem Grunde finde ich diese Vorgehensweise bedauerlich, und wir werden uns da nicht weiter an dieser Diskussion beteiligen, weil es sicherlich für den Gemeinderat nicht dienlich ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte zuerst die Stellungnahme vom Herrn Mayrhofer abwarten.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Wir halten uns genau an die Statuten!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist keine „Kannbestimmung“ die hier im Statut ist.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Wenn es passen würde, wäre es Recht!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist hier kein Ermessensspielraum. Ich habe auch deshalb im Stadtsenat nachgefragt, wer den unser Vertragspartner sei. Daraufhin, ich weiß nicht mehr welcher Jurist das war, aber ich glaube es war der Dr. Schmoll, der gesagt hat, wir wissen unseren Vertragspartner nicht. Das ist einmal eine politische Geschichte, ich halte es wirklich nicht für gescheit, wenn wir unseren Vertragspartner nicht kennen. Es ist ein Name genannt worden, der eine Name ihrer Gattin ist aber nicht genannt worden. Aber Tatsache ist, und hier gibt es keinen Ermessensspielraum, dass bei all diesen vorbereiteten Anträgen und auch beim Beschlussfassen im Stadtsenat, im Gemeinderat haben wir diesen Antrag ja nicht, eine Stimmhaltung nicht bekannt gegeben worden ist, oder die Beteiligung nicht bekannt gegeben worden ist. Und es ist auch ganz klar, dass auch hier Vorteile, jetzt nicht persönliche für die einzelnen Gesellschafter, aber in Summe für die Gesellschaft, ausverhandelt worden sind. Weil die Stadt stellt ja über diesen Gestattungsvertrag Grund und Boden zur Verfügung, und das ist ganz klar ein Vorteil. Ich möchte auch noch eines dazu sagen, ich habe die Verkehrsrahmenbedingungen, die ja mich besonders angehen, im Verkehrsausschuss auch zur Sprache gebracht, und auch hier wurde über diese 40 gebührenpflichtigen Parkplätze die da wegkommen, wo wir dafür im Bereich der Sepp-Stöger-Straße Ausgleich schaffen wollten, abgestimmt. Es wurde dann wissentlich oder unwissentlich vom Herrn Mayrhofer heute im Radio falsch wiedergegeben, wo gesagt worden ist, dieser Antrag sei gar nicht behandelt oder verschoben worden, oder irgend so etwas in dieser Richtung. Herr Mayrhofer, ich weiß nicht, welches Spiel sie hier spielen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nächster ist ohnehin die ÖVP, das passt so schön.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Auf ihre Frage Herr Dr. Wetzl, es ist meine Gattin, die an dieser Firma eine Minderheitenbeteiligung hat. Diese Tatsache wurde, bevor die Verhandlungen begonnen haben, sowohl dem Herrn Bürgermeister, als auch dem Herrn Magistratsdirektor zur Kenntnis gebracht. Bevor es zu einem Abstimmungsverhalten gekommen ist, habe ich selbstverständlich mit dem Herrn Magistratsdirektor Kontakt aufgenommen und habe ihn beauftragt, er soll prüfen, ob hier eine Befangenheit vorliegt. Genauso wie er es heute dargelegt hat, ist er eine Woche später zu mir gekommen und hat gesagt, Herr Mayrhofer, ich habe das überprüft, hier liegt keine Befangenheit vor. Sie können beruhigt mitstimmen usw. Eines darf ich aber trotzdem noch sagen, weil es so im Raum steht. Ich war in keiner Phase auch nur ansatzweise an der Errichtung des Vertrages beteiligt. Ich habe mich bewusst absolut ferngehalten. Das was der Herr Dr. Pfeil jetzt angesprochen hat, da versucht er anscheinend schon wieder etwas zu verquicken und womöglich auch Eigeninteressen hinein zu interpretieren. Bei dieser Verkehrsausschusssitzung, die letzte Woche stattgefunden hat, wo der Antrag eingebracht wurde, eine Kurzparkzone entlang der Sepp-Stöger-Straße zu bringen, war ich in Vertretung der Wirtschaftskammer in beratender Funktion hier, und habe selbstverständlich auch an der Abstimmung nicht teilgenommen. Bei dieser Beratung, bei diesem Verkehrsausschuss wurde klar gesagt, der Zeitpunkt für eine Kurzparkzone dort oben ist momentan nicht der Richtige, weil jetzt durch die Umbauphase im Forum Parkplätze, wo man länger als 3 Stunden parken kann, verloren gehen. Auch die Gabelsbergerstraße wird für den Verkehr freigegeben und man kann dort nicht parken, das heißt wir verlieren Dauerparkplätze. Und das was die Wirtschaft im Zentrum natürlich braucht, ist ein Mix zwischen Kurzparkplätzen und auch Dauerparkplätzen. Es wurde auch ganz klar gesagt, und da sitzen ja auch die anderen Mitglieder des Verkehrsausschusses herinnen, wenn die Tiefgarage errichtet ist, dann kann man wieder darüber

diskutieren, ob jetzt die Zeit da ist, um hier eine Kurzparkzone zu errichten. Aber das nur als Exkursion.

Das heißt, um noch einmal auf den Kernpunkt zurückzuführen, es ist richtig, dass ein Familienmitglied von mir an dieser Gesellschaft beteiligt ist. Nach Prüfung durch den Magistrat Steyr wurde mir aber beschieden, dass keine Befangenheit vorliegt und so habe ich, und das möchte ich schon ganz offen sagen, nach bestem Wissen und Gewissen hier gehandelt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr merkwürdige Interpretationsweise!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. So weit ich die im Stadtstatut beschriebene Rechtslage verstehe, hätte der Herr Stadtrat Mayrhofer im Stadtsenat quasi auf die mögliche Unverträglichkeit hinweisen sollen. Wir sind ja jetzt an dieser Stelle, wo man nicht genau beurteilen kann, liegt jetzt ein Versäumnis vor oder nicht. Weil für Herrn Stadtrat Mayrhofer spricht auf jeden Fall, dass er über diesen Problemfall dem Herrn Magistratsdirektor Bescheid gesagt hat. Nur der Herr Magistratsdirektor, gehen wir nach dem Stadtstatut rechtens vor, ist nicht das entscheidende Organ, sondern der Stadtsenat. Der Stadtsenat hätte darüber befinden sollen, ob eine Unvereinbarkeit vorliegt. Um jetzt noch einmal auf den Herrn Stadtrat Bremm zurückzukommen, der ja gesagt hat, auch in anderen Institutionen, wie z. B. im FAZAT, sitzen Gemeinderäte, die dann letzten Endes bei den Gemeinderatsentscheidungen mitstimmen, oder auch nicht, in dem Fall die Frau Kollegin Frech. Der wesentliche Unterschied dazu ist, dass eine Gesellschaft auch auf Gewinn orientiert ist, nur eine Gesellschaft wie das Fazat nicht, und dadurch auch kein Gewinn für die einzelnen Gesellschafter oder Mitglieder dieser Institutionen ausgeschüttet wird. Also, da sehe ich schon einen wesentlichen Unterschied, ob ich heute bei einer GmbH. einen Anteil von 10 % habe, und ich weiß nicht, man kann sicher darüber philosophieren, ob die 10 % ein derartiger Minderheitsanteil sind, weil letzten Endes kommt es ja doch darauf an, wie viel Gewinn ich unter Umständen aus einer Gesellschaft herausziehen kann. Das können bei 10 % 10 Groschein sein, das kann aber auch in Millionenhöhe stattfinden. Meine Bitte wäre dahingehend, dass das abgeklärt wird, in wie weit hier ein Verstoß gegen die Statuten stattgefunden hat. Ich persönlich glaube, nachdem der Herr Stadtrat Mayrhofer unter Umständen das falsche Organ, oder die falsche Person hier angesprochen hat, reduziert sich das auf den Moment, wo er wahrscheinlich das Statut nicht so 100 %ig gekannt hat. Aber wer kennt schon alle Gesetze zu 100 %.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So, jetzt ist die Frau Frech nicht da, was machen wir in diesem Fall? Hat sie auf ihre Wortmeldung verzichtet?

Aha, da ist sie, da haben sie aber Glück gehabt. Wollen sie das Wort ergreifen?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich hoffe, sie haben nicht allzu lange warten müssen. Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich denke mir, soweit ich den Anfangsausführungen vom Kollegen Apfelthaler gefolgt bin, sehe ich das so ähnlich. Es ist relativ klar im Stadtstatut geregelt, dass der Mandatar selbst seine Befangenheit wahrzunehmen hat, sprich einmal mitzuteilen, dass er in dieser Sache involviert ist. Dann hat das jeweils betreffende Kollegialorgan zu entscheiden, ob tatsächlich Befangenheit vorliegt. Ich würde auch sagen, nach dem das eine Entscheidung im Stadtsenat war, hätte auch der Stadtsenat darüber befinden müssen und nicht andere Personen. Ich denke mir, das wird wahrscheinlich insofern ein Nachspiel haben, dass man das juristisch abklären wird müssen. Das ist für mich der eine Punkt. Der andere Punkt ist der, ich denke mir, dass es wahrscheinlich klug gewesen wäre, Herr Kollege Mayrhofer, wenn sie ohnedies Bedenken gehabt haben, oder sich die Frage gestellt haben, könnte das vereinbar sein oder nicht, dass man das tatsächlich in den jeweiligen Ausschüssen wo Citypoint ein Thema war auch offen sagt. Ich denke mir, da hätte man möglicherweise viel von dem vermeiden können, was da jetzt auftaucht. Ich möchte mich in diese Querelen, die zwischen FPÖ und ÖVP generell so laufen, nicht einmischen, aber auf eines lege ich schon wert, Herr Stadtrat Mayrhofer, sie haben sich gerade zuerst auf einen Nebenschauplatz begeben, ich wollte nicht auf diesen kommen, aber sie haben ihn selbst erwähnt. Was die letzte Verkehrsausschusssitzung anbelangt, ich möchte an sich nicht Dinge aus einer Verkehrsausschusssitzung ausplaudern, nur nachdem es heute bereits in den Medien zu hören war, und ich in dieser Sitzung auch anwesend war, lege ich auf die Feststellung wert, dass nicht wie heute via Radio ihrerseits behauptet worden ist, der Antrag des Verkehrsreferenten zurückgestellt worden ist, sondern es gab eine ganz reguläre Abstimmung. Es war keine Zurückstellung des Antrages, ich denke mir, der Herr Savio, der von „Unsere Welle,“ da ist, wird bestätigen können, und wird wahrscheinlich auch einen Mitschnitt haben, dass ihre Aussage wortwörtlich die war, dass der Antrag zurückgestellt worden ist. Er ist aber nicht zurückgestellt worden, ich war selbst in dieser Sitzung anwesend und habe auch mitgeschrieben. Er ist mit 5 Gegenstimmen abgelehnt und mit 2 Stimmen befürwortet worden. Ich habe auch den Herrn Ferrari, der Protokollführer war, angerufen und gefragt, wie er die Dinge sieht, und er hat im Protokoll nachgeschaut, es war so, es war eine ganz normale Abstimmung. Ich denke mir, da sollte man schon tatsächlich bei der Wahrheit sein.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Genauso, wie ich es gesagt habe, so ist es gewesen, und so sind diese Wörter auch gefallen, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt dafür ist, aber wenn die Tiefgarage fertiggestellt ist etc. und dass der Antrag abgelehnt wurde.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie haben gesagt, es wurde zurück gestellt, und das stimmt schlichtweg so nicht, es war eine Abstimmung. Aber ich will eigentlich wieder zu der Befangenheit zurück. Eines finde ich an der ganzen Geschichte insofern sehr spannend, ich kann mich erinnern wie ich das erste Mal, und ich glaube da war ich in dem Gemeinderat hier herinnen überhaupt die Erste, die diese Befangenheit wahrgenommen hat, da bin ich von sehr vielen hier herinnen milde belächelt worden, weil es einfach bis zu diesem Zeitpunkt nicht stattgefunden hat. Ich stehe aber dazu, dass ich sage, wenn ich in einem Verein sitze, dort im Vorstand bin und aktiv mitarbeite, dass ich mich dann für befangen

erkläre. Ich habe das auch heute gemacht, ich habe beim GSS nicht mitgestimmt, das heißt ich habe mich nicht enthalten, ich habe nicht dafür oder dagegen gestimmt. Nur ich denke mir, es ist eine Sache der persönlichen Einschätzung und so steht es auch im Statut, das soll jeder handhaben wie er will. Ich werfe ihnen auch nicht vor, dass sie sich nicht für befangen erklärt haben, ich denke mir, das muss jeder Mandatar in seiner Eigenverantwortung machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sie haben gerade gesagt, dass außer ihnen niemand hier herinnen ist, der wegen Befangenheit hinaus gegangen ist. Ich bin auch wegen Befangenheit schon hinaus gegangen, sie können das nicht beurteilen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich glaube auch, wenn man in einem Verein arbeitet, dass es da Unterschiede gibt, wie intensiv man sich damit beschäftigt. Viele Politiker sitzen in einem Verein, und dann ist einmal im Jahr eine Sitzung, ich denke mir, das ist noch kein Grund für eine Befangenheit. Aber wie gesagt, ich möchte jetzt den Gemeinderat nicht dazu nutzen, dass man über die Beteiligungen von der Ehefrau des Herrn Mayrhofer spricht. Und zwar deshalb nicht, weil das dann sehr schnell auf die persönliche Ebene abrutscht. Sie wissen, dass ich meine Positionen habe, aber ich würde wirklich nie gegen jemand persönlich vorgehen, egal in welcher Richtung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es bei der ÖVP ein Thema?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Liberal?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Dann ist die heutige Tagesordnung einschließlich der „Aktuellen Stunde,, erschöpft. Ich bedanke mich für die Mitwirkung und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 20.40 UHR.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR Anton Obrist eh. GR Edith Radmoser eh.

Gabriele Obermair eh. GR Andreas Kupfer eh.